

BAND 26

Braune Ökologen

Hintergründe und Strukturen am Beispiel
Mecklenburg-Vorpommerns

Toralf Staud Braune Grüne – Wie Rechtsextremisten in der Ökoszene mitmischen **Oliver Nüchter** Denkgiguren völkisch autoritärer Ökologie – Im Vaterland **Stefan Brauckmann** Historische Hintergründe: Die Artamanenbewegung in der Weimarer Republik **Hubertus Buchstein** Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien Neue Befunde zu einer alten Kontroverse **Andreas**

Speit Projekte und Positionen völkischer Ökologie **Interview mit Richard Scherer** «Die Rechten sind Profiteure der Leere» **Johannes Melchert** Die ökologische Frage als Aktionsfeld der NPD in Mecklenburg-Vorpommern **Fragen an die Arbeitsgemeinschaft «Völkische Siedler»** Strategien und Handlungsmöglichkeiten vor Ort



Universität
Rostock



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
MECKLENBURG-VORPOMMERN



BRAUNE ÖKOLOGEN

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 26**

Braune Ökologen

Hintergründe und Strukturen am Beispiel
Mecklenburg-Vorpommerns

**Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern**

**In Kooperation mit den Regionalzentren für demokratische Kultur
in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und
der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock**



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/.de>. Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Braune Ökologen

Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns

Band 26 der Reihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern 2012

In Kooperation mit den Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)

Druck: agit-druck

Titelbild: Deutsche Gesellschaft für Mykologie, www.dgfm-ev.de

ISBN 978-3-86928-062-2

Kontaktadresse: Heinrich-Böll-Stiftung MV, Mühlenstr. 9, 18055 Rostock

T +49 381 4922184 **F** +49 381 4922156 **E** post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
Einleitung	9
<i>Toralf Staud</i> Braune Grüne Wie Rechtsextremisten in der Ökoszene mitmischen	14
Konzepte «Brauner Ökologie»	
<i>Oliver Nüchter</i> Denkfiguren völkisch autoritärer Ökologie – Im Vater- oder Mutterland	20
<i>Stefan Brauckmann</i> Historische Hintergründe: Die Artamanenbewegung in der Weimarer Republik	39
<i>Hubertus Buchstein</i> Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien Neue Befunde zu einer alten Kontroverse	51
<i>Andreas Speit</i> Projekte und Positionen völkischer Ökologie	62
Braune Ökologen in Mecklenburg-Vorpommern	
«Die Rechten sind Profiteure der Leere» Interview mit Richard Scherer, Mitglied im Kirchgemeinderat Reinshagen	76
<i>Johannes Melchert</i> Die ökologische Frage als Aktionsfeld der NPD in Mecklenburg-Vorpommern Strategien der NPD in Mecklenburg-Vorpommern	81
Strategien und Handlungsmöglichkeiten vor Ort «Am allerwichtigsten ist es, ein kooperatives und vertrauensvolles Klima in der Region zu verteidigen.»	91
Anhang	97
Handlungsmöglichkeiten gegen eine rechtsextreme Vereinnahmung von Umweltschutz und Ökologie	97
Beratungs- und Informationsmöglichkeiten zu Ökologie, Menschenrechten und Nachhaltigkeit	101
Die Autoren	111

VORWORT

Dass Ökologie und Umweltschutz von völkisch-nationalistischen und rechts-extremistischen Ideologien vereinnahmt werden, ist kein Phänomen der letzten Jahre. Zeugnisse dafür finden wir bereits in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Neueren Datums sind Versuche, Ideologie und Praxis zu verbinden. Zu beobachten ist, dass Sympathisanten Grundstücke und Immobilien in Siedlungen und auch ganze Höfe und Ländereien erwerben – vorrangig in wirtschaftlich abgehangenen Regionen und somit auch in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig versucht man, Zugang zu den Produktions- und Vertriebsnetzen der Bio-Branche zu bekommen.

Wir möchten mit dieser Publikation Informationen zu diesem Phänomen liefern und den Austausch und die Vernetzung im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützen. Wie können die Netzwerke und Strukturen erkannt werden? Was verbirgt sich hinter den Begriffen «germanisch» und «artgerecht»? Wo können weiterführende Informationen und Unterstützung eingeholt werden? Gerade für die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort sind Strategien und das Wissen um Handlungsmöglichkeiten wichtig. Interviews mit Engagierten vor Ort zeigen, dass Widerstand gelingen kann.

Natürlich gibt es nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern Versuche, Heimstätten für braune Ideologien aufzubauen. Deshalb vermittelt die Publikation neben den regionalen Besonderheiten auch entsprechendes Grundlagenwissen über Geschichte und Ideologie.

Entstanden ist die Studie in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock. Sie knüpft an die langjährige Arbeit im Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftung an, in der u.a. die Publikationen *Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr* und *Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen* erschienen sind. Denn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Entlarvung seiner Strukturen ist wesentlich bei der Verteidigung und Festigung unserer freiheitlichen und demokratischen Grundwerte.

Berlin, im Dezember 2011

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

EINLEITUNG

Wenn Rechtsextreme sich plötzlich auch gegen grüne Gentechnik wehren und eine biologische Landwirtschaft propagieren und betreiben, verschwimmen scheinbar die Grenzen zwischen den politischen Lagern. Leben wir dann in einer verkehrten Welt?

Dies fragen sich viele, die in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern in Ökoläden Broschüren finden, in denen zu «artgerechtem» Leben aufgerufen wird, die in Umweltinitiativen unvermittelt mit Mitgliedern der NPD am Infostand stehen oder sich bei Anti-Atom-Protesten gegen das Auftauchen von NPD-Fahnen zur Wehr setzen.

Das ökologische Thema gehört schon lange nicht mehr exklusiv dem grünen politischen Spektrum, es ist inzwischen breit in allen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen verankert. Auch «Braune Ökologie» ist – wieder – ein Thema geworden! Diesem wollen und müssen wir uns stellen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern als grün-nahe Trägerin politischer Bildung, die Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern als Trägerin zweier Regionalzentren für demokratische Kultur im Bundesland und die Arbeitsstelle politische Bildung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock möchten gemeinsam eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Besetzung des Ökologiethemas durch rechtsextreme Akteure anregen. Den Anlass hierfür bieten uns direkte Konfrontationen vor Ort sowie Erfahrungsberichte von Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern. Doch braune Ökologen beschränken sich nicht auf eine Region, sie sind bundesweit unterwegs.

Der Schutz der Umwelt ist aus unserer Sicht untrennbar mit der Frage von Menschenrechten und Gerechtigkeit verbunden. Ökologie lässt sich nicht gegen Demokratie oder Menschenrechte aufrechnen. Wir gehen gemeinsam von einem Menschenbild aus, das nicht biologistisch argumentiert und sich nicht einem unabwendbaren Eingebundensein des Menschen in die Abläufe der Natur unterwirft. Nach unserem Verständnis ist der Mensch zur Freiheit berufen und zum solidarischen Miteinander befähigt. Mit Vernunft begabt prägen ihn Sozialisationserfahrungen, und in seinen Entscheidungen ist er eben gerade nicht durch angebliche «natürliche» Vorgaben determiniert.

Dieses Menschenbild steht in der christlichen Tradition der Rede von Gottes Ebenbildlichkeit und ist vom Gedanken der Aufklärung geprägt. Damit geben wir für das Zusammenleben den gesellschaftlichen Prozessen menschlicher Entscheidungen den Vorrang vor «natürlichen» und damit nicht beeinflussbaren Abläufen. Ein völkisch geprägter Biologismus ist mit der Würde, die einem jeden Menschen zukommt, nicht vereinbar. Weil jeder Mensch mit dieser Würde

begabt ist, wird die Verantwortung der Menschen gegenüber der Natur damit nicht geringer; die Menschen sind gerade aufgrund ihrer Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit gefordert, ihre Umwelt im Sinn der Erhaltung und der Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen zu gestalten.

Mit dem vorliegenden Band wollen wir über ökologische Ziele und Aktivitäten des rechtsextremen Spektrums informieren und zur Auseinandersetzung und Gegenwehr aufrufen.

Aus einer vorrangig ökologisch motivierten Position heraus ist es notwendig, sich mit der politischen Verortung und der damit verbundenen politischen Verantwortung ökologischer Programme und Ziele auseinanderzusetzen. Ist eine «braun» verortete Ökologie im Sinne von Nachhaltigkeit wirklich ökologisch?

Für diejenigen, die sich mit Fragen der Prävention und Eindämmung rechts-extremer Aktivitäten und Bestrebungen beschäftigen wirkt das ökologische Engagement von Rechtsaußen teilweise überraschend und befremdlich. Um wirksam gegen Rechtsextremismus vorgehen zu können, ist ein Verständnis und eine Einordnung dieser Aktivitäten unumgänglich.

Aus Sicht der Rechtsextremismusforschung zeigt sich hier ein wesentliches ideologisches Element, dessen Verortung innerhalb der rechtsextremen Gedankenwelt wie auch im strategischen Konzept des Rechtsextremismus noch Fragen offen lässt.

Mit dem Thema betreten wir kein völliges Neuland. Bisherige Veröffentlichungen stammen vor allem aus den 1990er-Jahren.¹ Grundlegend ist die von Oliver Geden vorgelegte Analyse, die sowohl die Entwicklung des ökologischen Gedankens nachzeichnet als auch Verbindungslinien zwischen Rechtsextremismus und Ökologie in aktuellen Umweltverbänden und Initiativen aufdeckt.²

In den letzten Jahren sind eine Reihe journalistischer Beiträge in unterschiedlichen Medien erschienen, die das Auftauchen rechtsextremer Akteure in der Ökobranche thematisieren.³ Sie sind Indiz für zunehmende Aktivitäten in diesem Feld.

Der hier vorgelegte Sammelband kann weder abschließende, systematische Analysen noch umfassende Bewertungen liefern. Die Herausgeber wollen vielmehr zu einer Debatte über das Phänomen einer «braunen Ökologiebewegung» anregen und hierfür notwendige Informationen beisteuern.

Zur Einführung in das Thema beschreibt der Journalist Toralf Staud, wie sich Ökologie im rechtsextremen Gewand zeigt. Er weist in seinem bereits 2009 im

- 1 Jahn, Thomas; Wehling, Peter (Hrsg.): Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den «Republikanern», Frankfurt/Main 1991.
- 2 Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996.
- 3 So beispielsweise der Beitrag in einem Magazin für Essen und Leben: Hansen, Eric T.: Wie braun ist Bio?; In: *EFFILEE*, Jg. 14, H. Januar/Februar 2011, S. 63–69; Beitrag bei *Report München*, <http://www.br-online.de/das-erste/report-muenchen/report-muenchen-rechtsextreme-ID1312795545852.xml> (Zugriff 08.08.2011); Röpke, Andrea; Speit, Andreas: Umweltschutz gleich Volksschutz. Rechtsextreme betreibt Öko-Versand; In: *taz*, 19.04.2011.

Greenpeace-Magazin veröffentlichten Beitrag darauf hin, dass Ökologie dabei nicht als Fremdkörper in der rechtsextremen Gedankenwelt anzusehen ist, sondern vielmehr auf eine lange Tradition zurückblicken kann.

Diese historischen Traditionslinien sowie politischen Bezüge wollen wir im ersten Teil unseres Bandes nachzeichnen.

Oliver Nüchter, Sozialwissenschaftler an der Universität Frankfurt am Main, skizziert wesentliche Elemente rechtsextremer bzw. völkisch-autoritärer Ökologie. Dabei unterteilt er die rechtsextremen Ökologiekonzeptionen in einen sogenannten «männlichen» Strang, der vor allem militärisch geprägt auf aggressive Weise ökologische und völkische Gedankenkonstrukte verbindet und einen sogenannten «weiblichen» Strang, der mütterlich fürsorgend eine harmonische Verbindung von Natur und Volk u. a. auch mit Hilfe eines spiritualistischen Zugangs sucht.

Der Historiker und Geograph Stefan Brauckmann aus Hamburg beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den historischen Wurzeln der Artamanenbewegung, die als Siedlungsbewegung vor allem in Zeiten der Weimarer Republik aktiv war. Mit ihren Wurzeln der bündischen Jugendbewegung und den Freikorpsverbänden bereitete sie den Weg für den Nationalsozialismus auf dem Lande. Brauckmann konzentriert sich in seinen Analysen vor allem auf die Hochphase der Artamanen und erklärt damit die historischen Entstehungshintergründe einer heute in neuer Form in Mecklenburg-Vorpommern wieder aktiven Siedlungsbewegung.

Gedanken zu einer politischen Einordnung liefert der Beitrag von Hubertus Buchstein, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. Ihm gelingt es, Skeptiker in die Schranken zu weisen, die die Leistungsfähigkeit von Demokratien zur Lösung ökologischer Probleme in Frage stellen. Buchsteins Argument für den demokratischen Weg in der Umweltpolitik ist eine vergleichende Leistungsbilanz – und hier liegen Demokratien mit Abstand vor diktatorischen Systemen.

Der Journalist Andreas Speit, der die rechtsextreme Szene seit Jahren intensiv beobachtet und analysiert, bietet in seinem Artikel einen Überblick über völkisch-biologistische Aktivitäten der rechtsextremen Szene. Anhand der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv* zeigt er die enge Vernetzung der Akteure in diesem Feld. Auf rechtsextremer Seite kann die NPD auf eine Tradition völkisch ökologischer Ideen zurückblicken; im konservativen Spektrum existiert mit der ÖDP ein Akteur, dem die Abgrenzung zu völkischen Ideen nicht immer leicht fiel. Mit dem Rechtsabgrenzungsbeschluss des Bundesparteitags vom 18./19. Februar 1989 in Saarbrücken hat die ÖDP eine klare Zäsur zu völkischen Ideen gezogen. Speit geht in seinem Artikel auch auf Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern ein. Er weist hier auf Erfahrungen hin, auf die im folgenden Teil der Broschüre intensiver eingegangen wird.

Im zweiten Teil des Buches beleuchten wir die aktuelle Situation brauner Ökologie am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Das nordöstliche Bundesland ist bekannt für seine weite Natur und seine hohe touristische Attraktivität. Die friedliche Revolution 1989 führte auch in der Landwirtschaft zu tiefgreifenden

Umbrüchen. Inzwischen prägen neben landwirtschaftlichen Großbetrieben auch zahlreiche ökologisch wirtschaftende Höfe das Bild. Die Frage grüner Gentechnik wird ebenso diskutiert wie die Ansiedlung von Betrieben der Massentierhaltung. Mit der Landtagswahl 2006 hat der Rechtsextremismus in Form einer NPD-Fraktion im Landesparlament in Schwerin ein Sprachrohr gefunden. Einige der Aktivisten waren aus den alten Bundesländern bewusst zum Aufbau rechtsextremer Strukturen in den 1990er-Jahren nach Mecklenburg und Vorpommern gezogen. Andere haben Wurzeln in den örtlichen Kameradschaften. Gemeinsam mit den Siedlungsbewegungen in der Tradition der Artamanen und den fest verankerten Parteistrukturen der NPD bildet sich so ein Geflecht des Rechtsextremismus im Land. Die Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Einstellungen und Handlungen nimmt zu und ist zunehmend besser vernetzt. Dennoch stehen Demokraten immer wieder vor der Herausforderung, gegen Demokratieverdrossenheit anzugehen und sich gegen Bedrohungen und Angst zur Wehr zu setzen. In diesem Teil unseres Bandes möchten wir daher sowohl Schlaglichter auf die rechtsextremen Aktivitäten im Umweltschutzbereich werfen, aber gerade auch denjenigen Gehör verschaffen, die sich gegen menschenverachtende und antidemokratische Aktivitäten wehren.

Die alltägliche Herausforderung in der Begegnung mit rechtsextrem denkenden Mitmenschen und Nachbarn beschreibt eindrücklich Richard Scherer, Mitglied im Kirchgemeinderat Reinshagen. In dem Interview betont er vor allem die in mehrfacher Hinsicht «leeren Räume», die sich dem Rechtsextremismus zur Ansiedlung anbieten. Er macht jedoch gleichzeitig auch denjenigen Mut, die sich gegen solche Bestrebungen stemmen.

Auf der Landesebene hat die NPD den Anspruch erhoben, das Sprachrohr einer braunen Ökologiebewegung zu sein. Johannes Melchert, Politikwissenschaftler am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen, analysiert sowohl das Programm der NPD als auch das Agieren der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag in den Jahren von 2006 bis 2011. Auch wenn das Thema innerhalb der NPD schon lange präsent ist, so stand es bisher an eher untergeordneter Stelle. Für die Abgeordneten ergab sich mit der Propagierung ökologischer Forderungen die Möglichkeit, neben der parlamentarischen auch die zivilgesellschaftliche Bühne zu bespielen.

Die Betrachtungen zu Mecklenburg-Vorpommern schließen mit einem Beitrag der AG Völkische Siedler ab, einem Arbeitszusammenschluss von Aktiven aus demokratischen Vereinen. Sie geben auf Fragen über Hintergrund und Strategie der rechtsextremen Siedlerbewegung Auskunft und zeigen dabei auf, wie es gelingen kann, sich dagegen zu wehren, dass ökologische Fragen von Rechtsextremen besetzt werden.

Im Anhang des Bandes finden Sie Hinweise, Ansprechpartner und Adressen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern haben diese aufgrund ihrer jahrelangen Erfahrungen in diesem Arbeitsfeld für uns zusammengestellt.

Wir möchten allen Autorinnen und Autoren an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement danken. Einige beschäftigen sich schon seit Jahren mit der Frage «Brauner Ökologie», andere erschließen sich dieses Themenfeld gerade neu. Allen gilt unser Dank! Dank auch an Benjamin Hein, der uns beim Lektorat tatkräftig zur Seite stand.

Ohne die Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, die Herausgeberschaft und abschließendes Lektorat übernahm, wäre der Band in diesem Umfang nicht realisierbar gewesen. Wir danken nochmals allen und hoffen mit den Beiträgen eine Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus anschieben zu können.

Susan Schulz

Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Klaus-Dieter Kaiser

Leiter der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Gudrun Heinrich

Arbeitsstelle Politische Bildung, Universität Rostock

Braune Grüne

Wie Rechtsextremisten in der Ökoszene mitmischen

Der Abgeordnete Raimund Borrmann ist ein großer Freund der Alleen. Borrmann sitzt für die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und ist in seiner Fraktion Sprecher für Umwelt-, Kultur- und Heimatschutz. Bei einer Plenumsdebatte über den Schutz von Alleebäumen griff der studierte Philosoph zu blumigen Worten: Alleen seien «vertraute Begleiter», sagte er, sie «schmücken durch Blütenpracht, Blätterleuchten und Kronenrund». Namens seiner Fraktion tadelte Borrmann die Landesregierung für ihre Untätigkeit und forderte «ausführliche Schutzvorschriften» für die Bäume.

Umweltschützer sind meist überrascht, wenn Rechtsextreme von Ökologie reden und Neonazis grün gefärbt auftreten. Dabei ist Borrmanns Rede kein Einzelfall. Die NPD-Landtagsfraktionen in Schwerin oder auch Dresden bringen regelmäßig Anträge und Anfragen zu Umweltthemen ein, in Mecklenburg-Vorpommern war die Partei schon früh an Anti-Gentechnik-Protesten beteiligt. Neonazi-Kameradschaften rufen zu «Nationalen Säuberungstagen» auf, an denen Müll aus Wäldern oder Parks gesammelt wird. Bei den sogenannten Autonomen Nationalisten gibt es eine AG Tierrechte, einige Aktivisten beteiligten sich auch schon an Castor-Blockaden. Längst hat die rechtsextreme Szene eigene Öko-Zeitschriften wie *Umwelt & Aktiv*. Naturspiele für Kinder und Berichte über die tauenden Permafrostböden in Sibirien stehen darin neben Rezepten für altgermanischen Met oder Artikeln über «Neophyten», aus anderen Erdteilen eingeschleppten Pflanzen, die einheimische Arten verdrängen – unterschwellig wird da suggeriert, die Einwanderung von Menschen nach Europa sei genauso bedrohlich.

Viele Forderungen der braunen Grünen decken sich mit denen von Umweltverbänden oder Bündnisgrünen. Doch wer genauer auf die Begründungen achtet, hört fast immer die rechtsextreme Gesinnung heraus: Umwelt- oder Tierschutz ist bei Leuten wie Raimund Borrmann eingebettet in ein rechtsextremes Weltbild. So sprach er in seiner Alleen-Rede beiläufig von «Pommern» statt von Vorpommern – ein verschlüsselter Gebietsanspruch auf ehemals deutsche Gebiete östlich der Oder. Die Alleen des Landes seien «Teil unserer kulturellen Geschichte», so Borrmann weiter, «führen sie nun nach Schwerin, Stettin, Breslau oder Prag».

Es ist – leider – kein Zufall, dass Umweltschutz und Rechtsextremismus so gut zusammenpassen. «Im Verlauf der Ökologiegeschichte waren es entgegen der heute vorherrschenden Meinung nicht etwa anarchistische, marxistische, sozialdemokratische oder liberale Strömungen, die den Charakter der Ökologie entscheidend prägten», schrieb Oliver Geden 1996 in seinem Buch «Rechte Ökologie». «Es war zumeist konservatives bis faschistisches Gedankengut, das sowohl der ökologischen Wissenschaft als auch den ökologischen Bewegungen seinen Stempel aufdrückte.» Geden zeichnet nach, wie eng die Begründung der Ökologie seit dem späten 19. Jahrhundert mit sozial-darwinistischem und rassistischem Denken verzahnt war.

Rechtsextremisten übertragen wirkliche oder vermeintliche Erkenntnisse aus der Naturbeobachtung linear auf menschliche Gesellschaften; nach diesem Muster versucht auch die NPD heute, scheinrationale Begründungen für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu finden. «Der Nationalismus», heißt es etwa in einem internen Schulungspapier, «ist die politische Ausprägung des Territorialverhaltens und dient somit der Existenzsicherung und der Arterhaltung, einem biologischen Grundprinzip.» In Wirklichkeit meint die NPD: Weil Tiere sich gegenseitig fressen, dürfen auch Menschen und Staaten Kriege anfangen.

Nicht nur die Ökologie als Wissenschaft, so Geden, sondern auch die Umweltbewegung habe tiefbraune Wurzeln. Die Naturschutz- und Lebensreform-Gruppen, die vor gut hundert Jahren hierzulande entstanden, seien geprägt gewesen von der antimodernistischen Zivilisationskritik der völkischen Bewegung. Wuchernden Städten wurde das romantische Ideal vom deutschen Bauern auf eigener Scholle entgegengesetzt. Von der Idee des technischen Fortschritts als unorganische und zersetzende Kraft war es dann nicht weit bis zum nationalsozialistischen Hass auf jüdische und andere «artfremde» Einflüsse. Der Geschäftsführer des Bundes Naturschutz (der Jahrzehnte später im BUND aufging) formulierte 1940 als Aufgabe seines Verbandes, «die Heimat und die Natur sauber und schmuck zu erhalten und zu gestalten an dem Tag, wo das Heer der deutschen Soldaten aus Blut und Krieg heimkehrt in das gerettete Vaterland». Noch heute verweisen Neonazis gern darauf, dass Hitlers Reichsnaturschutzgesetz bis in die 1970er-Jahre weitergalt.

Als sich in der jungen Bundesrepublik erster Widerstand gegen Atomkraftwerke regte, war der rechtsextreme «Weltbund zum Schutz des Lebens» von Anfang an dabei. Auch bei der Entstehung der Grünen war lange nicht klar, ob sich dort linke oder rechte Strömungen durchsetzen. Die NPD kümmert sich seit den 1960er-Jahren um Agrar- und Umweltpolitik. Als die Partei 2004 in Sachsen erstmals seit Jahrzehnten wieder in einen Landtag einzog, stand ihr laut Geschäftsordnung der Vorsitz eines Fachausschusses zu – sie übernahm den für Umwelt und Landwirtschaft. Da gebe es «eine Klientel für uns», sagt Robert Beck offen. Auch könne man dadurch zeigen, «dass wir nicht nur zur Ausländerthematik arbeiten». Beck ist 30 Jahre alt und Umweltreferent der Fraktion. Rein äußerlich scheint er so gar nicht zur NPD zu passen: «Na, Struppi», grüßen ihn die Kollegen auf dem Fraktionsflur; Beck trägt Lockenmähne, Vollbart und eine

Jack-Wolfskin-Fleecejacke. Fotos an seiner Büropinnwand zeigen den Gärtnermeister und passionierten Jäger mit erlegten Rehen. Auf seinem Schreibtisch stapeln sich Landtagsdrucksachen und ökologische Fachzeitschriften. Er schreibt Anträge gegen die Besteuerung von Biodiesel und für strenge Sperrzeiten bei der Grünlandmahd, hat sich eingearbeitet in die Details und Fallstricke des parlamentarischen Betriebs. Längst hat die NPD gelernt, auch mehrseitige Gesetzentwürfe mit komplizierten Paragraphen korrekt zu formulieren.

Schon mit 17 ist Beck in die NPD eingetreten. Er bezeichnet sich als «nationalen Deutschen», und da sei es doch «ganz normal», dass man sich um die Lebensgrundlagen seines Volkes kümmere. «Ohne eine ökologisch verantwortliche Politik», heißt es im NPD-Programm, «ist jedes Volk in seinem Bestand bedroht.» Aus dieser völkischen Grundhaltung folgen dann aber Dinge, mit denen sich die NPD von wirklichen Ökologen unterscheidet. Den Gen-Mais MON810 etwa lehnt die Partei vehement ab; aber als Begründung führt sie stets an, bei Monsanto handele es sich um einen US-Konzern. Nun wäre deutsche Gentechnik zwar keinen Deut harmloser. Für die NPD aber liegt das Problem darin, dass Gen-Mais den Deutschen «die Möglichkeit zur ernährungstechnischen Autarkie» nehme. Und während Gentechnik-Gegner schlicht vor einer dauerhaften Verschmutzung der Umwelt durch Gen-Pollen warnen, fürchtet die NPD eines ganz besonders: Die Freisetzung sei, warnt das Parteiblatt *hier & jetzt*, «nach einem erfolgten Machtwechsel» nicht «wieder rückgängig zu machen».

Praktisch überall in rechtsextremen Öko-Argumentationen ist braune Ideologie versteckt: Wenn Nazi-Tierrechtler gegen das Schächten unbetäubter Schlachttiere protestieren, hat das stets einen rassistischen Unterton. «Polnische Piratenfischer bedrohen die Existenz unserer Fischer!», heißt es in Flugblättern der Schweriner NPD-Fraktion – nicht-rechte Umweltschützer würden dagegen die Überfischung der Ozeane anprangern. Ihm sei schon klar, so Beck, dass Umweltschutz nicht an den Grenzen aufhöre – aber «als Nationaler bin ich meiner Heimat mehr verpflichtet als anderen Ländern». In seinem Bücherregal stehen die Memoiren von Baldur Springmann, einem extrem rechten Mitbegründer der Grünen, der später auch in der ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) aktiv war.

Dass die NPD keine echte Öko-Partei ist, zeigt das folgende Beispiel: Ginge es ihr um die Umwelt, müsste sie die Kohleverstromung generell ablehnen. Doch Braunkohle ist eben auch «ein heimischer Energieträger», und Importabhängigkeit fürchten Nationalisten mehr als die Erderwärmung. Als vor vier Jahren in Mecklenburg Pläne für einen Tagebau bekannt wurden, machte die dortige NPD zwar sofort Front dagegen. Doch in ihren Flugblättern war vom Weltklima nicht die Rede. Stattdessen las man dort, dass «ein Großkonzern aus Übersee» die «Zerstörung unserer Heimat» plane.

Thomas Blaudszun von der Bürgerinitiative «Braunkohle nein!» im mecklenburgischen Lübbtheen erinnert sich, wie ein Herr namens Udo Pastörs im April 2005 beim Gründungstreffen auftauchte. «Er trat auf als feiner, höflicher, gebildeter Mensch mit sehr gewählten Umgangsformen», so Blaudszun, «ergriff das

Wort in der Versammlung und hatte gute Ideen.» Erst später fiel ihm auf, dass Pastörs mit einigen Leuten gegen den Willen des Vorstandes zielgerichtet den Arbeitskreis Politik der Bürgerinitiative zu übernehmen versuchte, exklusiv für Kontakte zu Parteien zuständig sein wollte und immer wieder bestrebt war, den Protesten einen anti-amerikanischen Drall zu geben. Irgendwann wurde Blaudszun klar, dass sie es mit knallharten Rechtsextremen zu tun hatten – heute ist Pastörs Chef der Schweriner NPD-Landtagsfraktion. Im Landtagswahlkampf 2006 konnte er sich der Öffentlichkeit dank des Engagements in der Bürgerinitiative als Kohlegegner präsentieren. «Pastörs hatte erkannt, dass es ein gutes Profilierungsthema für ihn und die NPD war», sagt Blaudszun. «Und wir waren ein bisschen naiv.»

Erst nach monatelangem Kampf gelang es der Initiative, Pastörs aus dem Verein herauszudrängen. Dieser habe ihm, so Blaudszun, auch einmal zugeraunt: «Wir führen Listen über unsere Gegner! Wenn wir an die Macht kommen, gehen die als Erste...»

Zuerst veröffentlicht im *greenpeace magazin*, Heft 4.09. Wir danken für die freundliche Nachdruckgenehmigung. www.greenpeace-magazin.de

Konzepte «Brauner Ökologie»

Denkfiguren völkisch autoritärer Ökologie – Im Vater- oder Mutterland

Einleitung

Umweltschutz und ökologisches Handeln haben in der heutigen Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Kaum jemand bezweifelt noch die Notwendigkeit von Klimaschutz, Ressourcenschonung und nachhaltigem Wirtschaften; und die aktuelle Debatte um die Atomenergie belegt erneut, wie weit verbreitet «Umweltbewusstsein» in der Bevölkerung ist.

Gefragt, wann diese Entwicklung ihren Anfang nahm, würden die meisten wohl die 1970/80er-Jahre nennen. Dies legt den Schluss nahe, dass Ökologie mehrheitlich als «linkes» politisches Thema nach «68» wahrgenommen wird, ein Thema, das mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Hierbei wird häufig übersehen, dass der Naturschutzgedanke in Deutschland eine lange Geschichte hat und auch konservative oder reaktionäre Elemente enthielt. In der heutigen Umweltdebatte werden Versatzstücke dieser bis ins rechtsextreme Lager reichenden Wurzeln teilweise unbewusst aufgegriffen.

Der vorliegende Beitrag möchte daher die entsprechenden Traditionsstränge offenlegen: Wesentliche Elemente rechtsextremer bzw. völkisch-autoritärer Ökologie und deren geschichtlicher Hintergrund sollen skizziert werden, um eine notwendige Sensibilität gegenüber menschenverachtenden Argumentationsmustern innerhalb der Ökologie-Debatte zu stärken. Zwei Pfade sind hierbei von Interesse: der Gedanke des Naturschutzes, dessen historischen Bezüge von der Romantik über die Naturschutzbewegung hin zur «Ökologie» reichen, sowie die Herausbildung einer politischen Rechten im Verlauf des 20. Jahrhunderts. Bei den ideologischen Versatzstücken der völkisch-autoritären Ökologie lassen sich die unterschiedlichen weltanschaulichen Leit- und Feindbilder grob in zwei Gruppen fassen: Während auf der einen Seite männliche, militaristische, zukunftsgerichtete, geistige Eigenschaften, «heroische Realitätsbejahung» und eine straffe hierarchische Ordnung gelten sollen, werden auf der anderen Seite schöpferische Kräfte und naturhafte, harmonisierende Prinzipien und horizontal wirkende «natürliche» Ordnungskräfte beschworen. Zugespißt lassen sich beide Positionen zwei Begriffen zuordnen, die das unterschiedliche Verständnis der

zentralen rechtskonservativen Kategorien von «Heimat», «Volk», «Staat» und «Nation» verdeutlichen: Die Einen wollen zurück ins heimatliche *Mutterland*, die Anderen wünschen sich ein starkes *Vaterland*.

Diese Unterscheidung ist hilfreich bei der Systematisierung von unterschiedlichen Elementen der völkisch-autoritären Ökologie. Sie sollte jedoch keinesfalls den Blick für die großen Gemeinsamkeiten beider Denkfiguren verstellen. Der Beitrag endet mit einigen abschließenden Betrachtungen.

Die historischen Pfade zur völkisch-autoritären Ökologie

Im Begriff der rechten oder völkisch-autoritären Ökologie finden zwei Bereiche zusammen, die zwar einige Berührungspunkte besitzen, aber zunächst jeder für sich betrachtet werden sollte: die Genese der politischen Rechten im Verlauf der Entwicklung der Nationalstaaten sowie das Aufkommen eines Naturschutzgedankens im Zuge der Industrialisierung. Die heutigen Vorstellungen von Naturschutz lassen sich nicht entkoppeln von ihren historischen Vorgängern und deren Überzeugungen. Gleiches gilt für die zeitgenössische politische Rechte – wenn man keine Kenntnis von den Bausteinen der rechten Ideologie und deren Entwicklung hat, lässt sich nur schwer die Erscheinungsform der heutigen Rechten verstehen.

Die Idee des Naturschutzes im Verlauf der Geschichte

Zwar gibt es Opposition gegen die Veränderungen der menschlichen Existenzbedingungen, seit es diese Veränderungen gibt,¹ mithin seit Beginn der menschlichen Zivilisation. Allerdings erfuhr die bis dato eher statische Gesellschaft erst mit der Industriellen Revolution und dem Siegeszug der kapitalistischen Produktionsbedingungen jene enorme Dynamisierung, die einen rasanten sozialen Wandel ermöglichte, wodurch wiederum die Gegnerschaft zu dieser Entwicklung zu einem bedeutenden gesellschaftlichen Faktor werden konnte.² Die ideengeschichtlichen und gesellschaftlichen Traditionslinien der Technik- und Fortschrittsskritik sind daher erst ab der Aufklärung bzw. dem darauffolgenden Einsetzen der Industriegesellschaft zu verfolgen. Dies gilt umso mehr, als die im Kontext der Untersuchung interessanten konservativen und reaktionären Gesellschaftsmodelle an eben jene Entwicklung gekoppelt sind.

Die Moderne und die revolutionären Umwälzungen der Produktionsverhältnisse durch die Industrialisierung waren stets begleitet von restaurativen Gegenbewegungen. Gegen die Rationalisierung, Technisierung und Entzaube-

- 1 Vgl. Engelbert Schramm: *Ökologie-Lesebuch*, Frankfurt/M. 1984; sowie Jürgen Wüst: *Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)*, Frankfurt 1993, S. 45ff.
- 2 Vgl. hierzu Rolf Peter Sieferle: *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*, München 1984, S. 7f.

rung der Welt setzten ihre Kritikerinnen und Kritiker auf Traditionen, subjektives Empfinden und Mystifizierung des sie Umgebenden. Als ideales Objekt der Überhöhung bot sich dabei immer die Vorstellung von Natur als Gegenwelt zu den kritisierten, von Menschen zu verantwortenden Erscheinungen an. Die erste zentrale Bewegung, die diesem Muster entsprach, war die **Romantik** des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts.

In Teilen der deutschen Romantik finden sich bereits die Grundzüge des späteren Widerstands gegen die zentralen Vorstellungen des Natur- und Menschenbildes der Aufklärung. Soziale Träger dieser Bewegung waren in erster Linie Repräsentanten der feudalen Ständegesellschaft. Ihnen war die Bekämpfung der noch kaum spürbaren Naturzerstörung weit weniger wichtig als die Gegnerschaft zum Rationalismus und Egalitarismus. Dagegen setzten sie ein schwärmerisches, ästhetisiertes Erleben von göttlicher Landschaft und Natur, die gleichzeitig mit dem Geist eine dialektische Einheit bildete, in der die Natur sichtbaren Geist und der Geist unsichtbare Natur verkörperte. Dieses mehr metaphysisch-geistige als unmittelbar politisch-gesellschaftliche Naturverständnis fand seinen Ausdruck in einer Vergötterung des Ichs und der Forderung nach radikalem Subjektivismus.

Diese Elemente lassen sich nahezu bruchlos in die Programmatik des nächsten, breitenwirksamen Versuchs überführen, der fortschreitenden Modernisierung entgegenzutreten: die **Natur- und Heimatschutzbewegung**. Sie knüpfte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ideengeschichtlich unmittelbar an die Romantik an, wandte sich jedoch direkt gegen die Industrialisierungspolitik des Deutschen Reiches und deren Folgen. Sozialer Träger der Bewegung waren in erster Linie bürgerlich-konservative Kreise. Ihnen eigen war die Abneigung gegen das städtische Proletariat und dessen Form der «Vermassung», die Ablehnung von demokratischen und sozialistischen Idealen, die als «Pöbelherrschaft» empfunden wurden, das Zurückweisen von Partizipationsansprüchen der Arbeiterbewegung und des liberalen, häufig jüdischen Bürgertums. Diesen entgegengesetzt wurde die Idyllisierung von Bauern und Handwerkern und ein als ursprünglich und natürlich dargestelltes Landleben mit ständischer Gesellschaftsordnung. Der Einsatz für die Landschaft der «Heimat» diente dabei letztlich nationalen Zwecken. In der Vorstellung der Heimatschützer konnte nur eine intakte deutsche Natur die «deutsche Identität» vor dem Zerfall und der Auflösung in der als flach und oberflächlich empfundenen westlichen Zivilisation bewahren.

Diesem Denken entsprangen die Kategorien von Herkunft und Heimat bzw. «Blut» und «Boden»³, die, mit dem Germanentum als völkischer und der deutschen Landschaft als natürlicher Heimat gleichgesetzt, in einer unauflösliehen, organischen Beziehung miteinander stehen. Diese Begrifflichkeiten nehmen die Nähe zur **nationalsozialistischen Ideologie** vorweg. Zwar wurde der Nationalsozialismus nicht von allen Heimatschützern und Zivilisationskritikern vorbehaltlos begrüßt und unterstützt, doch gab es Übereinstimmung in zentralen Punkten der Ideologie. Mit dem Untergang des faschistischen Herrschaftssystems gingen folgerichtig auch die Ideale der Neoromantiker unter, bzw. sie wurden restlos diskreditiert.

Diese dulddende bis begeisterte Haltung, die man gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen hatte, war für den Heimat- und Naturschutz in den Jahren nach dem Krieg eine übergroße Hypothek. Gegenüber der materiellen Notwendigkeit des industriellen Wiederaufbaus blieb die völkische Rhetorik zudem ein Randphänomen. Nur wenige Einzelpersonen, Gruppen und Parteien versuchten in der Folgezeit eine Wiederbelebung des konservativen Natur- und Heimatschutzgedankens; die Resonanz war gering. Dieser Effekt blieb bis in die frühen 1970er-Jahre hinein erhalten, bis zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen.

Zunächst entstanden spontane und lokal begrenzte Protest- und Widerstandsgruppierungen, die sich als «Negativkoalition»⁴ unmittelbar und eindimensional gegen regionale Vorhaben v.a. der Atomwirtschaft richteten und sich als kommunale Bürgerinitiativen (BIs) formierten, in denen weniger ein politisches Bekenntnis als die Frage nach Zustimmung oder Ablehnung des jeweiligen Projektes im Vordergrund stand. Der bereits 1972 gegründete Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), übernahm bald die Koordination der lokalen Proteste und schuf auch die Möglichkeit zur Diskussion weitergehender gesellschaftspolitischer Probleme, die über Einzelvorhaben hinaus den kapitalistischen Wachstumsgedanken grundsätzlich in Frage stellten und alternative Technik- und Gesellschaftsmodelle entwarfen. Hierbei verstand man das eigene Handeln zwar als politisch, glaubte aber das «alte» Links-Rechts-Schema hinter sich lassen zu können.

Im Verlauf des Entwicklungsprozesses der **Umweltbewegung** fand eine Annäherung der hinsichtlich der Ideologie und den Aktions- und Organisati-

- 3 Ihre eindeutig negative Konnotation erhielten diese Begriffe, vor allem in ihrer Verbindung, erst durch den Nationalsozialismus. Im bürgerlichen Antimodernismus des Kaiserreichs konnten sie verschiedene Formen von Germanismus und völkischem Denken bedeuten: «diese konnten, aber mußten sich nicht mit rassistischen oder sozialdarwinistischen Auffassungen verbinden. Der «Boden» war für viele eine ästhetische Kategorie, die sich gefühlsmäßig mit der Angst vor der Entwurzelung und dem Heimatverlust verband.». Linse, Ulrich: Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland, München 1986, S. 22f.
- 4 Mittermüller, Hans G.: Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer «Ökologischen Philosophie», Frankfurt/M. u.a. 1987, S. 86; für die weitere Darstellung vgl. ders., S. 86ff.

onsformen sehr unterschiedlichen Gruppierungen statt. Es gab einen starken rechten, konservativen bis reaktionären Flügel. Zu diesem zählte dabei vor allem die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) des ehemaligen CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl, verschiedene Natur- und Heimatschutzvereinigungen, sowie einige kleinere lokale oder regionale Gruppierungen. Schon frühzeitig wurde zumindest von Teilen der Ökologiebewegung die Gefahr gesehen, dass nationalistische, autoritäre und reaktionäre Gruppierungen den Umweltschutz instrumentalisieren könnten, um eine größere Plattform für ihre Ideologien zu schaffen. Gleichwohl wurde zunächst jeder als bündnisfähig angesehen, der für die gleichen Belange eintrat.

Diese inneren Widersprüche, die aufbrachen, nachdem sich die Vorstellung, man betrete politisches Neuland jenseits von links und rechts, als Illusion erwiesen hatte, führten schon beim Gründungsparteitag der Grünen 1980 in Karlsruhe zu einer Spaltung der grünen Bewegung. Bestimmend war fortan ein parlamentarisch orientierter Kern, dessen große Wahlerfolge bis heute andauern.

Für die anderen Teile der Ökologiebewegung blieben zwei grundsätzliche Möglichkeiten, ihre Opposition zu reorganisieren. Ein kleiner Teil besann sich auf die Kernfragen des linken, basisdemokratischen Protestes gegen das kapitalistische Industriesystem. Ökologische Probleme wurden hier thematisiert als Ausbeutung der Natur durch den Menschen, die den gleichen Prinzipien unterliege wie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Für alle anderen, denen die Vorstellungen der parlamentarischen Grünen zu modernistisch und fortschrittsgläubig waren, die einer parlamentarischen Demokratie keine Problemlösungskompetenz in ökologischen Fragen zutrauten bzw. demokratischen Prinzipien grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden, blieb bis heute der Weg einer Verabsolutierung von Ökologie und Natur als alleingültigen Ordnungsprinzipien des Lebens.

Vom Konservatismus zur Neuen Rechten

Auch bei der Betrachtung der politischen Rechten ist der Blick in die Geschichte notwendig, um die heutigen Erscheinungsformen besser zu verstehen – zum einen, um der Gefahr zu entgehen, traditionelle rechte Positionen und Diskurse bloß zu reproduzieren, zumal Teil deren Strategie ist, alte Ideologiebestände als neue Erkenntnis zu verkaufen bzw. mit unbelasteten Begriffen zu tarnen, zum anderen, um innerhalb der heutigen Situation einer ökologischen Krise die historische Herkunft jener Argumentationsmuster schärfer in den Blick zu bekommen, mit denen die rechte Ökologie diese Krise beschreibt.

Eine verbindliche Definition des **Konservatismus** zu liefern, ist angesichts der Fülle von Interpretationen unmöglich. Für unseren Zweck lassen sich in Anlehnung an Lenk⁵ drei Definitionen des Konservatismus unterscheiden: Eine

5 Vgl. Lenk, Kurt: Deutscher Konservatismus, Frankfurt u. New York 1989.

historisch-spezifisierende, eine universalistisch-anthropologische und eine situationsspezifische Interpretation des Begriffs.

Erstere bemüht einen geschichtlich-gesellschaftlichen Rahmen zur Herleitung. Der Konservatismus wird als Reaktion von Aristokratie und Klerus auf die Ereignisse der Französischen Revolution gedeutet, wobei weniger die Ideale der bürgerlichen Revolution als die realen Machtverschiebungen in deren Folge Gegenstand der konservativen Reaktion sind. Die universalistisch-anthropologische Definition versteht Konservatismus als «ewig gültiges System fundamentaler Werte»⁶, Erfahrungen und daher Wahrheiten über Mensch und Welt, die Ausdruck höherer, zumeist göttlicher Ordnung sind. Diese Interpretation dürfte das Selbstverständnis der größten Zahl der Konservativen repräsentieren, wohl auch, weil die Werte selbst nicht benannt werden, sondern nur deren Herleitung von einem höheren Prinzip, das in letzter Konsequenz keiner Rechtfertigung mehr bedarf. Dies führt direkt zur dritten, situationsgebundenen Definition. Konservatismus meint hier einen Pool von Diskurselementen, die in Krisensituationen abgerufen werden, um das (bedrohte) Althergebrachte zu bewahren. Je nach gesellschaftlicher und historischer Situation kann dies verschiedene inhaltliche Argumentationsmuster zur Folge haben, die jedoch alle nur den Zweck verfolgen, die heraufziehende Veränderung zu verhindern.

Ohne eine letztgültige Definition des Begriffes liefern zu können, haben alle drei Varianten eine Gemeinsamkeit, auf die der Konservatismus dann auch häufig reduziert wird: Seine untrennbare negative Verbindung mit der Moderne. Rationalismus und Aufklärung sind zentrale Kategorien konservativer Kritik, die daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen – Industrialisierung, Verstädterung, Säkularisierung der Welt – wurden und werden vom Konservatismus traditionell abgelehnt. Wandel, egal welcher Art, findet auf organische Weise statt, stets innerhalb der Grenzen, die die 'Natur des Menschen' gezogen hat. Ein Eingriff in das historische Geschehen unter Berufung auf eine bessere Zukunft ist unter diesen Umständen sinnlos, ja sogar schädlich. Dieser Gedanke des organischen Wachsens und Vergehens wird auf Staat und Geschichte übertragen. Der historische Konservatismus ist demzufolge per Definition antirevolutionär.

Hieraus abgeleitet findet sich bei der Betrachtung der konservativen Ideengeschichte und der konservativen Bewegung ein weiterer dialektischer Widerspruch: die **Konservative Revolution** der Weimarer Republik. Konservative Kreise erkannten seinerzeit, dass die von ihnen erwünschte gesellschaftliche Ordnung in Folge des Ersten Weltkriegs zerfallen war, und sie entschlossen sich, bewusst in das historische Geschehen einzugreifen. Aufgrund der rückwärtsgewandten Ideologie und der reaktionären Intention der Akteure, deren Ziel die «zukünftige

6 Wüst, a.a.O., S.31

Rückgewinnung eines vergangenen Zustandes»⁷ war, müsste man eigentlich von einer revolutionären Restauration sprechen.

Neben völkischen Nationalisten gab es unter Vertretern der konservativen Revolution Jungkonservative, Nationalrevolutionäre, Bündische und Anhänger der Landvolkbewegung. Allen gemeinsam war lediglich, und auch das in unterschiedlicher Auswirkung auf ihre politische Praxis, die Opposition gegen die Weimarer Demokratie. Der Wille zur Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung bzw. der Eskapismus aus der für unerträglich gehaltenen Moderne bewirkten eine Öffnung für eine originär anti-konservative revolutionäre Haltung. Viele Vertreter der Konservativen Revolution suchten folgerichtig die Nähe zur entstehenden nationalsozialistischen Bewegung, die ihrerseits zentrale Gedanken des Konservatismus und seiner verschiedenen Spielarten aufgriff. Auch wenn die meisten der prägenden Autoren in der Zeit nach der Machtergreifung auf Distanz zum faschistischen Regime gingen, war es doch diese Verbindung von revolutionärer Bewegung und konservativen Ideen, die die Konservative Revolution zum geistigen Wegbereiter des Faschismus prädestinierte. In der historischen Konsequenz wurden auf diesem Weg viele der Konservativen zu Mithelfern der weitgehenden Auflösung exakt jener Traditionen wie auch der ländlichen Kultur, dem Bauerntum oder der nationalen Einheit, für deren Bewahrung sie angetreten waren.

Nach dem Krieg war der deutsche Konservatismus aufgrund dieser ideologischen Nähe zum Nationalsozialismus diskreditiert. Die indifferente Haltung und die Toleranz gegenüber dem Faschismus machten die Versuche einer konservativen Restauration in der BRD unglaublich. Der historisch gewordene Konservatismus durchlief unter dem Druck der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse eine Spaltungsphase und trennte sich in eine **Alte Rechte** und gemäßigte (Neo-)Konservative, die einen Kompromiss mit der neu entstandenen Ordnung fanden. Man versöhnte sich zumindest mit dem bisher verhassten industriell-kapitalistischen Fortschritt, ohne jedoch dessen gesellschaftliche Begleiterscheinungen zu akzeptieren. Als zentrale Erscheinungsformen der Moderne, die nach wie vor scharf abgelehnt werden und die immer wieder Gegenstand von zähen Abwehrkämpfen sind, wären z.B. zu nennen: Demokratisierung der gesellschaftlichen Institutionen, Veränderungen der Geschlechterverhältnisse, die Auflösung traditioneller Familienstrukturen, Egalitarismus, differenzierte Arbeitsteilung, in der Folge Funktionseliten statt Kultureliten, soziale Mobilität.

Neben diesen Akteuren hat sich in der BRD seit den 1970er-Jahren jedoch eine andere rechte Strömung gebildet, die so genannte **Neue Rechte**. Tatsächlich lassen sich weitgehende Übereinstimmungen hinsichtlich der politischen Ziele und des ideologischen Hintergrunds feststellen, so dass diesbezüglich von einer «Neuen» Rechten kaum die Rede sein kann.

7 Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1986, S. 242.

Wesentliche Unterschiede finden sich jedoch hinsichtlich der Strategie, mit der diese Vorstellungen in politisches und gesellschaftlich wirksames Handeln umgesetzt werden sollen. Die Neue Rechte tritt nicht durch Wahlkämpfe oder Gewaltaktionen in Erscheinung oder argumentiert in der Öffentlichkeit offen rassistisch, antisemitisch, revanchistisch oder völkisch-national, sondern sie versucht in Anlehnung an Gramscis Konzept von kultureller Hegemonie «metapolitisch» zu agieren.

Die organisierte Alte Rechte blieb, von einigen spektakulären Wahlerfolgen der NPD Ende der 1960er-Jahre abgesehen, politisch relativ erfolglos. Ihr öffentlicher Einfluss war spätestens seit Beginn der 1970er-Jahre gering. Diese Erfolgs- und Ziellosigkeit war es letztlich auch, die für einen Strategiewechsel und die Neuetikettierung als «Neue» Rechte sorgte.

Für die sich formierende Neue Rechte ging es anfangs vor allem darum, zwischen sich und der diskreditierten faschistischen Herrschaft und deren Anhängern Distanz zu schaffen. Kritisiert wurden zunächst die Irrationalität des Nationalsozialismus, insbesondere dessen mythische Herleitung des Volksbegriffs, und der Antiintellektualismus führender NS-Größen. Dagegen wurde eine Intellektualisierung rechter Theorie angestrebt, die sich vor allem an den Vordenkern der Konservativen Revolution der Weimarer Republik abarbeitete. Anders als rechte Kader- und Großparteien suchte man nicht durch Wahlkampfaktivität politischen Erfolg, sondern durch den «Kampf um die Köpfe der Menschen», was dem Konzept der Metapolitik neurechter Kreise entspricht.

Nach übereinstimmender Ansicht praktisch aller konservativen und rechten Publizisten gelang es den Aktivisten der Studentenbewegung in der Folge von 1968, sich in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen wie den Medien und den öffentlichen Institutionen, Universitäten etc. zu etablieren und auf diesem Weg eine «linke Hegemonie» innerhalb der BRD herzustellen. Diese angenommene Vorherrschaft zu beenden und eigene Deutungsmacht der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen, ist folgerichtig das vorrangige Ziel aller Bemühungen neurechter Aktivitäten. Für dieses Ziel wiederum, und hier schließt sich der Kreis, ist die Ökologie ein überaus geeignetes Vehikel, da es den Rückgriff auf konservative Denkfiguren erlaubt, seit den 1970er-Jahren als eher links wahrgenommen wird und durch die Neuerfindung politisch unbelasteter Begriffe bzw. deren Umdefinition die Besetzung mit eigenen Inhalten ermöglicht.

Im autoritären Vaterland

Die erste Variante der rechten Ökologie knüpft direkt an die Alte und Neue Rechte und deren Weltbild an. Der autoritäre Ruf nach einem starken Nationalstaat, der, streng nach innen und imperial nach außen, die Emanzipationswünsche des Einzelnen und die unterschiedlichen Interessenlagen der gesellschaftlichen Teilgruppen dem Wohle von Volk, Staat und Nation unterordnet, bildet den Kern der zeitgenössischen «vaterländischen» Rechten.

Hieraus leitet sich der Naturbegriff der vaterländischen Rechten ab. Um den Begründungszusammenhang zu verstehen, muss man die Argumentation rückwirkend erschließen: Zuerst wird erwünschte gesellschaftspolitische Ordnung formuliert. Dann werden die entsprechenden Prinzipien kurzerhand auf die Natur übertragen und festgestellt, dass das, was als «natürlich» wahrgenommen wird, nach dem gleichen Muster funktioniert. Sodann wird diese natürliche Ordnung auf die Gesellschaft zurückgeführt, als richtige Lebensweise empfohlen und jede Abweichung von dem zuvor umrissenen Bild scharf kritisiert.

Ökologie ist dabei weniger als Gegenstand, sondern vielmehr als Mittel zum Zweck von Interesse: Mit ihr kann das ohnehin unterstellte Primat der Natur in modernisierter Form die eigenen Herrschaftsansprüche legitimieren und fremde Partizipationswünsche zurückweisen. «Ökologie» wird zwar als Begriff verwendet, umfassend und politisch verstanden als Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Als Lehre der Beziehungen von Organismen zueinander oder normativ als z.B. nachhaltiges Wirtschaften kommt Ökologie in diesem Weltbild allerdings nicht mehr vor. «Natur» erscheint als große Metapher vom Fressen oder gefressen werden, wobei der Mensch als Raubtier wie alle anderen Tiere vor allem sein Territorium zu verteidigen und seine Art zu erhalten habe.

Die «Nation» als handelndes Wesen

Zentraler Bezugspunkt der Vaterländischen ist stets die Nation. Aus ihr leiten sich die nationale Identität, Kultur und Bedeutung ab, ohne sie ist der Einzelne nichts. Die Nation selbst hat dabei die Qualität eines lebendigen, handelnden Organismus. Sie fügt sich zwar aus den ihr zugehörigen Menschen, dem homogen gedachten Volk, zusammen. Nation ist jedoch in jedem Fall nicht nur mehr als die Summe ihrer Teile, sondern ohnehin unteilbar. Dabei nimmt die Nation eigene, unwandelbare Charakterzüge an, die wiederum auf exakt jene Teile zurückwirken, aus denen sie sich bildet. Diese werden dadurch zu Trägern eben der nationalen Identität, die das Wesen der Nation bestimmen, und die letztlich keines Begründungszusammenhangs außerhalb dieser tautologischen Herleitung mehr bedürfen.

Die Vorstellung von der Nation als organisch gewachsenem und immerwährendem Prinzip und gleichzeitig als Ausdruck des politischen Willens eines homogenen Volkes hat dabei in Deutschland traditionell stärkere Deutungsmacht als in anderen Staaten. Dies liegt an einer historischen Besonderheit, die sich halbbewusst bis heute erhalten konnte: Anders als z.B. in Frankreich, wo der Nationalstaat in der Folge einer bürgerlichen Revolution unter Berufung auf aufklärerische Prinzipien begründet wurde und sich als politische Wertegemeinschaft von Einzelnen konstituierte, benötigte man im kleinstaatlich organisierten

Deutschland, wo jeder Revolutionsversuch scheiterte, eine vopolitische oder gar irrationale Begründung für die Konstitution als Nationalstaat.⁸

Ablehnung des Gleichheitsprinzips

Zentrales Dogma aller rechten Theorie seit der Französischen Revolution ist die Ablehnung des allgemeinen Gleichheitsprinzips. Für die Neue Rechte hat die Gegnerschaft zum individuellen und kollektiven Egalitarismus konstitutiven Charakter, aus ihr leiten sich sowohl die gesellschaftlichen Feindbilder als auch die erwünschte politische Ordnung ab. Belegt wird die Behauptung von der Ungleichheit der Menschen entweder in traditionell rechter Argumentation, d.h. biologisch und genetisch, oder in modernisierter Form, kulturalistisch und mental, wobei «Kultur» und «Mentalität» in jedem Fall statisch verstanden werden, als naturalisierte Eigenschaften, die, dem Mensch als Träger einmal mitgegeben, unwandelbar sind.⁹

Als Gegenentwurf zum Gleichheitsprinzip dient ein «Recht auf Ungleichheit», das allerdings nicht das Recht auf individuelle Selbstbestimmung und Normabweichung meint, sondern eine hierarchische Ordnung zwischen den Menschen, die naturgegeben und unhinterfragbar ist.¹⁰ Sodann wird die festgestellte Ungleichheit der Einzelnen auf Völker, Nationen und Ethnien übertragen, die, so die Grundthese, den gleichen, organisch-natürlichen Ordnungsprinzipien unterliegen.

Diese Naturvorstellung findet ihre gesellschaftliche Entsprechung, wenn ein autoritärer, hierarchisch gegliederter Nationalstaat als Idealzustand ausgegeben wird, in dem der Einzelne, entsprechend seiner ererbten und kulturell vermittelten Merkmale, den ihm zustehenden Platz einnimmt. Analog gelten diese Ordnungsprinzipien auch zwischen den Nationalstaaten, wobei die Führungsrolle derjenigen Nation zufällt, der dies aufgrund ihrer «natürlichen» Voraussetzungen und deren allgemeiner Anerkennung zusteht, wodurch sich auch imperialistische Bestrebungen durch naturhafte Notwendigkeit legitimieren lassen.

8 Späte Folgen dieser amodernen Herleitung nationaler Souveränität ist u.a. das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht, das sich bis ins 21. Jahrhundert von der Abstammung (*ius sanguinis*, «Blutrecht») und nicht, wie eben in Frankreich oder den USA, vom Ort der Geburt (*ius soli*, «Gebietsrecht») ableitete.

9 Zur Ersetzung des herkömmlichen biologischen Rassismus durch den unverfänglicheren Kulturalismus, nicht nur bei der Neuen Rechten, vgl. Müller, Jost: *Mythen der Rechten*. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin u.a. 1995, S. 100-113.

10 Künast lässt an diesem Primat der Natur keine Zweifel, wenn er schreibt: «Mit der Umerziehung und dem Neomarxismus kam der Geist der Gleichmacherei über Deutschland. Natürliche Unterschiede oder Rangordnungen mit Eliten wurden geleugnet und verteufelt. (...) Ein Blick in die Natur und die uns umgebende Wirklichkeit zeigt jedoch jedem Sehenden, dass die Natur keine Gleichmacherei kennt, dass ihre Ordnung auf Rangbeziehungen beruht.», Künast, Rudolf: *Umweltzerstörung und Ideologie. Die Frankfurter Schule: Fakten – Fehler – Folgen*; Tübingen 1983, S. 42.

Gerade unter den Bedingungen der ökologischen Krise gilt dabei derjenige Nationalstaat als der beste Garant des Überlebens, der bereit ist, diese grundlegenden Lebensgesetze anzuerkennen und im zukünftigen Kampf um natürliche Ressourcen auch einzusetzen. Ökologie ist hier gleichzeitig ein inhaltlicher Vorwand, um die gewünschte politische Ordnung zu begründen, als auch ein formaler Vorwand, um diese durchzusetzen.

Verweichlichung in der Moderne

Historisch noch weiter zurückgreifen jene Argumentationsfiguren, die die Zivilisation grundsätzlich als «Entartung» empfinden und ihrem Unbehagen in der Kultur ein archaisches Modell einer Jäger- und Sammlergesellschaft entgegenstellen.

Die Natur ist in dieser Vorstellung nicht sanft, harmonisch und idyllisch, sondern brutal und unbarmherzig, daher kann nur das Harte selbst in ihr bestehen. Exemplarisch für diese in ihrer Regression extreme Form des «Vaterländischen» beschwört der Mitbegründer der Jungen Republikaner, Marcus Bauer, die «männlichen Aspekte eines naturintensiven Lebens», «(...) das Kämpferische, dem konsumgesellschaftlichen Wohlleben Entsagende, Willenskraft, Abhärtung, und körperliche Tüchtigkeit Erfordernde einer regenerierten Naturunmittelbarkeit (...)».¹¹ Er unterstellt, dass die Rechte traditionell ein gespaltenes Verhältnis zur Ökologie habe, vor allem aber die ökologische Linke ablehnt, weil diese «weiblich», weich und «innerlich» sei, weil sie jammert und klagt, anstatt sich der Natur in all ihrer Härte zu stellen.

Diese Degeneration ist für ihn Ausdruck lebensfeindlicher Prinzipien, die sich als Begleiterscheinungen der Zivilisation etabliert haben. Gefordert wird demgegenüber eine «Ökologie von rechts», die die männlichen Aspekte der Natur berücksichtigt, als Gegenpart zur dominanten linken Ökologie. Wie tief der Hass auf die technischen Erleichterungen und zivilisatorischen Errungenschaften ist, zeigt überdeutlich das folgende Zitat: «Man denke doch nur einmal an die neongebleichten, speckigen, von konstanten Zimmertemperaturen, warmen Wasser und Fertigmahlzeiten verwöhnten Zivilisationsmollusken, an jene während sonniger Tage an den Kiesstränden der heimischen Flüsse auszumachenden mehlweißen schwammigen Gestalten, die, unter dem Gewicht ihres erschlafften Bindegewebes leidend, sich mit schmerzverzerrten Gesichtern auf ihren klobigen Füßchen über den steinigen Asphalt quälen. Welch ein Anblick! Was für ein verkümmertes, entartetes Wesen der im Rudel einer organisierten Gesellschaft so herrisch-mächtige Mensch, was für eine Karikatur seiner selbst er doch ist.»¹²

Wenn auch die beschworenen Idealzustände historisch in dunkler Vorzeit liegen, so erkennt man in dieser Polemik doch unschwer weitaus aktuellere

¹¹ Bauer, Marcus: Ökologie von rechts? In: *Wir selbst*, Nr. 1/1991, S. 40.

¹² Ders.

Bezugspunkte. Unverhohlen wird ein faschistisches Menschenbild propagiert, direkt anknüpfend an die nationalsozialistischen Vorstellungen eines «reinen», naturnahen und durch Bildung und zivilisatorische Erleichterungen nicht verdorbenen Volkes.¹³ Der Anschluss an Traditionen und Denkmuster der NS-Zeit wird hier deutlicher als sonst innerhalb des rechtsökologischen Lagers.

Dekadenz und Entartung

An die Verkündung vom Wert der individuellen und völkischen Gesundheit knüpft die Unterscheidung von lebenswertem und unwertem Leben an, auch wenn diese diskreditierten Vokabeln nicht gebraucht werden. Als zentraler Verstoß gegen die natürliche Lebensordnung werden dabei alle sozialstaatlichen Regelungen und karitativen Einrichtungen betrachtet, die das «Starke» und Lebensfähige nicht fördern, sondern das «Schwache» schützen. Diese Form eines gleichmachenden Humanismus verhindert nach rechter Vorstellung die natürliche Selektion, die in der Natur zentrale Bedeutung für die Erhaltung und biologische Weiterentwicklung der eigenen Art hat.

Ein abgeschwächtes, modernisiertes Muster dieser «Dekadenztheorie» nimmt sich explizit das Dritte Reich als Bezugspunkt. Nach dieser Vorstellung war bis zum Untergang des Nationalsozialismus die deutsche Welt insofern in Ordnung, als der Deutsche noch fleißig, naturliebend und unverdorben war.¹⁴ Erst mit dem Verlust der staatlichen Souveränität kam es zu jener «mental» Umweltverschmutzung, die die angeborene Heimatliebe vernichtete und schließlich zur Zerstörung der «materiellen» Umwelt führte. Die alliierten Siegermächte, v.a. die USA, werden dabei als treibende Kräfte gesehen. Die Beweisführung wird dabei meist durch eine verschwörungstheoretische und antisemitische Komponente ergänzt.¹⁵

Die Natur, so lässt sich die vaterländische Ökologie zusammenfassen, ist hart und unbarmherzig, kennt allein Fressen oder Gefressen werden. Nur eine

13 Zu erinnern ist dabei auch an Hitlers Diktum, er wünsche sich die 'deutsche Jugend' «zäh wie Leder, flink wie Windhunde, hart wie Kruppstahl».

14 Haverbeck z.B. beschreibt ausführlich und grundsätzlich lobend die naturschützerischen Aktivitäten des Dritten Reiches, dessen Maxime der umfassende «Schutz allen Lebens» gewesen sei; vgl. Haverbeck, Werner Georg: Ökologie und Nation. Die Grundlegungen des ökologischen Bewußtseins in Deutschland; In: Willms, Bernard: Handbuch zur deutschen Nation. Bd.2. Nationale Verantwortung und liberale Gesellschaft, Tübingen/Zürich/Paris 1987, S. 416ff.

15 So vergisst Künast bei der Darstellung der wichtigsten Akteure der Frankfurter Schule als treibende Kräfte der «Umerziehung» nie, die Wissenschaftler als «jüdisch» zu kennzeichnen; vgl. Künast, a.a.O., insb. S. 65-80; Neumaier spricht von «teuflischen Gegner[n]» und «satanischen Kreisen», «deren Ziel seit langem die Vernichtung des deutschen Volkes» sei, und führt als Beleg Theodore Kaufmanns *Germany Must Perish* an; vgl. Neumaier, Arnulf: Materielle und mentale Umweltverschmutzung; In: *Nation & Europa*, 43. Jg., Nr. 9/1993, S. 10.

menschliche Gesellschaft, die ebenso organisiert ist, kann daher überleben, weshalb für humanitäres Getue kein Platz sei.

Im völkischen Mutterland

Im Mutterland finden sich viele Elemente, die bereits in der Romantik und der Heimatbewegung hoch im Kurs standen. Zentral ist die Vorstellung eines völkischen Nationalismus, der für die organische Ganzheitlichkeit der Volksgemeinschaft steht, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche überwunden sind. Zugrunde liegt diesem Bild eine idealisierte, vormoderne Stände- und Agrargesellschaft. Zentrale Bezugspunkte sind hier die (globale und lokale) Natur als organisches, handelndes Wesen, die Harmonie sowie das «natürliche» Gleichgewicht zwischen allen Lebewesen auf biologischer Grundlage, das jedoch nicht mit einer allgemeinen Gleichheit zu verwechseln sei. Zum *Mutterland* wird die Nation für all jene, die eine völkische Harmonisierung und Naturalisierung gesellschaftlicher Zustände im Allgemeinen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Besonderen anstreben.

Das Verhältnis zur Ökologie

Das Verhältnis zur Wissenschaft ist gespalten. Zwar werden naturwissenschaftliche Erkenntnisse, v.a. Teile der ökologischen Systemtheorie, durchaus in das eigene Weltbild integriert, grundsätzlich werden den Wissenschaften jedoch «Kälte», die Trennung von Geist und Seele, «Anthropozentrismus» und ein rein mechanistisch-rationales Weltbild vorgeworfen. In die Kritik gerät so auch die wissenschaftliche Ökologie, die sich der «Wirkung von Landschaft auf die Seele, Heimat etc.»¹⁶ verschließe. Gefordert wird hingegen v.a. «Ganzheitlichkeit», ein umfassender und tief empfundener Naturschutz, denn: «Naturschutz ist nicht angewandte Ökologie. Nicht das, was die Naturwissenschaften unter Natur verstehen, will er schützen, sondern die erlebbare Natur mit leiblicher und seelischer Bedeutung gleichermaßen.»¹⁷ Daher ist die Aufhebung des Dualismus von Natur und Kultur notwendig, das Anerkennen des Menschen als «Naturwesen», der den gleichen Gesetzen unterworfen sei wie jedes andere Lebewesen auch.

Erkennbar ist die Nähe zu irrationalen und pantheistischen Weltbildern. Zurückgeführt werden solche global-religiösen Naturbilder jedoch stets auf das «Eigene», die eigene Heimat, die eigene Landschaft, das eigene Volk. Dadurch ist ein Anknüpfen an traditionelle Heimat- und Naturschutzideologien möglich; gleichzeitig werden neben deren völkischen und reaktionären Naturvorstellungen auch antikapitalistische und antiimperialistische Ideologiefragmente sowie Bezüge zu aktuellen ökologischen Krisenerscheinungen aufgegriffen.

¹⁶ Falter, Reinhard: Wo steht der Naturschutz? Plädoyer für eine neue politische Verortung; In: *Criticón*, Nr. 150 1996, S. 91.

¹⁷ Ebd.

Hieraus ergibt sich die zweifellos relativ große Übereinstimmung mit Teilen der Ökologiebewegung, mit der «Philosophie der Grünen» und deren Zentralidee einer ökologischen Leitwissenschaft, dem Denken in konzentrisch und horizontal miteinander verbundenen Systemen und Kreisläufen. Kein Zufall ist daher auch, dass einige der Vordenker der mutterländischen Ideologie zu den Gründungsvätern der grünen Bewegung gehörten.

Naturalisierung von Volk und Gesellschaft

Kennzeichnend für das gesamte rechte Lager und daraus folgend die rechte Ökologie ist es, angenommene Merkmale und Ordnungsprinzipien der «Natur» auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen. Jede Abweichung von diesem Prinzip und sämtliche individuell-emanzipatorischen Bestrebungen werden als «lebensfeindlich» gewertet.

Welche Naturgesetze und ökologischen Erkenntnisse jeweils übergeordneten normativen Charakter haben, ist jedoch umstritten. Während bei den «vaterländischen», autoritären Vorstellungen eher das Bild vom Kampf aller gegen alle vorherrscht, in dessen Verlauf sich Rangordnungen zwischen Individuen, Völkern und Arten herausbilden, ist die Zentralmetapher der «Mutterländischen» ein großes Mit- bzw. Nebeneinander. Nach dieser Vorstellung hat jedes Lebewesen (und die entsprechenden Völker, Arten usw.) einen ihm bestimmten Platz, dessen Beibehaltung die Harmonie zwischen allen Lebewesen und das «ökologische Gleichgewicht» sichere.

Eine Auflehnung gegen die Verhältnisse werde dadurch nicht nur sinnlos, da diese unabänderlich seien, sondern sogar schädlich, da dies den «ökologischen Gesetzmäßigkeiten» zuwiderlaufe. Auch hier gilt der Einzelne in seiner Individualität nichts. Anders jedoch als bei den Vaterländischen, die dabei den Nationalstaat als zentrale Bezugsgröße und Identitätsstifter heranziehen, übernimmt hier die Idee der «Natur», abgeleitet aus einem umfassenden Verständnis von «Ökologie», diese Funktion. Ökologie fungiert hier als Metapher für eine als «natürlich» bezeichnete Gesellschaftsordnung, in der «Volk», «Heimat» und «Natur» zu einem organischen Ganzen verbunden sind.

«Natur» als menschenfeindlicher Religionsersatz

Gleichzeitig wird, parallel zum Volksbegriff der Vaterländischen, «Natur» zum handelnden Subjekt, dem spezifische Eigenschaften und ein eigenes Bewusstsein zugeschrieben werden. Entsprechend wird versucht, Brücken zur grün-alternativen und New-Age-Bewegung zu schlagen. Die Natur ist in dieser Vorstellung grundsätzlich gut, weise und allmächtig, kann jedoch «zurückschlagen», falls sich der Mensch zu stark an ihr versündigt. Deutlich wird hier das spirituelle, gottähnliche Moment dieses Naturbildes. Entsprechend wird, statt von Umwelt

oder Natur zu reden, häufig der Begriff der «Schöpfung» als allumfassende Metapher gebraucht.¹⁸

Mit dieser Verkündung wird die Frage obsolet, ob ein Politikentwurf autoritäre oder demokratische Ordnungsvorstellungen beinhaltet und ob er auf einem biologisch oder sozial begründeten Weltbild beruht. Denn angesichts der gewaltigen Aufgabe, die die Bewahrung der Schöpfung darstellt, können Fragen nach der Organisation der menschlichen Gesellschaft vernachlässigt werden: «Für die Fortexistenz menschlichen Lebens ist es von entscheidender Bedeutung, ob die natürlichen Lebensgrundlagen, also unvergiftete Atemluft, trinkbares Wasser und sauberer Ackerboden erhalten bleiben. Wer sich um diese Naturschätze balgt, wer dabei viel erhält und wer dabei zu kurz kommt, ist eine untergeordnete gesellschaftliche, nicht eine übergeordnete existentielle Frage. (...) Wenn einer der beiden Aasgeier Kommunismus und Kapitalismus beim Streit um die der Natur zu entreißenden Beutestücke nun ums Leben kommt, so kann man als Ökologe nur gleichgültig mit verschränkten Armen zusehen; Mitgefühl und Parteinahme gilt allein dem Opfer der beiden, der geplünderten und gequälten Erde.»¹⁹

Empathie gilt allein Mutter Erde. Für diese «Ökologie» sind Verteilungsfragen Teil des überholten Streits der Ideologien, folglich braucht man sich nicht darum zu kümmern, wer saubere Luft, trinkbares Wasser und genug zu essen hat und wer nicht.

Technik- und Fortschrittskritik als Zivilisationskritik

Als Beginn der ökologischen Katastrophe wird die Ablösung und Entfremdung des Menschen von «Mutter Erde» und ihren elementaren Lebensprinzipien gesehen. Der Zeitpunkt, an dem dieser unheilvolle Prozess begann, ist dabei umstritten. So wird häufig, v.a. von Vertretern des Neuheidentums und der Neuen Rechten, der Siegeszug des Christentums in Europa mit seinem Gebot «macht euch die Erde untertan» als entscheidender Markstein der Abkehr vom naturhaften Leben genannt, bei Anderen findet sich die zunehmende Industrialisierung als Wendepunkt. Bei einem Vordenker wie Herbert Gruhl erscheint gleich jeder zivilisatorische Fortschritt, sei es die Verbesserung der medizinischen Versorgung oder die Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion, als Baustein einer lange vorberei-

¹⁸ Hieraus ergeben sich direkte Anknüpfungspunkte zu New Age und Esoterik. Der völkische Spiritualismus etlicher New Age-Gruppen, verbunden mit elitärem und totalitärem Irrationalismus führt bei Ditfurth dann auch zu einem grundsätzlichen Faschismusverdacht gegen diese Szene; vgl. Ditfurth, Jutta: Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-) Faschismus, Biozentrismus, Hamburg 1996. Zu den ideologischen und organisatorischen Querverbindungen zwischen Esoterik und (ökologischer) Rechter vgl. z.B. Woelk, Volkmar: Natur und Mythos. Ökologiekonzepte der «Neuen» Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Duisburg 1992.

¹⁹ Strelow, Heinz-Siegfried: Kommunismus – die Ideologie der Naturverachtung. Ökologische Skizzen zum zerfallenden Imperium des Marxismus und zur Krise der Linken; in: *Wirselsbst*, Nr. 112/1992, S. 21.

teten und durch Industrialisierung und Moderne vollendeten Vernichtung der Natur durch den Menschen.²⁰

Diese Einschätzung liegt auf einer Linie mit praktisch allen Natur-Konservativen, denen Fortschritt und Zivilisation grundsätzlich verdächtig sind. Die Technik selbst ist dabei nur insofern Gegenstand der Kritik, als sie der menschlichen Zivilisation die Mittel zur Ausbeutung liefert; Kritik an technischen Einzelproblemen wird nur geübt, wenn das große Natur-Ganze bedroht scheint,²¹ bzw. als exemplarischer Beleg für den grundsätzlichen Irrweg der menschlichen Zivilisation insgesamt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass anders als im Vaterland die Natur im Mutterland kein Schlachtfeld, sondern vielmehr der verlorene Ort umfassender Harmonie ist – bei der Re-Etablierung spirituell aufgeladener Naturgesetze braucht demnach keine Rücksicht auf soziale Fragen genommen werden.

Unterwegs mit Vater und Mutter: Gemeinsamkeiten

Uneinigkeit zwischen vater- und mutterländischen Vertretern besteht in erster Linie in der Frage, welchem Naturbegriff der Vorzug zu geben sei und welchen Stellenwert Natur und Heimat, Volk und Nation bei der Bestimmung der politischen Ziele jeweils haben. Bei den Anhängern des Mutterlandes, die sich in der Tradition des konservativen deutschen Natur- und Heimatschutzes sehen und denen nach eigener Ansicht deren Bewahrung obliegt, ließe sich dabei von *rechten Ökologen* sprechen, bei denen Volk und Nation sich «natürlich» aus der sie umgebenden Landschaft ableiten lassen. Für die «Vaterländischen» dient dagegen die Ökologie eher der Modernisierung und wissenschaftlichen Untermauerung traditioneller rechter Ideologiefragmente und der Begründung und Legitimierung von Völkern und Nationen, hier wäre die Bezeichnung *ökologische Rechte* angemessener.

Ansonsten ist man sich in Vielem einig, was sowohl für die Ablehnung als auch für die Zustimmung zu bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen gilt. Die wichtigsten Gemeinsamkeiten sollen nun abschließend benannt werden:

- 20 Diese apokalyptische Weltsicht bestätigt Gruhl noch einmal in seinem Alterswerk *Himmelfahrt ins Nichts*, wenn er schreibt: «So wie die technische Zivilisation absolut einmalig in der Geschichte der Menschen ist, so einzigartig wird auch ihr Ende sein. Sie wird nicht an kultureller Degeneration zugrunde gehen, sondern an der physischen Ausplünderung der Erde, wobei heute alle Völker einmütig handeln. (...) Der Rest der Tragödie ist nur noch eine Frage der Zeit, in der jetzt alle Vorgänge eskalieren.»; Gruhl, Herbert: *Himmelfahrt ins Nichts*. Der geplünderte Planet vor dem Ende, München 1992, S. 367.
- 21 So übten rechte Ökologen an der zivilen und militärischen Nutzung der Atomkraft v.a. deshalb Kritik, weil sie eine Schädigung des Erbguts fürchteten; vgl. hierzu Peters, Jan (Hrsg.): *Nationaler Sozialismus von rechts*, Berlin 1980. Die Förderer der Gentechnik selbst dagegen werden kritisiert, weil sie «die göttliche Schöpfungsordnung durcheinanderwirbeln»; Strelow, Heinz-Siegfried: *Das verlorene Grün der Konservativen*; in: *Criticón*, Nr. 155 1997, S. 130.

- Zunächst ist für beide Varianten festzustellen, dass Natur, Gesellschaft, Volk, Staat und Nation in ihrer Bedeutung zwar unterschiedlich stark hervorgehoben werden, deren Vorstellung aber in jedem Falle statisch ist. Es gibt nicht zu hinterfragende, ewige Ordnungsprinzipien und grundlegende Eigenschaften dieser Einheiten. Innerhalb derer kann zwar eine organische Veränderung stattfinden, eine Dynamik in Form eines gewollten und geplanten Wandels der Verhältnisse durch den Menschen ist jedoch nicht möglich.
- Weiterhin gilt die Annahme, dass dieses elementare und unabdingbare Wissen entlang des zivilisatorischen Prozesses immer mehr verschüttet wurde. In irgendeiner dunklen Vergangenheit galten die als richtig erachteten Lebensgesetze; seither werden sie missachtet. Daher ist es aus Sicht der rechten Ökologie notwendig, diese grundlegenden Lebensgesetze wieder in Erinnerung zu rufen und der Menschheit den angenommenen Ursprungszustand als den (wieder-)herzustellenden zu empfehlen. Die Wiederherstellung der jeweils bedrohten Ganzheit von «Leben», «Volk», «Heimat» oder «Nation» muss daher vorrangiges Ziel aller Umweltschutzmaßnahmen sein.
- Besonders dringlich ist diese Aufgabe bezüglich der Wahrung bzw. Restaurierung von entweder biologisch, genetisch oder kulturell begründeten Unterschieden bzw. Rangordnungen zwischen den Menschen und Völkern. Erst diese ermöglichten eine funktionierende Gesellschaftsordnung, so dass die Abkehr von diesem Prinzip als besonders schädlich angesehen wird.
- Das von staatlicher Seite garantierte Recht auf individuelle Selbstbestimmung und individuelle Menschenrechte gilt dabei als fatale Abkehr von diesen Prinzipien. Der Einzelne sei nichts ohne völkische Zugehörigkeit und nationale Identität bzw. könne ohne die Eingliederung in diese «natürlichen» Zusammenhänge nicht existieren. Evident wird dies in der Frage beispielsweise des Schwangerschaftsabbruchs, der wahlweise als Beitrag zum Volkstod oder Eingriff in die Natur bzw. Schöpfung verurteilt wird. Entgegengesetzt wird dem ein umfassender Begriff von Lebensschutz, der stets überindividuelle lebensphilosophische Prinzipien zum Gegenstand hat.
- Durchgesetzt werden soll dies von einer Kulturelite, der die Wahrung des Wohles des gesamten Volkes bzw. die Achtung natürlicher Gegebenheiten obliegt. Dem gegenüber stehen Funktionseliten, die partikulare Interessen vertreten und die demokratischen Widersprüche verhandeln. Beide Formen der rechten Ökologie nehmen eine Frontstellung gegen demokratische Prinzipien ein, insbesondere gegen die USA, die Liberalismus, Pluralismus und Hedonismus auf besonders abzulehnende Weise verkörpern.

Gemeinsam ist schließlich den Vater- als auch den Mutterländischen, dass sie ihre statischen, reaktionären, antidemokratischen, antiwestlichen und autoritären Politik- und Gesellschaftsmodelle im Zweifelsfall fraglos von einer lokalen oder

staatlichen «Öko-Diktatur» durchsetzen lassen würden, in der unter Berufung auf ein höheres Prinzip die «Eingeweihten» ihre Ziele auch unter Umgehung demokratischer Legitimationen und gegen die Mehrheit der «unwissenden» Bevölkerung durchsetzen würden.

Schlussbemerkungen

Die Geschichte der Natur ist immer die Geschichte des Mensch-Natur-Verhältnisses. Sie beschreibt die soziale, kulturelle und ökonomische Aneignung, Nutzung und Beschreibung der Natur durch den Menschen. «Natur» ist kein handelndes Subjekt. Sie besitzt keine Eigenschaften außer jenen, die der Mensch ihr zuschreibt. Verkürzt gesagt: Jeder sieht in der Natur das, was seinen Erfahrungen und seinem Wissen entspricht, und was er in ihr sehen will. Wessen Weltbild von Vielfalt, Buntheit und Wandel bestimmt ist, wird dies ebenso in der Natur finden wie derjenige, der das Leben als immerwährenden Kampf ums Überleben, als Abfolge von Herrschaft und Tod denkt.

Der kurze Überblick über die historischen Wurzeln der rechten Ökologie und deren Denkfiguren zeigt, dass etliche solcher Traditionslinien bestehen, auf die sich ein völkisch-autoritärer Blick auf die Natur berufen kann. Schon seit Beginn der Industrialisierung suchte man in der Natur den Ausweg von den Zwängen der Zivilisation und den Zumutungen der Moderne. Zudem sollte die Natur immer wieder Bezugspunkt eines besseren Lebens sein und im Idealfall Vorbilder liefern für die Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Es sollte hierbei deutlich geworden sein, wie ungewollt nahe sich diese autoritären Vorstellungen und gut gemeinte Umweltschutzüberzeugungen sein können – oder mit anderen Worten: wie leicht sich das Thema und die an ihm Interessierten von der Rechten instrumentalisieren lassen.

Die große Attraktivität, die von solchen Vorstellungen ausging und noch immer ausgeht, verweist auf die starke Sehnsucht nach einem anderen Leben und einer anderen Welt. Aber sie weist in ihrer völkisch-autoritären Variante stets in eine mehr oder weniger ferne Vergangenheit, deren Zustände idealisiert und deren Konflikte ausgeblendet werden. Ein tragfähiges Modell für eine ökologisch orientierte Zukunft bietet die rechte Ökologie nicht.

Nicht alle der genannten Denkfiguren sind hierbei von gleicher Relevanz; einige Vorstellungen können als eher randständig betrachtet werden oder sind eher «harmlos» in ihrer Wirkung. Viele werden zudem von nur Wenigen in dieser Deutlichkeit vertreten, während die große Mehrheit der Bevölkerung mit den genannten Vorstellungen wenig anfangen kann. Für alle der genannten Denkfiguren gilt jedoch mehr oder minder, dass sie den Vorrang der «natürlichen» vor den gesellschaftlichen Regeln fordern. Eine konsequente Verfolgung dieser Überzeugungen führt weg von Humanismus, hinein in die Barbarei.

Literatur

- Bauer, Marcus: Ökologie von rechts? In: *Wir selbst*, Nr. 1/1991, S. 39-40.
- Ditfurth, Jutta: Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-)Faschismus, Biozentrismus, Hamburg 1996.
- Falter, Reinhard: Wo steht der Naturschutz? Plädoyer für eine neue politische Verortung; in: *Criticón*, Nr. 150 1996, S. 91-95.
- Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1986.
- Gruhl, Herbert: Himmelfahrt ins Nichts. Der geplünderte Planet vor dem Ende, München 1992.
- Haverbeck, Werner Georg: Ökologie und Nation. Die Grundlegungen des ökologischen Bewußtseins in Deutschland; In: Willms, Bernard: Handbuch zur deutschen Nation. Bd.2. Nationale Verantwortung und liberale Gesellschaft, Tübingen/Zürich/Paris 1987, S. 416ff.
- Künast, Rudolf: Umweltzerstörung und Ideologie. Die Frankfurter Schule: Fakten – Fehler – Folgen, Tübingen 1983.
- Lenk, Kurt: Deutscher Konservatismus, Frankfurt u. New York 1989.
- Linse, Ulrich: Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland, München 1986.
- Mittermüller, Hans G.: Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer «Ökologischen Philosophie», Frankfurt/M. u.a. 1987.
- Müller, Jost: Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin u.a. 1995.
- Neumaier, Arnulf: Materielle und mentale Umweltverschmutzung, in: *Nation & Europa*, 43. Jg., Nr. 9/1993, S. 7-11.
- Peters, Jan (Hrsg.): Nationaler Sozialismus von rechts. Berlin 1980.
- Schramm, Engelbert: Ökologie-Lesebuch, Frankfurt/M. 1984.
- Sieferle, Rolf Peter: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
- Strelow, Heinz-Siegfried: Das verlorene Grün der Konservativen; in: *Criticón*, Nr. 155 1997, S. 129-132.
- Strelow, Heinz-Siegfried: Kommunismus – die Ideologie der Naturverachtung. Ökologische Skizzen zum zerfallenden Imperium des Marxismus und zur Krise der Linken; in: *Wir selbst*, Nr. 112/1992, S. 14-21.
- Woelk, Volkmar: Natur und Mythos. Ökologiekonzepte der «Neuen» Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Duisburg 1992.
- Wüst, Jürgen: Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖPD), Frankfurt 1993.

Historische Hintergründe: Die Artamanenbewegung in der Weimarer Republik

«Hinter uns der Städte Tand, vor uns heil'ges Bauernland»¹

Im Frühjahr 1924 versammelten sich dreißig junge «deutschgesinnte Städter» auf dem Rittergut Limbach in Sachsen, um freiwilligen Landarbeitsdienst zu leisten. Ihre Ziele: Polnische Landarbeiter verdrängen, den eigenen Körper und Geist «stählen» sowie Kenntnisse für neue Siedlungen «im Osten» sammeln.²

Noch im gleichen Jahr konnten in weiteren landwirtschaftlichen Großbetrieben derartige Gruppen aufgestellt werden. Dies stellt den Beginn der so genannten Artamanenbewegung dar, welche von anfänglich 80 Personen in den darauffolgenden fünf Jahren auf über 2.300 Mitglieder anwachsen sollte.³

Die Artamanen in der Weimarer Republik

Die Führer der Gruppen, der Artamschaften, waren männlich und um die 25 Jahre alt, die Gruppenmitglieder nur wenige Jahre jünger. Viele von ihnen hatten eine Lehre in einem städtischen Beruf abgeschlossen und sich aus unterschiedlichsten Gründen den Artamanen angeschlossen. Einige wollten der Jugendarbeitslosigkeit entgehen, andere kamen aus den aufgelösten Freikorpsverbänden und wieder andere träumten von einem eigenen Selbstversorgerhof innerhalb einer gemeinschaftlichen Siedlung.

Der freiwillige Landarbeitsdienst der Artamanen bedeutete aber zunächst in Gruppen von bis zu 50 Personen für landwirtschaftliche Großbetriebe zu arbeiten. Die Unterbringung erfolgte in den Unterkünften für die Saisonarbeiter, den sogenannten «Polen-» oder «Schnitter-Kasernen», welche durch Renovierungsleistungen als «Artam-Heim» umgestaltet wurden. Für die Landarbeit erhielten die Artamanen den Tariflohn für ungelernte Kräfte, allerdings mussten sie davon einen Anteil für den «Siedlungsschatz», die Arbeitskleidung und Versicherungen

1 Liedzeile der ersten Strophe aus dem «Artamanenlied». Text: Ernst Hauck, Melodie: Fritz Hugo Hoffmann. Archiv der deutschen Jugendbewegung (AJB) Sig. A2-82/34.

2 Bund Artam (Hrsg.): Werbeheft, o. O. (um 1930). AJB Sig. A2-82/4.

3 Vgl. Brauckmann, Stefan: «zur saat und tat», Hamburg 2005, S. 67 ff.

abgeben, so dass von 36 Reichsmark Monatslohn nur zehn Reichsmark übrig blieben.⁴ Außerdem verpflichteten sich die Gruppenmitglieder, auf Streikaktionen zu verzichten und den Anweisungen des «Artam-Führers» unbedingt Folge zu leisten. Für die Verpflegung waren die «Artam-Maiden» zuständig, die etwa zehn Prozent der Mitglieder ausmachten.⁵ Auf diese Weise sollten sich zukünftige Siedlerpaare im Sinne des Auslesegedankens bilden.⁶

Ursprünglich war geplant, dass sich die Artamanen hauptsächlich aus den Bündeln der deutschen Jugendbewegung rekrutieren. Die Jugendbewegung war im ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden und regte insbesondere Jugendliche aus dem städtischen Bürgertum dazu an, in ihrer Freizeit die Städte als *Wandervögel* zu verlassen.⁷ Verstärkt nach dem Ersten Weltkrieg artikulierten sich der Wunsch, die gemeinschaftlichen Ideale nicht nur auf die Freizeit und die Jugend zu beschränken, sondern sie im Sinne eines «Lebensbundes» auf sämtliche Lebensabschnitte sowie die gesamtgesellschaftliche Ordnung auszuweiten.⁸ In der Folge hatte es Versuche gegeben einzelne «bündische» Siedlungsprojekte zu verwirklichen, welche sich durch Landwirtschaft oder Kunsthandwerk finanzieren sollten.⁹ Allerdings scheiterten diese Projekte häufig aufgrund von internen Streitigkeiten, Kapitalmangel und ungenügender fachlicher Ausbildung der Mitglieder.

Die Artamanen unterschieden sich von derartigen Versuchen dadurch, dass sie zunächst eine «Auslese» der Mitglieder durch die Landarbeit vornehmen wollten, wodurch sich die Gruppen festigen, Gelder für den Grunderwerb angespart sowie landwirtschaftliche Schulungen stattfinden sollten. Außerdem beschränkten sie sich nicht auf ein Einzelprojekt, sondern wollten perspektivisch den Großteil der Jugend erreichen. Daher und aufgrund anfänglich mangelnden Interesses aus den Jugendbünden, wurden auch junge Menschen aus den Freikorpsverbänden und der Landjugend geworben, die ansonsten kaum Berührungspunkte zur deutschen Jugendbewegung hatten.

Verbindungen zum Nationalsozialismus

Heute sind die Artamanen vor allem als «Frühform des Arbeitsdienstes und Keimzelle des Faschismus auf dem Lande»¹⁰ und «Vorstufe» späterer Organisati-

4 Schiele, Georg: Naumburger Briefe, Heft 8, Naumburg/Saale 1925, S. 14.

5 Um nicht den historischen Begriff «Artam-Maiden» weiter zu verwenden, sollen im Folgenden als «Artamanen» sowohl die weiblichen als auch die männlichen Mitglieder bezeichnet werden.

6 Vgl. Reimers, Bettina: Die Rolle des Bundes «Artam» in der Frauenbildung seit 1928; in: Hoff, Walburga u.a. (Hrsg.): Gender-Geschichte/n, Köln / Weimar / Wien 2008, S. 243-268.

7 Kindt, Werner (Hrsg.): Die Wandervogelzeit, Düsseldorf 1968.

8 Kindt, Werner (Hrsg.): Die deutsche Jugendbewegung 1920-1930, Düsseldorf 1974.

9 Becker, Georg: Die Siedlung in der Jugendbewegung, Köln 1929.

10 Siehe: Schlicker, Wolfgang: Die Artamanenbewegung; in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 18, Berlin 1970, S. 66-75; basierend auf Schlicker, Wolfgang: «Freiwilliger» Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht 1919-1933, Potsdam 1967.



Abbildung 1 – Die Artamschaft Großenhagen in Pommern präsentierte sich 1926 von der Kleidung und Bildsprache her als koedukative «bündische» Gruppe.
(Fotograf: Klose. Aus: Artam-Archiv PI-6 im AJB)

onsformen innerhalb der Schutzstaffel»¹¹ Heinrich Himmlers¹² bekannt. Neben dem späteren «Reichsführer SS» werden weitere Personen, die im NS-Staat prominente Positionen einnahmen, mit der Artamanenbewegung in Verbindung gebracht, z.B. Richard Walther Darré (Reichsbauernführer), Rudolf Höß (Kommandant von Auschwitz) oder Hans Hahne (SS-Schulungsleiter für Rassekunde im Gau Mitteldeutschland). Dabei wird häufig nicht unterschieden, wer tatsächlich als Mitglied für die Artamanenbewegung aktiv tätig war und welche Personen dem erweiterten Sympathisantenkreis zuzurechnen sind.

Die Entwicklung der Artamanenbewegung, die letztendlich zum SS-nahen Landdienst der HJ sowie zu einer Unterorganisation des Reichsnährstandes führte, war keinesfalls linear, sondern durch viele Umbrüche und interne Differenzen geprägt. Weitere Personen, die zum Unterstützerkreis der Artamanen

11 Kater, Michael: Die Artamanen; in: *Historische Zeitschrift*, München 1971, S. 577 – 638, hier S. 625.

12 Mit Heinrich Himmler nahmen die Artamanen 1925 Kontakt auf. Im November 1928 wurde er Artam-Gauführer von Bayern. Dieser Gau hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings keine Mitglieder, so dass mit der Ernennung Himmlers zum Gauführer vor allem eine Stärkung des NSDAP-Einflusses innerhalb der Bundesführung beabsichtigt wurde. Nach der Spaltung des Bundes Artam im Dezember 1929 wurde Himmler nicht mehr als Mitglied der Artamanen genannt. Allerdings informierte er sich regelmäßig weiter über die Artamanenbewegung, z.B. über Friedrich Schmidt und Walther Darré, a.a.O., hier S. 104-106.

zählten, wie z.B. die Politiker Erich Ludendorff (Weltkriegsgeneral und Putschist), Ernst Niekisch («Nationalbolschewist») oder Georg Wilhelm Schiele (Reichstagsabgeordneter Deutschnationale Volkspartei und designierter Finanzminister der Kapp-Putschisten) machen deutlich, dass die Artamanen ein Experimentierfeld und Sammelbecken für verschiedene völkische und nationalistische Strömungen waren.¹³

Ursprünge im völkisch-nationalistischen Milieu

Initiiert wurde die Gründung der Artamanen durch Bruno Tanzmann, Leiter der Deutschen Bauernhochschule in der Gartenstadt Hellerau bei Dresden sowie Wilhelm Kotzde-Kottenrodt, Schriftsteller und «Bundesvater» des völkischen, koedukativen Jugendbundes der «Adler und Falken». Die Deutsche Bauernhochschule bot mit dezidiert völkischer, antidemokratischer Ausprägung Kurse insbesondere für junge Menschen aus der Landwirtschaft an.¹⁴ Als Mitteilungsorgan diente die Zeitschrift *Die Deutsche Bauern-Hochschule*, welche im hauseigenen Hakenkreuzverlag publiziert wurde. In dieser Zeitschrift war 1923 ein Artikel von Willibald Hentschel mit dem kulturpessimistischen Titel «Was soll nun aus uns werden?» abgedruckt worden. Der Autor hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg in völkischen Kreisen mit Beiträgen zur «Rassenhygiene» und «Menschenzucht» einen Namen gemacht. Nun argumentierte er, dass Deutschland nur vor dem Niedergang zu bewahren sei, wenn junge «erbgesunde» Deutsche freiwilligen Arbeitsdienst auf dem Lande leisten würden, um ihren Geist und Körper zu stärken. Durch diesen Einsatz sowie die daraus folgende Binnenkolonisation der «deutschen Ostgebiete», könnte auch das «Landvolk» von weiterer Landflucht abgehalten und «die Polen» zurückgedrängt werden. Den Zusammenschluss «junge[r] Helden», die durch einen dreijährigen freiwilligen Arbeitsdienst auf ostelbischen Gütern «die Welt retten» würden, nannte der Autor «Artam».¹⁵

Dieser Artikel wurde als Aufhänger eines Aufrufs an die «gesamte völkische Jugend» zur Gründung der ersten Artamschaft genutzt. Schon in diesem Aufruf wurde klargestellt, dass Willibald Hentschel nur als Namensgeber fungierte, auf die Realisierung seiner Idee aber organisatorisch keinen Einfluss haben sollte. Ein weiteres Indiz für die Distanz zu Hentschel, der aufgrund seiner esoterischen und polygamen Vorstellungen auch in völkischen Kreisen nicht unumstritten war, lässt sich in der höchst unterschiedlichen Deutung des Kunstwortes «Artamanen» erkennen, welches u.a. als «Hüter der Scholle» oder «Mann der Tat» gedeutet wurde.¹⁶

13 Vgl. Breuer, Stefan: Die Völkischen in Deutschland, Darmstadt 2008, S. 220.

14 Tanzmann, Bruno: Die Beispiel-Bauernhochschule in Hellerau; in: Deutsche Bauern-Hochschule, Jg. 1, Hellerau 1921, S. 1-6.

15 Hentschel, Willibald: Was soll nun aus uns werden? In: Deutsche Bauern-Hochschule, Jg. 3, Hellerau 1923, S. 44 – 45.

16 Vgl. Sämmer, Achim: Wurzeln der Artamanenbewegung, Münster 1959, S. 54 – 57.



Abbildung 2 – Im Gegensatz dazu die ebenfalls 1926 abgelichtete Artamanschaft in Ellerndorf bei Eimke (Provinz Hannover). Die rein männliche Gruppe trägt teilweise Uniformen mit Totenkopf- oder NSDAP-Parteiabzeichen und steht damit eher in der Tradition der Wehrbünde. (Fotograf: Krimmelbein. Aus: Artam-Archiv PI-2 im AJB)

Das rasante Mitgliederwachstum¹⁷ führte, aufgrund daraus erwachsener organisatorischer Defizite, zu erheblichen internen Differenzen. Als problematisch erwies sich die Auswahl der Arbeitsstellen, Führer und einzelnen Gruppenmitglieder, die oftmals den selbstformulierten Ansprüchen nicht gerecht wurden. Auch die Deutsche Bauernhochschule, die sich anfangs für die Organisation verantwortlich zeigte, geriet zunehmend in Misskredit. So standen die von Bruno Tanzmann für den Führernachwuchs versprochenen Winterarbeitsplätze und kostenlosen Schulungsangebote nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung, was die Etablierung fester Mitgliederstrukturen erheblich erschwerte. Dieser Missstand führte im Sommer 1926 zur Gründung des eigenständigen *Bund Artam e. V.* Tanzmann und Kotzde-Kottenrodt zogen sich in den folgenden Monaten zurück und machten damit Platz für Jüngere.

¹⁷ 1924 = 80 Mitglieder, 1925 = 125 Mitglieder (+ 56%), 1926 = 650 Mitglieder (+ 420%), 1927 = 1.800 Mitglieder (+ 84%), 1929 = 2.300 Mitglieder (+ 50%). vgl.: Kindt 1974, wie Anm. 8, Kap. «Die Artamanenbewegung», S. 909 – 930, hier S. 911 – 912.

Unterstützung durch weitere Verbände

Flankiert wurde der neue Bund ab 1927 durch zwei weitere, formal unabhängige Organisationen, der «Gesellschaft der Freunde der Artamanenbewegung» sowie dem «Bundschuh – Treuorden bodenständiger und tatbereiter Jugend». Die «Gesellschaft der Freunde» sollte vor allem Großgrundbesitzer und Vertreter der Agrarindustrie ansprechen, um Arbeitsstellen sowie Mittel für die Verwaltung und das Schulungswesen der Artamanen zur Verfügung zu stellen. Ihr Vorsitzender Georg Wilhelm Schiele, welcher zugleich als Reichsparteitagsabgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) für den Wahlkreis Halle-Merseburg fungierte, konnte durch die von ihm organisierte finanzielle Unterstützung entscheidend zu einer Professionalisierung der Artamanenbewegung beitragen. So finanzierte die Gesellschaft der Freunde die neuen Büroräume des Bund Artam in Halle/Saale, Anzeigenkampagnen in völkisch-nationalistischen Zeitungen und die Einrichtung von «Durchgangslagern» zur Auswahl und Einweisung neuer Mitglieder. Außerdem wurde 1928 das Mädelheim Frei-Adel gegründet, welches zukünftige «Artam-Maiden» in vier- bis sechswöchigen Kursen auf ihre vor allem hauswirtschaftlichen Aufgaben in den Artamschaften vorbereiten sollte.¹⁸

Im Gegensatz zum eher gemäßigten Auftreten der «Gesellschaft der Freunde» etablierte sich der «Bundschuh» als «ideologische Kaderschmiede»¹⁹. In diesem «Treuorden» versammelten sich vor allem die nationalrevolutionären Kräfte, die der Artamanenbewegung nahe standen, aus unterschiedlichen Gründen aber keinen aktiven Landarbeitsdienst leisten konnten. Führer des Bundschuhs war der aus Siebenbürgen stammende, ehemalige Freikorpskämpfer August Georg Kenstler, welcher als Dozent der Deutschen Bauernhochschule bereits die erste Artamanenschaft in Limbach aufgebaut hatte.

Zentrales Thema des Bundschuhs war die «Blut-und-Boden-Theorie», welche in diesem Zirkel weiterentwickelt wurde. Mit der Formel «Blut und Boden» war die Vereinigung von «erbgesunden und rassisch hochwertigen» Menschen mit Grundbesitz gemeint. Diese galt als Garant für eine agrarisch dominierte, ständische Gesellschaft mit einer ausgeprägten nationalkulturellen Identität.²⁰ Auf Vorträgen und Tagungen, die vom Bundschuh für die Artamanen organisiert wurden, traten neben anderen Hans Hahne, Hans F. K. Günther («Rassenforscher»), Kleo Pleyer (Historiker, ab 1935 «Forschungsabteilung für Judenfragen») und Ernst Niekisch auf.

Durch die organisatorische Trennung des Bundschuhs vom Bund Artam konnte sich letzterer stärker als Tatgemeinschaft präsentieren. Ideologische und programmatische Fragen, die aufgrund ihrer Radikalität öffentliche Stellen, Gutsbesitzer oder manche Interessierte misstrauisch gemacht hätten, sollten vom Bundschuh geklärt werden.

¹⁸ Vgl. Reimers 2008, a.a.O.

¹⁹ Kater 1971, wie Anm. 11, hier S. 581.

²⁰ Vgl. Eidenbenz, Mathias: «Blut und Boden», Berlin 1992.



Abbildung 3 – Das «Gauamt Pommern» des Bundes Artam in Großhagen. Auf der Wand sind der Wahlspruch der Artamanen: «Gläubig dienen wir der Erde und dem großen deutschen Werde!», die Bundesbezeichnung in Runenschrift, ein nach rechts gewinkeltes Hakenkreuz, ein Pflug und das Bundeszeichen, die «Artam-Runen» aufgemalt. (Bildausschnitt. Fotograf: Postrach. Aus: Artam-Archiv P1-6 im AJB.

Dass sich die Bundesführung der Artamanen, zwecks möglichst populären Auftritts in der Öffentlichkeit, extremer Positionen völlig enthielt, ist allerdings ein Trugschluss, wie das Beispiel Deutsche Arbeiterzentrale (DAZ) zeigt. Die staatliche DAZ vermittelte ab Sommer 1927 arbeitslose junge Menschen an die Artamanen, finanzierte Vermittlungs-, Reise- und Ausstattungskosten, was für den Bund Artam «aus wirtschaftlicher Sicht ein bedeutender Vorteil»²¹ war. Die Unterstützung durch die DAZ wurde allerdings an die Bedingung geknüpft, dass jegliche politische Zusatzvereinbarungen zu unterbleiben hätten. Als 1928 ruchbar wurde, dass die Artamanen Verträge mit den Gutsbesitzern geschlossen hatten, die ein Streikverbot und einen gelockerten Kündigungsschutz aus ideologischen Gründen beinhalteten, zog sich die DAZ mit sofortiger Wirkung aus der Vermittlungstätigkeit für die Artamanen zurück.

²¹ Rosenberg, Alwiß: Der erste Einsatz deutscher Jugend für ein neues Bauerntum 1924-1934, Berlin [verm. 1942], S. 97.

Blütephase der Artamanen

Die Blütephase des «Bund Artam» von 1927 bis 1929 ist eng mit dem Namen Hans Holfelder²² verknüpft, welcher als «Bundeskanzler» (Geschäftsführer) entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung nahm. Holfelder versuchte, dem Bund eine einheitliche Prägung zu geben und interne Konflikte durch regelmäßige Besuche der Gruppen sowie gemeinsame Schulungen zu entschärfen. Konflikte gab es vor allem, da es eine konkrete Artamanen-Ideologie nie gegeben hat und einzelne Führer und Mitglieder die Bewegung nach ihrem Gutdünken interpretierten. Die Nähe zur NSDAP, die offene Frage des Siedlungsziels sowie die Vorstellungen zur zukünftigen Agrarstruktur in Deutschland (Großbetriebe vs. Kleinbauern) boten genügend Diskussionsstoff. Aus diesem Grund waren die einzelnen Artamanengruppen zu keinem Zeitraum einheitlich. Dies betraf sowohl die Mitgliedsstruktur, als auch die Einsatzorte und jeweiligen Gruppenstärken. Neben den Artamschaften mit zehn bis fünfzig Jungerwachsenen, die eine Ernteperiode zusammenbleiben sollten, gab es Ferienartamanen, meist Studenten, die nur in den Ferien helfen wollten, Forstartamanen, die in der Forstwirtschaft beschäftigt waren, oder Einzelartamanen, die alleine in bäuerlichen Kleinbetrieben arbeiteten.²³ Wie die Abbildungen veranschaulichen, bestanden erhebliche Unterschiede in der Motivation für einen Einsatz bei den Artamanen. Dies lag insbesondere an den unterschiedlichen Milieus, aus denen sich die Artamanen rekrutierten. Als größere Gruppierungen sind die Mitglieder aus den Wehrbünden und den parteinahen Jugendorganisationen, aus der Bündischen Jugend sowie aus der Landjugend zu nennen. Für die Wehrbündler stand vor allem die Freiwilligkeit des Landarbeitsdienstes als Wehrrersatzdienst im Vordergrund, für die Landjugend die Aussicht auf eine ausbildungsnahe Beschäftigungs- und Fortbildungsmöglichkeit, während die Bündischen stärker volkstümlich-kulturelle Aspekte neben der Landarbeit berücksichtigt sehen wollten.

- 22 Holfelder war als Mitglied im nationalsozialistischen *Vaterländischen Schutzbund* aus Österreich geflüchtet, da nach einer Schießerei mit einem Todesopfer auf sozialdemokratischer Seite gegen ihn ermittelt wurde. Von der Deutschen Bauern-Hochschule, wo er als Dozent tätig war, 1924 zunächst in Limbach eingesetzt, baute er als Artamführer im gleichen Jahr zwei neue Artamschaften auf. Parallel zu seiner Artamanentätigkeit wurde er 1925 Mitglied in der NSDAP-Ortsgruppe Halle-Merseburg. Zusammen mit Friedrich Schmidt soll Holfelder Heinrich Himmler für die Artamanen geworben haben. Bei einer Dienstreise mit dem Motorrad verunglückte Hans Holfelder am 11. November 1928 so schwer, dass er am 30. Januar 1929 seinen Verletzungen erlag. Posthume Ehrung wurde Holfelder durch Heinrich Himmler (Übernahme der Grabpflege mit SS-Ehrenwache) und Richard Walther Darré (Vorwort im Buch: Neuadel aus Blut und Boden, Berlin 1930) zuteil.
- 23 Zwischen 1927 und 1929 wurde mit 199 Gütern und Höfen, auf denen Artamanen beschäftigt waren, der Höhepunkt erreicht. Hierin enthalten sind sowohl die Arbeitsstellen der Einzelartamanen als auch die der größeren Artamanenschaften (>20). vgl. Brauckmann, Stefan: Die Artamanen als völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der deutschen Jugendbewegung 1924-1935; in: *Historische Jugendforschung*, NF Bd. 2, Schwalbach 2006, S. 176-196, hier S. 186.

Der frühe Unfalltod des populären Bundesführers im Januar 1929, führte zwar sicherlich zu einer Idealisierung seiner Rolle bei den Artamanen, kann aber dennoch als Zäsur bezeichnet werden. Die Nachfolger Max Mielsch (Jungbauer) und Wilhelm Rödiger (ehemaliger Wandervogel) schafften es nicht, die nun wieder offen hervortretenden Konflikte zwischen den einzelnen Lagern effektiv zu beruhigen. Erschwerend kam hinzu, dass die Ersparnisse aus dem «Siedlungsschatz» für laufende Verwaltungskosten verwendet worden waren, so dass eine mittelfristige Realisierung des Siedlungsziels utopisch erschien. Mielsch und Rödiger forderten, dass sich der Bund einseitig auf den freiwilligen Arbeitsdienst fokussieren und organisatorisch der NSDAP untergliedern solle. Diese Forderung führte im Dezember 1929 auf der Führertagung in Freyburg/Unstrut zur Spaltung, als 59 von 103 stimmberechtigten Artamanenführern gegen die Bundesführung stimmten. Obwohl die Gegner in der Mehrheit waren, wurden sie aus dem Bund Artam ausgeschlossen und gründeten die Artamanen – Bündische Gemeinden für Landarbeit und Siedlung. Ziel dieser neuen Vereinigung war es, sich stärker auf die bündischen Wurzeln zu beziehen, die Kulturarbeit zu verstärken, homogenere Gruppenformen zu fördern und erste Gemeinschaftssiedlungen kurzfristig zu realisieren. Tatsächlich gelang es den Bündischen Gemeinden 1931 in Koritten (damals Brandenburg) ein Gut für Schulungszwecke umzuwandeln.

Spaltungen und Zusammenschlüsse

Der Bund Artam konnte nach dem durch die Spaltung verursachten Mitgliederverlust²⁴ seine finanziellen Schwierigkeiten nicht beheben. Auch die NSDAP zeigte kein Interesse daran, den fast bankrotten Verein aufzunehmen, welcher zudem vom Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung beobachtet wurde.²⁵ Mit dem Kauf von zwei Grundstücken, eines Automobils und vier Motorrädern sowie einer allgemein auf eine wesentlich größere Mitgliederzahl ausgerichteten hauptamtlichen Verwaltungsstruktur, hatte sich der Bund Artam schließlich derartig überschuldet, dass am 27. Juli 1931 ein Konkursverfahren eröffnet werden musste. Die einzelnen Gaue waren bereits vorher aus dem Bund ausgetreten und agierten zunächst eigenständig. So formierte sich beispielsweise der Gau Ostpreußen zum Bund Artam Ostmark, welcher sich sehr stark auf das Siedlungsziel fokussierte und erstmalig 1932 einen «Arier-nachweis» von seinen Mitgliedern verlangte.²⁶ Nach und nach schlossen sich die einzelnen Gaue dann mit den Bündischen Gemeinden zu einem neuen Bund Artam zusammen. Einzige Ausnahme bildete der Gau Mecklenburg, welcher unterstützt durch den Ministerpräsidenten Walter Granzow (NSDAP) als eigenständiger «Bund der Artamanen – nationalsozialistischer freiwilliger Arbeits-

24 Von 2.300 im Jahre 1929 auf 820 im Folgejahr (- 64%). vgl. Anm. 17.

25 Vgl. Brauckmann, Stefan: Die Artamanenbewegung in Mecklenburg; In: *Zeitgeschichte regional*, Jg. 12, Rostock 2008, S. 68 – 78, hier S. 71.

26 Brauckmann 2005, wie Anm. 3, hier S. 41.

dienst auf dem Lande» fortbestand. Wie der Titel andeutet war das Siedlungsziel zurückgestellt, stattdessen sollten die Mitglieder neben dem Landarbeitsdienst Werbeveranstaltungen für die NSDAP durchführen.

Die Artamanen nach 1933

Der Bund der Artamanen wurde im Oktober 1934 bei einer Veranstaltung in Güstrow als Landdienst der HJ in die Hitlerjugend aufgenommen. Der Landdienst erhielt dabei besondere Förderung durch die SS, sollten doch die nach «rassischen» Kriterien ausgewählten Landdienstführer ihren Wehrdienst in einer bewaffneten SS-Einheit ableisten, um später einen «SS-Erbhof» zugesprochen zu bekommen.

Der neue *Bund Artam* stand ab 1932 zunehmend in Mitgliederkonkurrenz mit dem eingeführten staatlichen Arbeitsdienst, so dass sich die älteren Mitglieder mehr und mehr auf das Siedlungsziel konzentrierten. Bis zur endgültigen Auflösung des Bundes 1935 konnten Siedlungsprojekte in Ostpreußen (Heinrichsorge, Wolfssee, Masehnen, Weißberg) sowie in Koppelow (Mecklenburg) und Ellerbruch (Westpreußen) begonnen werden. Die einzelnen Hofstellen variierten dabei von etwa zehn bis 20 Hektar. Während die «Siedlerfamilien» vom Reichsnährstand übernommen wurden, wechselten die verbliebenen «Landarbeiter» in den Reichsarbeitsdienst.

Vor allem in Veröffentlichungen des Reichsnährstandes und des Landdienstes der HJ wurde eine Verknüpfung der eigenen Tätigkeiten zu «Artamanentraditionen» hergestellt. Allerdings sind deutliche Unterschiede zwischen der selbstorganisierten Arbeit in der Weimarer Republik und den unter massiver staatlicher Förderung stehenden Tätigkeiten im NS-Staat zu beobachten. So waren beispielsweise die Mitglieder im Landdienst der HJ wesentlich jünger als bei den Artamanen, wurden in von den Gutsbesitzern unabhängigen «Lagern» untergebracht und konnten sich spätere berufliche Vorteile durch ihre Tätigkeit ausrechnen. Auch die Siedlungen konnten nur aufgrund verschiedener Unterstützungsmaßnahmen durch unterschiedliche staatliche und parteieigene Stellen zu einem Erfolg geführt werden.²⁷ Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten rechneten sich die kleinen Hofstellen schon bei ihrer Einrichtung kaum.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Artamanen ein Sammelbecken verschiedener völkischer und nationalistischer Strömungen waren. An der Spitze standen Männer, die durch frühere Putschversuche und intensive publizistische Tätigkeiten ihre Ablehnung gegenüber der Weimarer Republik deutlich machten und auch ansonsten einem stark elitären sowie rassistischen Weltbild anhängen. Allgemein waren die Artamanen gegenüber national-sozia-

²⁷ Vgl. Brauckmann 2008, a.a.O., hier S. 76.

listischen Ideologien, wie sie u.a. von Erich Ludendorff, den Gebrüdern Gregor und Otto Strasser sowie Ernst Niekisch vertreten wurden, aufgeschlossen. Wie in der bündischen Jugend üblich, bestand zu Parteien jedoch ein ambivalentes Verhältnis. Zwar unterstützten Artamanen aktiv Ziele der NSDAP, indem sie z.B. NSDAP-Ortsgruppen gründeten, dennoch lehnten die meisten Mitglieder eine zu enge Verflechtung ihres Jugendverbandes mit einer Partei generell ab. Dennoch waren die Artamanen im nationalsozialistischen Milieu der Weimarer Republik derartig vernetzt, dass einige Mitglieder, auf ihre Erfahrungen im Jugendverband aufbauend, Karriere im NS-Staat machen konnten.

Literatur

- Baas, Dirk: *Die «Artamanen»-Bewegung. Vom völkischen Jugendbund zum «Landdienst» der HJ*, Dipl.-Arb., Marburg 1990.
- Becker, Georg: *Die Siedlung in der Jugendbewegung – eine soziologische Untersuchung*, Köln 1929.
- Brauckmann, Stefan: «zur saat und tat» – Die Artamanen als Gruppierung innerhalb der völkisch-nationalistischen Strömungen 1924-1935, Mag.-Arb., Hamburg 2005.
- Brauckmann, Stefan: Die Artamanen als völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der deutschen Jugendbewegung 1924-1935; in: *Historische Jugendforschung*, NF Bd.2, Schwalbach 2006, S. 176 – 196.
- Brauckmann, Stefan: Die Artamanenbewegung in Mecklenburg; in: *Zeitgeschichte regional*, Jg. 12 (Heft 2), Rostock 2008, S. 68-78.
- Breuer, Stefan: *Die Völkischen in Deutschland*, Darmstadt 2008.
- Bund Artam (Hrsg.): *Werbeheft*, o.O. [ca. 1930]. Archivmaterial im Archiv der deutschen Jugendbewegung A2-82/4 Werbepostkarten und Hefte.
- Bund Artam (Hrsg.): *Zehn Jahre Artam*, Sternberg-Neumark 1934.
- Darré, Walther: *Neuadel aus Blut und Boden*, Berlin 1930.
- Eidenbenz, Mathias: «Blut und Boden». Zu Funktion der zentralen Motive im Diskurs der Ideologie Richard Walther Darrés, Berlin 1992.
- Hentschel, Willibald: Was soll nun aus uns werden? in: *Deutsche Bauern-Hochschule*, Jg. 3, Hellerau 1923, S. 44-45.
- Kater, Michael H.: Die Artamanen – völkische Jugend in der Weimarer Zeit; in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 213, München 1971, S. 577 – 638.
- Kindt, Werner: *Die deutsche Jugendbewegung 1920-1930: die bündische Zeit*, Düsseldorf 1974.
- Kindt, Werner: *Die Wandervogelzeit: Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896-1919*, Düsseldorf 1968.
- Palesch, Walter: *Artamanen. Die ideologische Konzeption einer großstadtfeindlichen Bewegung in Theorie und Praxis*, Dipl.-Arb., Mannheim 1977.
- Reimers, Bettina I.: Die Rolle des Bundes «Artam» in der Frauenbildung seit 1928; in: Walburga Hoff, Elke Kleinau, Pia Schmid (Hrsg.): *Gender-Geschichten/n*, Köln u.a. 2008, S. 243-268.
- Rosenberg, Alwiß: *Bäuerliche Siedlungsarbeit des Bundes Artam*; in: *Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung*, Bd. 9, Witzenhausen 1977, S. 199-229.
- Rosenberg, Alwiß: *Der erste Einsatz deutscher Jugend für ein neues Bauerntum 1924-1934*, Diss., Berlin [vermutlich 1942].
- Rosenberg, Alwiß: *Die Artamanen und der Arbeitsdienst*; in: *Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung*, Bd. 9., Witzenhausen 1977, S. 230-241.
- Sämmer, Achim: *Die Wurzeln der Artamanenbewegung*, Staatsarbeit, Münster 1959.
- Schiele, Georg: *Naumburger Briefe zur Verteidigung der wirtschaftlichen Freiheit*, Heft 8 «Artamanenheft», Naumburg/Saale 1925.

- Schlicker, Wolfgang: «Freiwilliger» Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht 1919-1933. Die Rolle militärischer und faschistischer Kräfte in den Arbeitsdienstbestrebungen der Weimarer Republik, Diss., Potsdam 1967.
- Schlicker, Wolfgang: Die Artamanenbewegung – eine Frühform des Arbeitsdienstes und Keimzelle des Faschismus auf dem Lande; in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 18, Berlin 1970, S. 66-75.
- Schmitz, Peter: Landarbeit und Siedlung bündischer Jugend in Deutschland 1924-1935, Bad Neustadt/Saale 1985.
- Schmitz, Peter: Über Landarbeit zur bäuerlichen Siedlung – Eine agrarorientierte Linie der Jugendbewegung dargestellt an der Entwicklung und Praxis der Artamanen, Dipl.-Arb., Witzenhausen 1984.
- Tanzmann, Bruno: Die Beispiel-Bauernhochschule in Hellerau; in: Deutsche Bauern-Hochschule, Jg. 1 (3. Folge), Hellerau 1921, S. 1-6.
- Tschirschwitz, Lars: Bündische Siedlungsbewegungen im norddeutschen Raum, Dipl.-Arb., Rostock 2008.

Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien

Neue Befunde zu einer alten Kontroverse

Die NPD ist in den letzten fünf Jahren verschiedentlich als Verfechterin des Natur- und Umweltschutzes in Mecklenburg-Vorpommern aufgetreten. erinnert sei nur an ihre Kampagnen gegen Gentechnologie beim Gemüseanbau oder an ihre Forderungen nach einem Atomausstieg. In anderen politischen Konstellationen wie zum Beispiel bei der Frage der Schaffung großflächiger Moor- und Sumpfgebiete im Landkreis Ostvorpommern¹ oder der Begrenzung der Heringsfangquoten in der Ostsee hat die NPD sich dann allerdings im Namen der «Menschen vor Ort» massiv gegen den Umwelt- bzw. Tierschutz erklärt. Auf diese Weise erweckt sie zuweilen den Eindruck, dass es ihr gar nicht grundsätzlich um Umweltschutzbelange geht, sondern dass sie das Thema nur dann nutzt, wenn sie sich dadurch eigene propagandistische Erfolge verspricht. Dennoch wäre es verkürzt, wenn man das umweltpolitische Selbstverständnis der NPD mit dem Vorwurf zu entlarven versuchte, die Partei hoffe lediglich, am Beispiel des Themas Umweltschutz starke Argumente für eine Abschaffung der bestehenden freiheitlichen Ordnung zu finden. Der Umweltschutzgedanke hat im modernen Rechtsextremismus mittlerweile einen festen Platz und geht Hand in Hand mit der Leitvorstellung einer autoritären politischen Lösung dieses Problems.

Öko-Diktatur: Ein altes Thema

Doch es sind nicht nur Parteigänger oder Parteigängerinnen der NPD, die beim Thema Umweltschutz ihre Sympathien für eine in eine autoritäre bzw. diktatorische Richtung gehende Politik offenbaren. Der Ruf nach einer «Öko-Diktatur» begleitet die neue Umweltschutzbewegung seit ihren Anfängen in den 1960er-Jahren und kommt von verschiedenen politischen Seiten. Begonnen hatten mit der ökologisch motivierten, radikalen Demokratiekritik in den 1960er-Jahren zunächst Bevölkerungswissenschaftler aus den USA, die sich zuvor politisch

1 Vgl. K. Beier/J. Bogitzky/H. Buchstein et al.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006, S. 74ff.

durchaus als Liberale verstanden hatten, nun aber angesichts der von ihnen als in einer freien Gesellschaft für unlösbar erklärten «Bevölkerungsexplosion» nach autoritären Maßnahmen riefen. Es verwundert deshalb auch nicht, dass die rigide durchgesetzte Ein-Kind-Politik in China bei ihnen auf Zustimmung stieß. Auf sie folgte in den 1970er-Jahren eine Reihe anderer Autoren, die an der von ihnen diagnostizierten ökologischen Krise schier verzweifelte und nach einem autoritären Ausweg suchten. Zu ihnen gehörten ehemalige Stalinisten aus der DDR wie Wolfgang Harich sowie wertkonservative Mitbegründer der Partei Die Grünen wie Herbert Gruhl, der von einer ökologischen Notstandsregierung u.a. verlangte, sie solle die Kinderhöchstzahl eines Landes staatlich festsetzen und Konsumgüterwerbung verbieten.

Sie alle machten aus ihrer Überzeugung, dass die moderne westliche Demokratie unfähig sei, angemessen auf die ökologische Krise zu reagieren, keinen Hehl.² Die bundesdeutschen Rechtsextremisten sind demgegenüber erst mit erheblicher Verspätung auf den demokratiekritischen Zug dieses Themas aufgesprungen. Zuletzt schwoll im Zuge der gescheiterten Weltklimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen die Zahl der Stimmen derer wieder an, die meinen, dass moderne Demokratien unfähig seien, globale Umweltprobleme zu lösen. Verschiedene Klimaforscher meldeten sich in Zeitungen und Online-Foren enttäuscht zu Wort und beklagten in diesem Zusammenhang ein generelles Demokratieversagen.³ Die Tatsache, dass solche Schuldzuschreibungen an die Adresse der Demokratie öffentlich erhoben und diskutiert werden können, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Ist es doch ausgerechnet das politische System namens «Demokratie», in dem die freie und offene Thematisierung der politischen Systemfrage im Zusammenhang mit dem Umweltproblem überhaupt erst möglich ist.

In den letzten Jahren gibt es diesbezüglich einen neuen Trend zu beobachten: Verschiedentlich haben sich westliche Kommentatoren von der Forschung und Entwicklung neuer energiesparender Produkte und von der Planung und dem Aufbau einiger ökologischer Mustersiedlungen in China beeindruckt gezeigt und hoben in diesem Zusammenhang insbesondere das rigorose Eingreifen staatlicher Planungsbehörden positiv hervor.⁴ Nun ist China derzeit bekanntlich alles andere als ein ökologisches Musterland. Zudem diene es schon häufiger als Projektionsfläche für umweltpolitische Illusionen westlicher Beobachter ... zum Beispiel als es vor vierzig Jahren mit seiner damals vielfach dezentral organi-

2 Zur Tradition und den Argumenten öko-diktatorischer Thesen vgl. Tine Stein: Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums, Opladen 1998, S. 201-229; sowie speziell im rechten Lager Oliver Geden: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1999, S. 81-85.

3 Vgl. Ulli Kulke: «Klimaschutz tötet Demokratie», in: *Die Welt*, 14.12.2009, S. 4; und vgl. Claus Leggewie: «Haben uns Diktatoren beim Klimaschutz etwas voraus?», in: *Die Zeit*, 23.06.2009, S. 9.

4 Vgl. Claus Leggewie/Harald Welzer: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt/M. 2009.

sierten Energieversorgung in den Landkommunen als Vorbild einer radikalen ökologischen Alternative galt.⁵ Sollte das autoritär regierte Land heute auf andere Art erneut das Vorbild für eine ökologische Systemalternative abgeben und gar den Beweis dafür liefern, dass autoritär oder diktatorisch regierte Staaten die für notwendig erachtete ökologische Wende besser schaffen können als Demokratien? Unabhängig von der Propaganda der Rechtsextremisten ist die Frage nach der Öko-Diktatur heute erneut in das Zentrum politischer Debatten gerückt.⁶

Die Vorwürfe an die Demokratie

Was aber sagen die, die der modernen Demokratie umweltpolitisches Versagen vorwerfen? Im Kern werden die folgenden drei Argumente gegen die Demokratie ins Feld geführt – und sie haben sich im Laufe der letzten vierzig Jahre erstaunlich wenig verändert.

Erstens wird argumentiert, dass in einer Demokratie auf Umweltprobleme deshalb nicht angemessen reagiert werden kann, weil deren gefährliche Auswirkungen weit in die Zukunft hineinreichen. Am deutlichsten erkennbar ist diese Ungleichzeitigkeit bei den Folgen des Klimawandels oder den Kosten der Atommülllagerung. In Demokratien, so das Argument, nehmen Politiker mit ihren Wahlkampfversprechen und die Wähler mit ihren Wünschen in der Regel nur einen kurzen und begrenzten Zeithorizont in den Blick und verlieren langfristige Probleme aus ihrem Blickfeld. Dadurch werden kurzfristige Gewinne auf Kosten langfristiger Schäden prämiert. In der Umweltpolitik ist diese Konstellation besonders prekär (sie gilt aber auch für die Renten- oder Schuldenpolitik). Auch Anhänger der Demokratie führen dieses Problem als eine ernsthafte Schwäche bzw. Herausforderung der Demokratie an.⁷ Bei den autoritären Demokratiekritikern wird dies allerdings radikal zugespitzt und lautet: Der innere Zeittakt der Demokratie ist generell viel zu kurz für nachhaltige politische Vorhaben wie den Erhalt der natürlichen Umwelt.

Zweitens wird behauptet, dass die liberalen Freiheiten in der modernen Demokratie notwendige umweltpolitische Maßnahmen blockieren. So würde der demokratische Grundrechtsschutz verhindern, dass die Bürger zu größerem Verzicht oder zu einem alternativen Konsum gezwungen werden könnten. Zudem würden die demokratischen Prinzipien der Selbstbestimmung des Einzelnen und seiner Freiheit schlechte kulturelle Nebenwirkungen haben und beispielsweise im Namen der Selbstverwirklichung den Wunsch nach immer mehr Konsumgütern anregen. Eine Umkehr zu einer Politik des notwendigen Verzichts und

5 Vgl. Hans Magnus Enzensberger: Zur Kritik der politischen Ökologie, in: *Kursbuch* 33/1973, S. 40f.

6 Vgl. Bernhard Pötter: *Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert*, München 2010.

7 So in der älteren Literatur bereits Peter Graf Kielmannsegg: *Nachdenken über die Demokratie*, Stuttgart 1980, S. 69-90; und Ulrich K. Preuß: *Politische Verantwortung und Bürgerloyalität*, Frankfurt/M. 1984, S. 284-295.

der Askese, so die pessimistische Schlussfolgerung, sei mit Menschen, die derart kulturell geprägt sind, schlicht nicht zu machen. Zugespitzt lautet das Argument der Demokratiekritiker, die Kultur der liberalen Demokratie sei verzichtsfeindlich und damit umweltzerstörend.

Drittens wird angeführt, dass die freiheitliche Demokratie ein Koordinationsproblem hat, das im Bereich der Umweltpolitik zu fatalen Auswirkungen führt. Es lässt sich als «Trittbrett-Fahrer-Syndrom» bezeichnen. Damit ist gemeint, dass ein Einzelner nur dann bereit ist, seinen Anteil an der Herstellung eines gemeinsamen Gutes zu leisten, wenn er ganz sicher sein kann, dass alle anderen auch dazu beitragen. Ansonsten würde er sich als «der dumme August» oder «die dumme Augustine» fühlen, der oder die treu und brav seinen oder ihren Beitrag leistet, während alle anderen versuchen, umsonst durchzukommen – und wenn alle anderen diesen Eindruck ebenfalls haben, dann wird jeder nur an sich denken, und das gemeinsame Gut wird nicht hergestellt. In der wissenschaftlichen Fachsprache wird dieses Problem als das «Paradox öffentlicher Güter» bezeichnet. Die Lösung vieler Umweltprobleme, so das Argument der Demokratiekritiker, unterliege genau der geschilderten fatalen Logik, weshalb es auch nicht besonders überraschend sei, wenn es in Demokratien vielfach nicht gelänge, die von allen Beteiligten als notwendig erachteten umweltpolitischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die autoritäre Alternative und ihre Probleme

Vor dem Hintergrund der genannten Einwände gegen die Demokratie sind einige Umweltschützer zu der Überzeugung gelangt, dass es einer radikalen autoritären politischen Systemalternative bedürfe. Das von ihnen ins Feld geführte «autoritäre Argument» lautet schlicht und einfach: Nur eine mit autoritären Vollmachten ausgestattete Regierung kann die genannten Blockaden und falschen Anreize, die einer strikt ökologisch orientierten Politik in den bisherigen Demokratien im Wege stehen, überwinden bzw. außer Kraft setzen. Für diesen Zweck ist es nötig, dass den Bürgern erhebliche Abstriche bei ihren politischen Mitwirkungsrechten, bei ihren Grundrechten und in ihren wirtschaftlichen Freiheiten zugemutet werden. Nur eine autoritäre Regierung kann konsequent «durchgreifen» und damit gegen alle Widerstände all diejenigen Maßnahmen durchsetzen, die notwendig sind, um die ökologische Krise zu überwinden.

Das autoritäre Argument beruht auf mehreren Annahmen, die bei näherer Betrachtung wenig überzeugend sind:

Erstens geht es von einem «wohlmeinenden Diktator» aus (oder einer «Diktatorin» – wenn diese Vorstellung nicht ganz anders gelagerte Ängste auf Seiten der Rechten hervorrufen würde). Schließlich funktioniert das autoritäre Argument ja nur unter der Bedingung, dass die autoritäre politische Führung (sei es in Gestalt einer Person oder einer Personengruppe) tatsächlich fest entschlossen ist, eine gute ökologische Politik im Interesse aller Menschen zu betreiben. Was aber, wenn sich der Traum vom «wohlmeinenden Diktator» als Albtraum eines

«egoistischen Diktators» entpuppt? Was, wenn der Diktator eine ausgesprochene «Umweltsau» ist? Diese Frage ist natürlich rein spekulativ. Aber zumindest aus geschichtlicher Sicht wäre es eher überraschend, wenn ein Diktator immer nur wohlmeinende Pläne hegte. In der Regel wurde die Diktator-Position von Menschen besetzt, die charakterlich mindestens so fehlbar waren, wie die Mehrheit ihrer Zeitgenossen – mit dem entscheidenden Unterschied, dass sie von niemandem gestoppt werden konnten. Mit anderen Worten: Die Erwartung, dass ein Diktator oder eine autoritäre Gruppe in der Politik von vornherein nur wohlmeinende Ziele im Auge hat, ist *nicht plausibel* und spricht damit gegen den vermeintlichen Vorzug einer autoritären Alternative.

Zweitens beruht das autoritäre Argument auf der (unausgesprochenen) Annahme, dass sich ein «wohlmeinender Diktator» – nähmen wir einmal an, eine solche Person übernehme ein derartiges Führungsamt – im Laufe seiner Amtsführung nicht zum Schlechten hin verändere; das Gleiche gilt im Übrigen auch für seine Nachfolger. Aber auch hier bietet die Geschichte mehr Anschauungsmaterial über Diktatoren, die sich im Laufe ihrer Amtszeit zum Schlechteren verändert haben, als umgekehrt. Politische Macht ist offensichtlich immer korrumpierend – weshalb die politische Machtausübung in Demokratien strikt reguliert und kontrolliert werden soll –, und absolute Macht ist deshalb auch *absolut korrumpierend*. Selbst die mit den größten Befreiungsversprechen angetretenen Diktatoren haben sich im Laufe ihrer Amtsführung zu korrupten Unterdrückern ihrer Bevölkerung entwickelt. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine einmal als «wohlmeinender Diktator» eingesetzte Person ihr Amt nach längerer Amtsführung zum eigenen Vorteil missbraucht und die ursprünglichen besten umweltpolitischen Ziele aus dem Blick verliert, ist zu groß, als dass eine autoritäre Regierung der Demokratie als überlegen angesehen werden könnte.

Drittens beruht das autoritäre Argument auf der Annahme, dass es für die Wirksamkeit vernünftiger umweltpolitischer Maßnahmen genüge, wenn sie nur strikt genug durchgesetzt und kontrolliert werden. Gegen diese Annahme spricht die Tatsache, dass der Erfolg vieler umweltpolitischer Maßnahmen auf der freiwilligen und engagierten Mithilfe verschiedener Bevölkerungsgruppen beruht – sei es auf Seiten von energiepolitisch vernünftigen Vertretern in der Industrie, auf Seiten von umweltbewussten Verbrauchern, auf Seiten von versierten Umwelttechnikern oder auf Seiten von visionären Umweltforschern. Die Leistungen all dieser Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht «per Befehl» und «auf Knopfdruck» abrufen, sondern werden immer nur freiwillig erbracht. Eine Demokratie nimmt Rücksicht auf diese Tatsache und versucht, daraus das Beste zu machen. In einer Diktatur, in der Freiwilligkeit und ein eigener Wille der Bürger sowieso nicht beliebt sind, bedarf es teurer Kampagnen und eines noch kostenträchtigeren *Systems der Kontrolle und der Unterdrückung*, um die Menschen wenigstens halbwegs in Bewegung zu versetzen.

Schließlich beruht das autoritäre Argument auf einer vierten (und häufig ebenfalls unausgesprochenen) Annahme, nämlich auf der Behauptung, dass es eine eindeutige ökologische Zustandsbeschreibung gäbe und dass die am

besten zu ergreifenden umweltpolitischen Maßnahmen ebenfalls für jeden halbwegs neutralen Beobachter eindeutig auf der Hand lägen. Das ist keineswegs die Regel. Im Gegenteil, Wissenschaftler sind sich untereinander über derartige Fragen häufig ebenso uneinig, wie die politische Öffentlichkeit und die Bürger. Ein nicht unwesentlicher Teil der umweltpolitischen Debatte in der Demokratie besteht darin, erst einmal zu einer vernünftigen Mehrheitsmeinung, zu einer Problemdiagnose und den besten Problemlösungen zu gelangen. Das kostet zwar Zeit, hat aber den Vorteil, dass Argumente von verschiedenen Seiten Berücksichtigung finden können. In diesem Sinne kann man die Demokratie als eine auf politisches Lernen angelegte Ordnung verstehen. Im Unterschied dazu setzt ein autoritäres politisches System alles auf *die eine Karte*, nach der die politische Führung mitsamt Experten ein ökologisches Problem sowohl richtig diagnostizieren als auch die besten umweltpolitischen Maßnahmen ergreifen wird. Was aber, wenn sie sich irren, wenn das Problem komplizierter ist oder die Maßnahme ungeeignet? Was, wenn die Angst vor dem Öko-Diktator so groß ist, dass Bürger und zu einem anderen Ergebnis kommende Experten sich nicht trauen, ihre Erkenntnisse unbefangen darzulegen? Einer autoritären Führung in Sachfragen absolut zu vertrauen, kommt einer Wette beim Kartenspiel gleich, bei der man nicht weiß, welche Karten überhaupt ins Spiel gebracht worden sind.

Umweltpolitische Leistungen in Diktaturen und Demokratien

Aus den genannten Gründen ist es nicht plausibel zu erwarten, dass ein autoritär regiertes politisches System Umweltprobleme gut lösen könnte. Nun weisen aber auch moderne Demokratien gleichsam systematisch eingebaute Fehler auf, die ihrer umweltpolitischen Leistungsbilanz schaden. Wie soll angesichts der Tatsache, dass sich sowohl auf Seiten der Demokratie als auch auf Seiten der Diktatur Anhaltspunkte für die Vermutung finden lassen, dass die umweltpolitischen Leistungsbilanzen beider Systeme Defizite aufweisen, zwischen ihnen beiden fair und neutral abgewogen werden? Meines Erachtens gibt es mindestens drei Möglichkeiten, eine begründete Abwägung vorzunehmen:

Man könnte, erstens, insofern «fundamentalistisch» reagieren, indem man mit Hinweis auf die freiheitliche Verfassung des Grundgesetzes und ihrer Ewigkeitsklausel die Frage für von vornherein schon entschieden hält. Radikale Kritik an der Umweltbilanz der Demokratie wird dann in erster Linie unter dem Blickwinkel betrachtet, ob sich daraus verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickeln, die gegebenenfalls mit dem staatlichen Instrumentarium der «wehrhaften Demokratie» bekämpft werden müssen. Diesen Weg der Auseinandersetzung möchte ich hier nicht einschlagen, denn auch die besten Verfassungen haben bekanntlich nur solange Bestand, wie es auch genügend Bürger gibt, die von ihren Werten, Normen und Institutionen überzeugt sind und sich für den Erhalt der Verfassung einsetzen. So wichtig und richtig es zuweilen ist, die Instrumente der wehrhaften Demokratie einzusetzen, so unabdingbar bleibt die inhaltliche politische Auseinandersetzung mit fundamentalen Gegnern der Demokratie.

Man könnte, zweitens, alle sonstigen Vor- und Nachteile von Demokratien und Diktaturen in Betracht ziehen und zu einer Art Gesamtrechnung vermengen. Man würde dann relativ schnell zum Ergebnis kommen, dass eine Demokratie für die meisten Bürger eindeutig die meisten Vorteile birgt und schon aus diesem Grund Unterstützung verdient. Aber auch diesen Weg möchte ich nicht einschlagen, denn die radikale ökologische Kritik lebt ja gerade von dem Vorwurf, dass viele Güter und Vorteile, die die heutigen Menschen in Demokratien genießen können, nur auf Kosten der natürlichen Umwelt und der Angehörigen zukünftiger Generationen erlangt werden. Gegen diesen Vorwurf hilft nur der Blick auf die praktische Politik von Demokratien und Diktaturen in Sachen Umweltpolitik.

Ich möchte, drittens, deshalb den Blick auf Befunde aus der vergleichenden politikwissenschaftlichen Forschung lenken, in denen die tatsächlichen Bilanzen demokratischer und diktatorischer Systeme im Hinblick auf ihre umweltpolitische Leistungsfähigkeit untersucht worden sind. Diese Forschung steckt zwar vielfach noch in den Kinderschuhen, sie weist allerdings bereits einige bemerkenswerte Befunde auf und trägt auf diese Weise dazu bei, dass das argumentative Abwägen zwischen demokratischen und autoritären Lösungen der ökologischen Problematik weniger abstrakt, sondern mit Hilfe handfester Fakten entschieden werden kann. Insbesondere in den vergangenen zehn Jahren hat sich auf diesem Forschungsgebiet viel getan:

- Umfangreiche Messungen der umweltpolitischen Leistungsbilanzen von insgesamt 120 Staaten, die sowohl die wichtigsten Demokratien wie auch Autokratien repräsentieren, stellen durchweg positive Effekte des Faktors «Demokratie» auf die ökologische Qualität staatlicher Politik fest.⁸ Insgesamt lässt sich beobachten, dass die «Demokratien auch beim Umweltschutz besser [sind] als die Autokratien, jedenfalls ab einer relativ hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe».⁹
- In einer 2009 veröffentlichten Studie ist zudem der Versuch unternommen worden, den demokratischen Qualitätsgrad von politischen Systemen mit ihren umweltpolitischen Leistungen zu vergleichen. Die Befunde sprechen ebenfalls in einer klaren Sprache für die Demokratie: Bei vier der fünf untersuchten Umweltthemen – CO₂-Ausstoß, Flächenverbrauch, Wiederaufforstung und Nitrat-Emissionen; die einzige Ausnahme ist die erstmalige Zerstörung von Waldflächen – findet sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem politischen Demokratisierungsgrad einer Gesellschaft und der Erreichung ökologischer Ziele.¹⁰

8 Zu diesen Befunden und ihrer Bewertung vgl. ausführlicher Thomas Saretzki: «Demokratie und Umweltpolitik», in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 39 («Politik und Umwelt») 2007, S. 409-429.

9 Manfred G. Schmidt: *Demokratiethorie*, Wiesbaden 2010, S.476.

10 Vgl. Quan Li/Rafael Reuveny: *Democracy and Economic Openness in an Interconnected System*, Cambridge 2009, S. 205-239.

- Demokratien aber unterscheiden sich auch untereinander im Hinblick auf ihre umweltpolitischen Leistungsbilanzen. So hat Lyle Scruggs in einem viel diskutierten Buch eine Reihe an Belegen für die These präsentiert, dass diejenigen Demokratien die besten Umweltbilanzen haben, die – wie es fachwissenschaftlich heißt – über starke «korporatistische» Institutionen der politischen Interessenvermittlung verfügen. Damit ist gemeint, dass in diesen erfolgreichen Demokratien starke und unabhängige Verbände auf Seiten der Industrie, der Arbeitnehmer und der Umweltschutzbewegung existieren, die in Umweltfragen miteinander kooperieren und sich an gemeinsam vereinbarte Regelungen halten. Auch ermögliche ein zentralisiertes Regierungssystem eine bessere Umweltpolitik als ein föderales und dezentralisiertes System. Weniger wichtig ist hingegen das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung. Und auch die jeweiligen Strukturen der repräsentativen Demokratie (also ob es beispielsweise die Möglichkeit von Referenden gibt oder nicht) haben sich als weniger wichtig erwiesen, als es viele politische Aktivisten etwa auf Seiten der Grünen erwarteten. Als ein wichtiger positiver Faktor für die Umweltbilanz eines demokratischen Landes hat sich dagegen die Existenz einer starken grünen Partei – und zwar völlig unabhängig davon, ob sie an der Regierung ist oder nicht – herausgestellt.¹¹
- Schließlich haben neuere Studien ebenfalls herausgefunden, dass sich die Umweltbilanzen von Demokratien dann einander positiv annähern, wenn die Staaten diesbezüglich untereinander Verträge abschließen und voneinander abschauen, welche Maßnahmen sich jeweils als besonders geeignet erwiesen haben.¹²

Derlei Befunde sind nicht banal, denn sie belegen eines: Wie man es auch dreht und wendet, die Behauptung, diktatorische bzw. autoritäre Systeme hätten beim Thema Umweltschutz Vorzüge, ist schlichter Unsinn. Und auch wenn die in einer Demokratie gefundenen Antworten auf die Umweltproblematik häufig das Qualitätsmerkmal «gut» nicht verdienen, so ist dieses «nicht-gut» qualitativ immer noch besser als die Antworten, die sich von einer rigorosen diktatorischen Alternative erwarten lassen.

Auf dem Wege zu einer «asketischen Demokratie»?

Der Aufstieg des Themas Umweltschutz in den letzten vierzig Jahren ist keine gleichsam «natürliche» Reaktion auf vermeintlich objektive Probleme, sondern er verdankt sich der Tatsache, dass Bürger den Umweltschutz überhaupt erst zu einem wichtigen Thema gemacht haben. Zumeist waren es konkrete Veränderungen vor Ort oder die Auswirkungen einer industriepolitischen Maßnahme,

11 Vgl. Detlef Jahn: «Performance and Policy Regimes: Explaining Variations in 18 OECD Countries», in: *Policy Sciences* 31/1998, S. 107-131.

12 Vgl. Katharina Holzinger/Christoph Knill/Bas Arts: *Environmental Policy Convergence in Europe*, Cambridge 2008.

an der sich lokaler Protest entzündete, der dann auch auf andere Kreise der Gesellschaft übergriff. Das Musterbeispiel für die Verlaufsform einer solchen Protestbewegung ist der Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Wyhl in den 1970er-Jahren. Sie konnte nicht zuletzt deshalb so erfolgreich wirken, weil in Demokratien die politischen Freiheiten und die politischen Organisationsmöglichkeiten herrschen, die nötig sind, um neue Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Das Beispiel Wyhl zeigt aber auch, dass diese demokratischen Rechte und Freiheiten immer wieder neu erkämpft, verteidigt und in der politischen Praxis mit Inhalten ausgefüllt werden müssen.¹³ Dort, wo dies gelungen ist, kann der Aufstieg des Themas Umweltschutz als Ausdruck der Lernfähigkeit von Politik in der Demokratie bewertet werden.

Ob die bislang an den Tag gelegte politische Lernfähigkeit der Demokratie angesichts der Dramatik der globalen Umweltkrise insgesamt ausreichend ist, ist eine offene Frage, über die politisch derzeit wieder viel gestritten wird. Diese Frage sollte deshalb auch im Vordergrund zukünftiger Reformen der Demokratie stehen. Denn die Sorge, dass auch die im Prinzip lernfähigen Demokratien dennoch an der ökologischen Herausforderung scheitern, weil sich die erforderlichen politischen Mehrheiten für notwendige Wohlstandseinschränkungen, die ein konsequenter Umweltschutz zwangsläufig mit sich bringen würde, nicht gewinnen lassen, ist nicht von der Hand zu weisen.¹⁴ Doch vor dieser Herausforderung nur zurückzuschrecken und sich stattdessen Abhilfe von einer diktatorischen Lösung zu erhoffen, zeugt lediglich von einem Mangel an Vernunft und reformpolitischer Phantasie. Statt mit abgestandenen Argumenten in regelmäßigen Abständen vor die «diktatorische Alternative» gestellt zu werden, benötigt die öffentliche Diskussion gegenwärtig einen kräftigen demokratischen Reformschub. Nur auf diesem Weg kann die Demokratie besser in die Lage versetzt werden, dem Ziel einer nachhaltigen Politik nahezukommen.

Die Diskussion über solche Reformen ist in der Bundesrepublik mit den jüngsten politischen Erfolgen der Grünen fast zum Erliegen gekommen. Man gewinnt den Eindruck, als triebe die Grünen die Sorge um, potentielle Koalitionspartner durch unkonventionelle Ideen der Demokratiereform verschrecken zu können. Es wird Zeit, mit der Energiewende nach dem Atomausstieg nun auch beherzt eine Demokratiereform anzugehen. Auch hier muss das Rad nicht neu erfunden werden. Schon in der Vergangenheit gab es manche kluge Idee für eine «asketische Demokratie», an die heute erneut angeknüpft werden kann,¹⁵ sei es eine massive Kompetenzerweiterung des Umweltministeriums, sei es die Einrichtung eines «Zukunftsrates» als einer Art Umwelt-Kammer mit aufschiebenden Veto-Rechten bei Parlamentsentscheidungen, sei es eine weitere Stärkung von Umweltpflichten in der Verfassung, bis hin zu einer Erteilung des

¹³ Vgl. Hans-Helmut Wüstenhagen: Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang?, Reinbek 1975.

¹⁴ Vgl. Stein (1998: 183-189) und Ingolfur Blühdorn: «Nachhaltigkeit und postdemokratische Wende», in: *Vorgänge* 190/2010, S. 46-48.

¹⁵ Vgl. zu den erstgenannten Vorschlägen ausführlicher Stein (1998: 229-274)

Wahlrechts von Geburt an (bis zur Volljährigkeit ausgeübt durch die Eltern) oder der Einrichtung von «Zukunftskammern» deren Mitglieder aus der Bevölkerung ausgelost werden.¹⁶

Und schließlich darf in diesem Zusammenhang die Erkenntnis nicht vergessen werden, dass Technologien politisch keineswegs immer «neutral» sind. Die Atomenergie erfordert aufgrund der mit ihr verbundenen technischen Risiken und Überwachungsnotwendigkeiten hierarchisch organisierte politische Ordnungen. Dezentrale Technologien, die auf Basis von Solarenergie, Windkraft oder Erdwärme Energie erzeugen können, passen hingegen sehr viel besser in ein demokratisches politisches Gemeinwesen. «Atomenergie ist hierarchisch, Sonnenenergie ist demokratisch», wie es Ulrich Beck kürzlich auf eine griffige Formel gebracht hat.¹⁷ Zu dieser These passt die Beobachtung, dass die meisten der 64 Atomkraftwerke, die derzeit weltweit im Bau sind, in Diktaturen entstehen.¹⁸ Nicht zuletzt wegen dieses Zusammenhanges ist die Frage, auf welche Weise in modernen Gesellschaften Energie gewonnen wird, auch mit Blick auf die zukünftige Demokratieentwicklung von Bedeutung.

Literatur

- Beck, Ulrich: «Der Irrtum der Raupe», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.06.2011, S. 12.
- Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus u.a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.
- Blühdorn, Ingolfur: «Nachhaltigkeit und postdemokratische Wende», in: *Vorgänge*, 190/2010, S. 44-54.
- Buchstein, Hubertus: Demokratie und Lotterie, Frankfurt/M. 2009.
- Büschemann, Karl-Heinz: Atom ist totalitär. Kernkraft hat in Demokratien und Marktwirtschaften keine Zukunft, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.06.2011, S. 17.
- Enzensberger, Hans Magnus: «Zur Kritik der politischen Ökologie», in: *Kursbuch* 33/1973, S.1-42.
- Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1999.
- Holzinger, Katharina/Knill, Christoph/Arts, Bas: Environmental Policy Convergence in Europe, Cambridge 2008.
- Jahn, Detlef: Environmental Performance and Policy Regimes: Explaining Variations in 18 OECD Countries, in: *Policy Sciences* 31/1998, S.107-131.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Nachdenken über die Demokratie, Stuttgart 1980.
- Kulke, Ulli: Klimaschutz tötet Demokratie, in: *Die Welt*, 14.12.2009, S. 4.
- Leggewie, Claus: «Haben uns Diktatoren beim Klimaschutz etwas voraus?», in: *Die Zeit*, 23.06.2009, S. 9.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt/Main 2009.

¹⁶ Vgl. Hubertus Buchstein: Demokratie und Lotterie, Frankfurt/M. 2009, S. 378-390; und Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011, S. 229-231.

¹⁷ Ulrich Beck: «Der Irrtum der Raupe», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.06.2011, S. 12.

¹⁸ Vgl. Karl-Heinz Büschemann: «Atom ist totalitär. Kernkraft hat in Demokratien und Marktwirtschaften keine Zukunft», in: *Süddeutsche Zeitung* vom 16.06.2011, S.17.

- Li, Quan/Reuveny, Rafael: Democracy and Economic Openess in an Interconnected System, Cambridge 2009.
- Pötter, Bernhard: Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert, München 2010.
- Preuß, Ulrich K.: Politische Verantwortung und Bürgerloyalität, Frankfurt/M. 1984.
- Saretzki, Thomas: «Demokratie und Umweltpolitik», in: *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 39/2007 («Politik und Umwelt»), S. 409-429.
- Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorie, Wiesbaden 2010.
- Scruggs, Lyle A.: Sustaining Abundance. Environmental Performance in Industrial Democracies, Cambridge 2003.
- Stein, Tine: Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums, Opladen 1998.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011.
- Wüstenhagen, Hans-Helmut: Bürger gegen Kernkraftwerke. Why! – der Anfang? Reinbek 1974.

Projekte und Positionen völkischer Ökologie

«Schweinemast – Nein Danke.» Der Titel des Flugblatts dürfte nicht nur Vegetarier und Veganer ansprechen. In vielen Briefkästen, an Wohnhäusern und einigen Ablagen in Einkaufszentren fand sich in Bad Oldesloe das farbige Informationsblatt gegen eine geplante Schweinemastanlage. Ein einschlägiges Zitat wurde hervorgehoben: «Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann.»¹ Wer kennt sie nicht, diese indianische Weissagung, die den Crees zugeschrieben wird? Seit fast 40 Jahren greift die alternative Bewegung auf diese Mahnung zurück. Die Kritik an einer materialistischen Weltsicht, in der Natur und Tierwelt allein unter ökonomischer Verwertungslogik wahrgenommen werden, zielt T-Shirts, Plakate, Aufkleber und Buttons. Keine Tierrechtsgruppe oder Umweltinitiative verteilte aber das Flugblatt im Juli 2011 in der schleswig-holsteinischen Stadt. Bei regnerischem Wetter steckten die «Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn» das Blatt in Briefkästen und legten es auf Packtischen aus. Ihre «nationale» und «sozialistische» Ausrichtung verheimlichten die «nationalen Aktivisten» nicht. Auf dem Flugblatt prangt gut sichtbar ihr Name und das Logo für diese Aktion: Ein Kreis mit der Inschrift des Gruppennamens in dessen Mitte eine schwarze und grüne Fahne mit einer Tiertatze zu sehen ist.

Knapp 30 Kilometer von Bad Oldesloe entfernt, in Köthel, soll die Mastanlage für 1490 Tiere entstehen. In der Gemeinde mit rund 330 Anwohnern sprachen sich 70 Prozent gegen das Bauvorhaben aus. Bereits zweimal lehnte die Gemeindevertretung 2010 das Vorhaben eines Bauerns aus Trittau ab. Eine Bürgerinitiative «Keine Schweinemast in Köthel» führte seit Bekanntwerden des Projektes Informations- und Protestveranstaltungen durch. Trotz positiven Bauvorbescheides des Bad Oldesloer Kreisbauamtes lehnte die Gemeindevertretung den Bau im Juli 2011 erneut ab. Mit der Flugblattaktion griffen die «Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn» in die laufende Auseinandersetzung ein. Überraschung über so eine Aktion verrät mehr über die Überraschten als über die Überrascher.

1 Autonome Nationale Sozialisten Stormarn: Schweinemast – Nein Danke, Flugblatt, 22.07.2011.

In den vergangenen Jahren wendete sich die Szene von Nationaldemokratischer Partei Deutschlands (NPD) über Freie Kameradschaften (FK) bis zu den Autonomen Nationalisten (AN) sozialen Problemen und lokalen Konflikten zu. Die Themen der gesellschaftlichen Mitte, mahnt seit 1996 der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt die Partei, sollen die Themen der extremen Rechten sein.² In diesem strategischen Kontext sind Umwelt-, Natur- und Tierschutz Themenfelder in Ost und West.³ Die Sorge, die die Rechtsextremisten umtreibt ist, dass der Missbrauch der «deutschen Natur» die Beschädigung der «Substanz des deutschen Volkes» vorantreibe. Die Freien Aktivisten Wolfenbüttel/Salzgitter klebten denn auch in der niedersächsischen Region Sticker «Umwelt- und Tierschutz ist Selbstschutz für uns Menschen» und verteilten Flugblätter mit der Botschaft, Tiere nicht unbedacht zu verschenken.⁴ Im sächsischen Landtag betont die NPD-Fraktion, dass der «Ausstieg aus der Kernenergie nur im gesamteuropäischen Rahmen vollzogen werden kann» und fordert, Ökostrom zu fördern.⁵ Der Landesverband der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) Rheinland-Pfalz berichtet in ihrer Schülerzeitung *Schinderhannes* von einer NPD-Aktion gegen gentechnisch verändertes Saatgut vor dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns.⁶ Im dortigen Landtag macht sich die NPD-Fraktion gegen genmanipulierte Kartoffeln stark und fordert, die Massentierhaltung einzudämmen.⁷ Im ersten *Ordnungsruf*, dem Mitteilungsblatt der NPD-Fraktion, ist ihr Nein zu gentechnisch veränderten Organismen das Titelthema.⁸ Im Kampf um den Wiedereinzug warnte die NPD 2011 vor dem «Atomtod aus Polen». Die Szene eint die parteipolitische Parole «Umweltschutz ist nicht grün» und die weltanschauliche Gleichung «Umweltschutz = Tierschutz = Heimatschutz = Volksschutz».⁹

Publizistische Projekte: «Umweltschutz ist nicht grün»

In der extrem-rechten Szene hat sich das Magazin *Umwelt & Aktiv* (U&A) zu der ökologischen Publikation entwickelt. 2007 erschien erstmals das Magazin mit

- 2 Vgl.: Speit, Andreas: Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen; in: Röpke, Andrea/Ders.: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2009.
- 3 Umweltschutz ist mitnichten ein neues Thema der Extremen Rechten. Später wird diese Auseinandersetzung vertieft. Siehe u.a.: Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996 u. Kühn, Reinhard/Rilling, Reiner/Sager, Christine: Die NPD, Frankfurt/Main 1969, S. 85-98.
- 4 Freie Aktivisten Wolfenbüttel / Salzgitter: Umwelt- & Tierschutz ist Selbstschutz für uns Menschen, Aufkleber, 02.02.2010 u. Dies.: Ohne Titel. Flugblatt, Dezember 2009.
- 5 Thomsen, Thorsten: Ökostrom statt EURATOM; in: *Deutsche Stimme* 05/2011, S. 19.
- 6 Vgl. Junge Nationaldemokraten: Genfraß – Nein Danke; in: dies.: Schinderhannes. Schülerzeitung, Trier o.J.
- 7 Vgl. NPD-Landtagsfraktion: Gentechnik und die industrielle Schweinezucht in MV, und: Gen-Kartoffel mit demokratischem Segen, Mitteilungsblatt 9/2010.
- 8 NPD-Landtagsfraktion: Genfraß – Nein Danke, Mitteilungsblatt 1/2007.
- 9 Umweltschutz ist nicht Grün; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 32.

dem Untertitel «Umweltschutz – Tierschutz – Heimatschutz» auf dessen letzter Seite die Redaktion um Christoph Hofer hervorhebt: «Umweltschutz ist nicht grün». Sie führt aus: «Der Schutz der Natur beginnt vor Ort, in den heimischen Wäldern, Bergen, Seen und Stränden, kurz in der Heimat. Und dazu gehört auch der Schutz der Kultur als gewachsener Träger des Umwelt- und Tierschutzes vor Ort, frei von kommerziellen Zwängen» und sie betont: «Wir werden nicht länger jenen Menschen das Thema Umwelt- und Naturschutz überlassen, denen gar nichts an der Heimat liegt».¹⁰ Auf der Website von *U&A* findet sich das Editorial der Erstausgabe mit dieser Kampfansage wieder.¹¹ Kaum ein Thema des Magazins, dessen Titelblatt Sonnenblumen, Kühe, Wale und Bäume zierte, das ökologisch Interessierte nicht angesprochen hätte: von Vorteilen der Permakultur, über E10-Boykott, Rosen aus Afrika, Pangasius als schlimmer Industriefisch, Gartengifte und Energiesparlampen.¹² 2008 startt in der ersten Ausgabe des Jahres allerdings das bekannte Gesicht von Uncle Sam die Leserschaft an. Es besteht zur Hälfte aus Schädelknochen, das Hemd ist blutverschmiert, in der Jackentasche steckt genmanipulierter Mais. «Amerika weltweit?» titelt die Redaktion provokant. Im Magazin erläutert der Autor die Titel-Botschaft: Für ihn sind die Patentierung von Saatgut und die Ausbreitung von Gen-Mais nichts anderes als Methoden der USA, ihre Macht zu sichern.¹³

Schon nach den ersten Ausgaben fiel anderen extrem-rechten Redaktionen *U&A* auf, das offiziell als «Rundbrief an Mitglieder und Freunde des Umweltvereins Midgard e.V.» mit Postfachadresse im bayrischen Traunstein erscheint. So lässt die NPD-Monatszeitung *Deutsche Stimme* (DS) im Januar 2009 Laura Horn in einem Interview das Magazin vorstellen. «Zu unseren Zielen gehört auch, das politische Feld des Umweltschutzes wieder mit heimatverbundenen Kräften zu besetzen», sagt die Mitbegründerin von *U&A*. Ihre Zeitschrift sei «die einzige Umweltzeitung aus dem konservativen [...] Spektrum und sie versichert auch, sich «Tabu-Themen» anzunehmen.¹⁴ Im Interview mit der vom DVU-Gründer Gerhard Frey verantworteten *National-Zeitung* erklärt Horn erneut ihr Ziel, eine «Umweltzeitung aus dem rechtskonservativen Lager» herausgeben zu wollen. In der ersten Ausgabe des vierteljährlich erscheinenden Magazins macht sie die politische Zielsetzung, ihre vermeintlich konservative Ausrichtung deutlich, als sie mit Blick auf Juden und Muslime fragte: «Darf man das betäubungslose Töten in der BRD nicht strikt verbieten, weil man sonst unter Rassismus-Verdacht gerät?». Der Orient kenne noch andere «religiöse Bräuche», die auch in die Bundesrepublik «importiert» werden könnten, «damit sich die Migranten wie zu Hause fühlen», die «Genitalverstümmelung an Mädchen, die vom Koran ausdrücklich abgesegnete Prügelstrafe für Frauen, den Schleierzwang, das Auspeitschen, das Steinigen und Handabhacken nach der ‚Scharia‘». Und sie

¹⁰ Siehe: Anm. 9.

¹¹ Hofer, Christoph: Vorwort, in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 3.

¹² *Umwelt & Aktiv*, 4/2010 u. 1/2011.

¹³ *Umwelt & Aktiv*, F.L.: Titel, 1/2008.

¹⁴ Richter, Karl: Umweltschutz fängt bei der Heimat an!, in: *Deutsche Stimme* 01/2009.

antwortet selbst: «Es ist mehr als an der Zeit, diesen als Religionsfreiheit deklarierten Diaspora-Romantik-Reibach abzuschaffen!»,¹⁵

Über den Verein und das Magazin mag die *U&A*-Autorin Claudia Laimer nicht so gern reden. «Wir leben auch sehr umweltbewusst», sagte sie gegenüber der *taz* 2008. Mehr wollte sie nicht sagen; auch nichts zu ihrer Nähe zu Hofer, der auch dem Verein vorsteht. Nicht ohne Grund. «Der Vereinsvorsitzende und Herausgeber, Christoph Hofer war niederbayrischer NPD-Bezirksvorsitzender und -Kreisvorsitzender in Rottal-Inn» erläutert Robert Andreasch, Rechtsexpertismusexperte für Bayern. Dem Vereinsregister ist zu entnehmen, dass Laimers Ehemann, Hans-Günter, Schatzmeister bei Midgard ist. 2003 kandidierte ihr Mann für die NPD bei der Bezirkswahl in Passau-Land.¹⁶ In Meinach betreibt sie einen Biohof. Hier soll *U&A* ausgelegen haben. An der Tür stritt sie aber gegenüber *Kontraste*, dem Politikmagazin des Bayrischen Fernsehens, ab, das Magazin Kunden nahe gebracht zu haben und Kassenprüferin des Vereins zu sein. Fragen wollte sie nicht beantworten: «Weil ich das jetzt nicht mache», sagt sie in der Sendung vom 11. Mai 2011.¹⁷ Die Zurückhaltung verwundert wenig. Interne E-Mails der NPD, die Februar 2011 verschiedenen Redaktionen zugespielt worden sind, belegen, dass Redaktionsmitglieder zu der Partei ein enges Verhältnis haben. «Laura Horn» ist das Pseudonym von Berthild Haese, der Frau des langjährigen NPD-Kaders Peter Haese, der auch ihre Artikel bearbeitet. Die inhaltliche Nähe zur völkischen Ideologie der NPD konnte aber nicht erst durch interne Mails erkannt werden. In dem mehrfarbigen Magazin, dessen Seitenstärke von 31 bis 40 Seiten schwankt, wird in der Rubrik «Heimatschutz» immer wieder vermeintliches germanisches Brauchtum oder deutsche Kultur vorgestellt, Julfeste, Tischsprüche, Jahreskreisfeste, 1.-Mai-Bräuche, Winter Sonnenwendfeiern und Liedgut – auch für die Kinder. «Langsam und schleichend wandern Sitten aus fremden Ländern ein, während traditionelle Bräuche immer mehr verkommen», warnt die Redaktion. Die «fremdländischen Bräuche» würden gerade Kindern durch die Medien «aufoktroziert». Und sie mahnt: «Das Unterbinden von deutschen oder europäischen Traditionen und der Kniefall vor einer Minderheit ist nicht nur beschämend, sondern sollte Anlass zu ernster Sorge geben!»,¹⁸

Diese Nähe zum völkischen Verständnis möchte Laura Horn / Berthild Haese gar nicht leugnen. Im Interview mit der *DS* bezieht sie sich positiv auf eine politische Klassifizierung der *taz*. «*Umwelt & Aktiv*», so die Redakteurin sei «die einzige Umweltzeitung» aus dem «völkischen [...] Spektrum», wie «die *taz* es formulieren würde».¹⁹

15 Horn, Laura: Betäubungsloses Schächten; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 16ff.

16 Vgl.: Röpke, Andrea/Speit, Andreas: Mädel Sache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011, S. 159.

17 *Kontraste*: Braune Ökobewegung, von Veronika Wagner, Fernsehbeitrag, 11.05.2011 (Sendemanuskript).

18 Tradition und christliche Bräuche; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 22.

19 Richter, Karl: Umweltschutz fängt bei der Heimat an!; in: Deutsche Stimme 01/2009.

Positionierung der extremen Rechten: «Realpolitischer Heimatschutz statt pseudogrüner Öko-Folklore» bei der NPD

Die NPD als die Partei des völkisch-nationalistischen Spektrums hebt hervor, dass sie eine der ersten Parteien war, die ökologische Positionen vertreten habe. «Ein ökologisch denkender Mensch», führte in den 1970er-Jahren der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mußgnug aus, nehme «automatisch eine rechte Position ein». Keine bloße Propaganda: In diesen Jahren war in der marxistischen Linken der Fortschrittsoptimismus stark verankert. «Während Liberalisten und Marxisten weltweit dem Wahn vom ewigen Wirtschaftswachstum huldigten, waren es zuerst rechte Mahner, die vor diesem Irrweg warnten» verkündete Mußgnug.²⁰ Er verschwieg aber, dass in «der Linken» viele Linke diesen Wachstums- und Fortschrittsoptimismus nicht teilten.²¹ Hier wird nicht bloß verschwiegen, sondern auch verharmlost. Denn die umweltpolitischen Forderungen der NPD gingen (und gehen) nie mit weltweit ökologischen, sozialen und emanzipatorischen Vorstellungen einher. Die völkischen Motive waren 1967, drei Jahre nach der NPD-Gründung, virulent. In den *Deutschen Nachrichten*, eine Wochenzeitung der NPD, wurde am 24. November 1967 zur Bedeutung der Bauern dargelegt: «In ihrem vollmechanisierten Dasein haben sie die Verbindung mit dem Ursprünglichen eingebüßt, den Kontakt zu Pflanze, Tier und Lebendigen verloren [...] Einst war bäuerliche Lebensart Urgrund und Nährboden für die deutsche Kultur schlechthin. Im bäuerlichen Brauchtum offenbart sich die deutsche Seele [...] Wer darum die deutsche Seele töten wollte, wer das deutsche Volk in seinen Wesenskern treffen wollte, der musste dieses Brauchtum vernichten! Und dieses Ziel haben die Feinde unseres Volkes unbeirrt und brutal verfolgt».²² Bäuerliches Brauchtum wird als ureigener Volkscharakter getreu völkischen Denkens vorgestellt. Bürger gegen Bauer ist das alte Motiv gegen eine moderne Gesellschaft, die das deutsche Volk auslöschen will. In der Wochenzeitung heißt es am 28. April 1967, dass der «vermeintliche Fortschritt [des] Industriezeitalters [...] nur die seelische Verarmung» verursache.²³ Diese Sorge des Verlustes der «gesundheitlichen Substanz» durch eine verfehlte Umweltpolitik bewegte 1973 die Partei auf ihrem Bundesparteitag. Die Mitglieder stimmten zu, einen Passus «Volksgeundheit und Umweltschutz» in das Parteiprogramm aufzunehmen. Der Titel offenbart die Intention. In Angst um das «gesunde Erbgut» des deutschen Volkes erklären sie, dass «der Schutz der Natur und Umwelt [...] unerlässliche Vorbedingung für die Erhaltung des menschlichen Lebensraums und der Volksgesundheit [sei]. Umwelt- und Naturschutz müssen deshalb zu leitenden Gedanken der

20 Zitiert nach: Jahn, Thomas/Wehling, Peter: Ökologie von rechts, Frankfurt/Main 1990, S. 92f.

21 Geden 1996, S. 29.

22 Zitiert nach: Kühnl, Reinhard/Relling, Rainer/Sager, Christine: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion, Frankfurt/Main 1969, S. 91.

23 Ebd., S. 89.

Politik erhoben werden».²⁴ Fünf Jahre später verdichten die JN in ihrem «Ökologischen Manifest» diese Vorstellungen. 1977 betont die NPD-Jugendorganisation darin, dass «Umwelt- und Naturschutz» zusammen mit «Volks- und Lebensschutz» als leitende Gedanken bestimmend sein sollen.²⁵ Knapp 35 Jahre später findet sich diese moderne Form der Blut-und-Boden-Ideologie weiterhin in den umweltpolitischen Parteiforderungen.

Im aktuellen Parteiprogramm, 2010 auf dem Bundesparteitag beschlossen, wird das Bauerntum als unbedingt förderlich herausgestellt. Unter «Landwirtschaft und Naturschutz» heißt es: «Der deutsche Bauernstand ist von enormer wirtschaftlicher und auch kultureller Bedeutung und verdient daher den Schutz des Staates». Das Verbot gentechnisch veränderter Waren wird gefordert und gemahnt «Tiere sind keine Wegwerfware». Die Partei erklärt weiter, dass Tierversuche nur bei «äußerster Notwendigkeit» zulässig sein sollten und die Massentierhaltung grundsätzlich abzulehnen wäre. Die einzelnen Forderungen sind in die rechte Weltanschauung eingepasst. Im Programm wird einleitend betont: «Deutsche Landschaften sind Kulturlandschaften. Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung gesehen werden», und weiter: «Der Materialismus [...] hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage» vorangetrieben.²⁶

Das Programm spiegelt sich in der Politik wider. Im sächsischen Landtag sprach sich der NPD-Abgeordnete Winfried Petzold gegen die gemeinsame Agrarpolitik der EU aus. Sein Credo folgt fast wortgetreu der Idealisierung des «deutschen Bauern»: «Der deutsche Bauernstand [...] ist immer noch von enormer wirtschaftlicher und auch kultureller Bedeutung und verdient daher den Schutz des Staates».²⁷ Im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns greift die NPD regelmäßig in die Debatte um genmanipuliertes Saatgut ein. Auffallend: In den Berichten des Parteiorgans *Deutsche Stimme* (DS) wird die Sorge um das deutsche Erbgut nicht wortwörtlich erwähnt. Oft heißt es nur: «Der Anbau gentechnisch veränderter Organismen stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Natur dar, der mit unübersehbaren Folgen für Mensch und Natur verbunden ist».²⁸ Lutz Giesen, NPD-Kader aus Mecklenburg-Vorpommern, betont in einem sehr langen Artikel in der *DS* auch nur, dass «die Auswirkungen» auf Mensch und Natur nicht absehbar seien. Etwas deutlicher führt er aus: «Gerade für Volkstreue steht aber nicht die Profitmaximierung im Mittelpunkt unseres Wollens, sondern der Nutzen für unser Volk».²⁹ Mit der moderaten Wortwahl scheint die politische Grundausrichtung bewusst verharmlost zu werden. Einschlägiger berichtet am 24. Mai 2011 allerdings der sächsische NPD-Fraktionsmitarbeiter Peter Schreiber über eine Debatte im Meißner Kreistag zu Gen-Maisanbau. Schreiber,

²⁴ Jahn/Wehling 1990, S. 92.

²⁵ Ebd., S. 93.

²⁶ NPD: Das Parteiprogramm: Arbeit. Familie. Vaterland. Berlin 2010, S. 15.

²⁷ Zitiert nach: Thomsen, Thorsten: Deutsche Bauern stärken!; in: *Deutsche Stimme* 05/2011.

²⁸ Von «Amflora» bis «Zusatzbeitrag»; in: *Deutsche Stimme* 04/2010.

²⁹ Giesen, Lutz: Gentechnik geht uns alle an; in: *Deutsche Stimme* 01/2010.

selbst Kreistagsmitglied, wirft den dortigen Grünen vor, einen NPD-Antrag zum «Ausstieg aus der Agro-Gentechnik» abgelehnt zu haben. Die Grünen hatten Nein gesagt, erklärt der Grüne Kreirat Volker Herold, weil der NPD-Antrag «voll mit nationalsozialistischer Ideologie war» und sie generell keinem Antrag dieser Partei zustimmen würden.³⁰ «Biologisch korrekt oder lieber politisch korrekt?», fragt Schreiber rhetorisch in dem Beitrag «Realpolitischer Heimatschutz statt pseudogrüner Öko-Folklore», der auf verschiedenen Szenewebsites gelesen werden kann.³¹ Und er antwortet: «Das Beispiel im Kreistag Meißen zeigt, dass die [...] GRÜNEN ihre Öko-Propaganda längst nur noch zur Bemäntelung ihrer wahren, gesellschaftspolitischen Zielsetzungen, etwa im Bereich der ‚Migrationspolitik‘ oder mit ihrem Eintreten für das ‚Gender-Mainstreaming‘-Konzept [...] einsetzen. Die Zerstörung der Familie, der Völker und einer von uns Nationalen als natürlich empfundenen Ordnung [...] ist die wahre Aufgabe der ‚grünen‘ Mogelpackung». Im Vorwurf des NPD-Kaders, der auch auf der Website von *U&A* veröffentlicht ist,³² schwingt die enge Verzahnung der «natürlichen Ordnung» von Volk und Vaterland mit. Er ist auch nicht der erste, der Umweltschutz- und Einwanderungspolitik miteinander verbindet. Die NPD verschweigt nicht, wer diese Verbindung mit entwarf, Herbert Gruhl (1921 – 1993) und Baldur Springmann (1912 – 2003).

Braune Traditionen am konservativen Rand: die Geschichte der ÖDP

Im März 2011 erinnert Rolf Lehmann in der *DS* vor allem an Herbert Gruhl, Autor des Umweltbestsellers «Ein Planet wird geplündert» von 1975, Vorsitzender des Bundes für Natur- und Umweltschutz (BUND) und CDU-Bundestagsabgeordneter.³³ Er behauptet, dass heute «niemand» mehr unter den Grünen ihre Namen kennen würde.³⁴ Bei der Gründung der Grünen als Partei, 1980, waren Herbert Gruhl und Baldur Springmann involviert, verließen sie aber später wegen ihres «linken Kurses»,³⁵ ein Prozess, der 1982 zur Gründung der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP) durch Gruhl und Springmann führte. Nach der Gründung

30 Erklärung zum Stimmverhalten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Freie Wähler im Kreistag Meißen: <http://www.gruene-meissen.de/meldung/artikel/217/erklaerung-zum-stimmverhalten-der-fraktion-buendnis-90die-gruenen-freie-waehler-im-kreistag-meissen-k.html> (Zugriff 10.09.2011).

31 Aktionsbündnis Erfurt. Nationale Sozialisten in Wort und Tat: Realpolitischer Heimatschutz statt pseudogrüner Öko-Folklore. <http://logr.org/xnasoxerfurtx/2011/06/05/realpolitischer-heimatschutz-statt-pseudogrüner-öko-folklore/>, (Zugriff: 17.08.2011).

32 *Umwelt & Aktiv*: «Realpolitischer Heimatschutz statt pseudogrüner Öko-Folklore» <http://www.umweltundaktiv.de/umweltschutz/realpolitischer-heimatschutz-statt-pseudogrüner-öko-folklore/> (Zugriff: 17.08.2011).

33 Siehe: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 465.

34 Lehmann, Rolf: Vom Umweltschutz blieb nur der Klimaschwindel; in: *Deutsche Stimme* 03/2011.

35 Siehe Geden 1996, S. 29, sowie Mecklenburg 1996, S. 465.

übernahm Gruhl den Vorsitz und Springmann wurde einer der stellvertretenden Vorsitzenden. Der Weggang von den Grünen ist für Lehmann der Beginn des Verlustes des ökologischen Parteiprofils. Das Grünen-Programm «wurde nun ein Warenhauskatalog vor allem aus egozentrischen Randgruppen-Interessen (Schwule, Lesben, Emanzen, Pädophile, Soziologen)». Gruhl hingegen hätte die natürlichen Zusammenhänge von Mensch und Natur betont, nicht ohne zur «Multikultur» anzumerken, dass der Begriff ein Widerspruch sei. «Wenn viele Kulturen in einen Raum zusammengemixt würden», gibt Lehmann Gruhl wieder, würde «ein Gemisch» entstehen, «dessen Wert mit zunehmender Durchmischung sinkt». Grundsätzlich, so hebt er hervor, habe Gruhl das «Einwanderungsproblem immer als ein ökologisches Problem» verstanden. «Auch für Nationaldemokraten ist das eine richtige und wichtige Erkenntnis», schreibt Lehmann. Mitnichten gibt er Gruhl, der auch das Bundesverdienstkreuz erhielt, bewusst verzerrt wieder. In der RTL-Plus-Show führte Gruhl am 14. April 1992 im Streitgespräch diese Sichtweise aus und antwortete weiter auf die Vorhaltung, ob das nicht die These des «unwerten Lebens» sei: «Das ist ein Gesetz der Entropie, das wir besonders in der Ökologie haben, und dieses Gesetz gilt auch für menschliche Kulturen.»³⁶ In der Herbert-Gruhl-Gesellschaft (HGG) wird bis heute sein Ansehen gepflegt. Bei der ÖDP wird ihr Gründer inzwischen differenzierter betrachtet. Kritisch steht die Partei auch zu früheren Beschlüssen. 1986 hatte die ÖDP ein Zehn-Punkte-Papier «Ökologisches Gleichgewicht und Bevölkerungsdichte» beschlossen. Unter Punkt Zwei wird Immigrationspolitik mit Ökologie eng verbunden: «Die Bundesrepublik gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde und kann aus diesem Grunde mit Sicherheit kein Einwanderungsland sein. Störungen des ökologischen Gleichgewichts und die Zerstörung natürlicher Lebensräume gehen mit der Bevölkerungsdichte Hand in Hand. Der positive Effekt einer Entlastung der Bevölkerungsdichte durch Verminderung der Geburten darf aber auch nicht durch Zuwanderung von außen wieder beseitigt werden».³⁷ Trotz der Forderung der Geburtenkontrolle lehnte die ÖDP Abtreibungen ab. Ende der 1980er-Jahre warfen antifaschistische Initiativen der Partei vor, rechtslastig zu sein. In der ÖDP kam es – auch wegen dieser Vorhaltungen – zum Bruch zwischen Parteivorsitzender und Partei. (Auf einem Parteitag führte der Beschluss der Delegierten, sich von den sogenannten Rechtsparteien abzugrenzen zum Rückzug von Herbert Gruhl, Siehe auch: http://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/programm/programme/Abgrenzung.pdf). Auf der Bundeswebsite räumt die ÖDP 2011 selbstkritisch ein: «Der Vorwurf der ›Rechtslastigkeit‹ basierte auf der kategorischen Ablehnung der Abtreibung, tendenziell ausländerfeindlichen Aussagen in früheren Parteiprogrammen und der mangelnden Abgrenzung zu rechtsextremen Vereinigungen», und ihre

³⁶ Zitiert nach: Ditfurth, Jutta: Feuer in die Herzen, Düsseldorf 1994, S. 290f.

³⁷ Zitiert nach: Geden 1996, S. 86f.

Gründer hätten sich im Vorfeld des Parteitags 1989 «mit Leuten» eingelassen, «denen man völkisches Gedankengut unterstellen konnte».³⁸

Braune Akteure auf ökologischen Wegen in Mecklenburg-Vorpommern

Ein Sandweg führt zu der Schmiede. Lächelnd grüßt Jan Krauter vom Trecker. Drei Jungs spielen vor der Scheune, in der die Schmiede ist. «Gern zeige ich Ihnen die Schmiede», sagt er und öffnet die Scheune: Ein mit Naturmaterialien renovierter Raum, an dem eine Buchbinderei angeschlossen ist. Feine Schmiedekunst, Klingen, aber auch Kerzenständer, sind ausgestellt. Nachfragen zu den liebevoll verwendeten Naturmaterialien beantwortet er gerne. Auch zu den Schmiedekursen ist er sehr auskunftsfreudig. Über regionale Vernetzungen mag der jetzige Schmied und frühere Bankkaufmann allerdings weniger sagen. Mitte der 1990er-Jahre gehörte er zu jenen Rechtsgesinnten die sich offensichtlich im Geiste der Artamanen in der Region von Teterow und Güstrow in der Mecklenburgischen Schweiz ansiedelten.³⁹

Seit einigen Jahren versuchen unterschiedlich rechts-motivierte Familien im ländlichen Raum ein neues Leben im Einklang mit Natur und Heimat aufzubauen. In verschiedenen Bundesländern bemühen sie sich, in kleinen und größeren Siedlungsprojekten völkisch zu leben. Vor Ort, in Ost und West, bauen sie auch Netzwerke von ökologischen Unternehmen und biologischen Betrieben auf. Die politische Intention, zwischen ökologischer Landwirtschaft, biologischem Handel und vermeintlich traditionellem Leben, wird selten offen erklärt. «Nicht nur er streitet jede rechtspolitische Motivation ab», sagte Richard Scherer, vom Freundeskreis Ehemaliges Jüdisches Gemeindehaus Güstrow, in Bezug auf Krauter der *taz*. Vor ein paar Jahren war nicht nur Scherer über die Siedler überrascht, die so gar nicht dem Klischee von Neonazis entsprechen. Gern zeigen sich diese Siedler, wie der Biobauer Helmut Ernst und der Händler von Öko-Baustoffen Huwald Fröhlich, nur als ökologisch bewusste Anwohner. In der neu-rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* wurden die drei Herren allerdings im Kontext der Artamanen vorgestellt und ihre Intention wohlwollend dargelegt.⁴⁰ Den theoretischen Kontext ihres Siedlungsgedankens offenbart Fröhlich auch in dem Band «Opposition für Deutschland», herausgegeben von dem früheren NPD-Funktionär und ehemaligen Waldorfschullehrer Andreas Molau⁴¹: Die Bibel würde ein «orientalisches Naturerleben» wiedergeben, schreibt er, «für uns Deutsche» seien aber die «nordischen Überlieferungen eine wichtige Quelle zum

38 ÖDP: Die Anfänge der ÖDP: <http://www.oedp.de/partei/geschichte/geschichte-der-oedp/die-anfaenge-der-oedp/> (Zugriff: 20.08.2011).

39 Vgl.: Speit, Andreas: Die Grünen Braunen; in: *taz*, 23.10.2007.

40 Schmidt, Marcus: Steine sammeln für ein neues Leben; in: *Junge Freiheit*, 08.04.2005.

41 Speit, Andreas: Höchststrafe für das deutsche Parteiensystem; in: Röpke, Andrea/ders. (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2009.

Verständnis des Verhältnisses unserer Ahnen zu ihrer Umwelt». Christentum und Humanismus seien «ihrem Wesen nach widernatürlich». ⁴²

Das Engagement jener Herren beschäftigt die Region bis heute. «Sehr», sagt eine Expertin der Arbeitsgemeinschaft Völkische Siedler. Die verstärkte Ansiedlung von völkisch Motivierten in Mecklenburg-Vorpommern führte zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft, in der Präventionsexperten der Regionalzentren für demokratische Kultur, des Vereins Soziale Bildung und der Opferberatung Lobbi e.V. zusammenarbeiten. Vor allem die Festigung und Versteigerung solcher Projekte beschäftigt die Arbeitsgemeinschaft. Sie beobachten auch den Zuzug von NPD-nahen Personen und Familien. «Uns scheint, dass die ‚Artamanen‘ Freelancer waren, jetzt kommen Kader aus verschiedenen rechtsextremen Strukturen», sagt die Expertin. Im Landkreis Güstrow leben alleine ein Dutzend «nationale Familien», zu denen etwa 60 Kinder gehören. ⁴³

Auf dem Szeneportal «Mupinfo», das der NPD-Landesvize David Petereit verantwortet, findet sich in der Rubrik «Hintergrund» ein Beitrag über die 1923 entstandene Artamanenbewegung. Unter dem Titel «Rückkehr» schreibt Stephan Jurisch nicht nur über die Geschichte dieser «alternativen Lebensgestaltung». Er betont, dass die Zukunft in «unumstößlichen kleinen Gemeinschaften der bäuerlichen Siedlung in Mitteldeutschland» läge: «Es sind nicht die Schlechtesten, die sich gegen die befremdende Zivilisation wehren». ⁴⁴

Nicht erst zuziehen musste Tino Müller. In Ueckermünde ist der NPD-Landtagsabgeordnete groß geworden. Als «Ökotante» wird seine Frau Antje Müller im Wohnort Ferdinandshof eher wahrgenommen, denn als «Rechtsextreme». Die Mutter von zwei Söhnen interessiert sich auch sehr für Heidentum und Natur. Gern trägt sie Wollröcke und ihre Haare zu Zöpfen oder Kränzen geflochten. Im Kindergarten ihres jüngsten Kindes bot sie «alte Haushaltspraktiken» an. Ein Anzeigenblättchen berichtete über eine private Aktion der Frau beim Kornschroten und Brotbacken mit Kindern. ⁴⁵

Die Entstehung einer braunen Ökobewegung?

Die braune Bio-Szene ist inzwischen gut vernetzt. Ein reger Internet-Handel, Seminarangebote oder Ferien auf dem Biohof gehören zum Angebot. Der Style der Autonomen Nationalisten passt nicht in das ökologische Bild. Aber die politische Vernetzung funktioniert dank eines völkischen Umweltverständnisses über Szenegrenzen hinweg.

⁴² Fröhlich, Huwald: Umweltschutz und Marktwirtschaft – ein Widerspruch; in: Molau, Andreas (Hg.): Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung, Berg am Starnberger See 1995, S. 225f.

⁴³ Siehe: Röpke/Speit, S. 171f.

⁴⁴ Rückkehr – Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung: <http://www.mupinfo.de/?p=11918> (Zugriff 10.09.2011).

⁴⁵ Siehe: Röpke/Speit, S. 179f.

Die Autonomen Nationalen Sozialisten Stormarn haben so auch weiter Natur- und Tierschutzthemen auf ihrer Website aufgegriffen. Auf der Straße verteilten sie jedoch bis Ende August 2011 keine weiteren Flugblätter gegen die Schweinemast. «Wir haben die Aktion natürlich wahrgenommen», sagt Frank Kieper, Sprecher der Bürgerinitiative «Keine Schweinemast in Köthel». Die Bürgerinitiative schaut auch nicht weg. «Wir beobachten das, weil wir mit denen nichts zu tun haben wollen» sagt Kieper und versichert, in der Bürgerinitiative sei von denen keiner. Dort, wo das Agieren der extremen Rechten nicht verschwiegen wird, fällt ihnen auch die Etablierung schwer.⁴⁶ «Wir sind überparteilich und freuen uns über jede Unterstützung», sagt Kieper und betont erneut: «Diese Rechtsextremen sind aber mehr als unerwünscht».

Literatur

Aktionsbündnis Erfurt. Nationale Sozialisten in Wort und Tat: Realpolitischer Heimatschutz statt pseudogrüner Öko-Folklore: <http://logr.org/xnasoxerfurtx/2011/06/05/realpolitischer-heimatschutz-statt-pseudogrüner-öko-folklore/>, (Zugriff: 17.08.2011).

Autonome Nationale Sozialisten Stormarn: Schweinemast – Nein Danke, Flugblatt, 22.07.2011. Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Schwalbach/T. 2010.

Ditfurth, Jutta: Feuer in die Herzen, Düsseldorf 1994.

Erklärung zum Stimmverhalten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Freie Wähler im Kreistag Meißen: <http://www.gruene-meissen.de/meldung/artikel/217/erklarung-zum-stimmverhalten-der-fraktion-buendnis-90die-gruenen-freie-waehler-im-kreistag-meissen-k.html>

Freie Aktivisten Wolfenbüttel (Salzgitter): Umwelt- & Tierschutz ist Selbstschutz für uns Menschen, Aufkleber, 02.02.2010, und dies.: Ohne Titel. Flugblatt, Dezember 2009.

Fröhlich, Huwald: Umweltschutz und Marktwirtschaft – ein Widerspruch; in: Molau, Andreas (Hg.): Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung, Berg am Starnberger See 1995.

Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996.

Giesen, Lutz: Gentechnik geht uns alle an; in: *Deutsche Stimme* 01/2010.

Hofer, Christoph: Vorwort; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 3.

Horn, Laura: Betäubungsloses Schächten; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007.

Jahn, Thomas/Wehling, Peter: Ökologie von rechts, Frankfurt/Main 1990.

Junge Nationaldemokraten: Genfraß – Nein Danke; in: dies.: *Schinderhannes*. Schülerzeitung, Trier o.J.

Kontraste: Braune Ökobewegung, von Veronika Wagner, Fernsehbeitrag, 11.05.2011 (Sendemanuskript).

Kühnl, Reinhard/Rilling, Reiner/Sager, Christine: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion, Frankfurt/Main 1969.

LD: Von «Amflora» bis «Zusatzbeitrag»; in: *Deutsche Stimme* 04/2010.

Lehmann, Rolf: Vom Umweltschutz blieb nur der Klimaschwindel; in: *Deutsche Stimme* 03/2011.

Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996.

Umwelt & Aktiv 4/2010.

⁴⁶ Siehe: Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Schwalbach/T. 2010.

Umwelt & Aktiv 1/2011.

Tradition und christliche Bräuche; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 22.

Richter, Karl: Umweltschutz fängt bei der Heimat an!; in: *Deutsche Stimme* 01/2009.

Umweltschutz ist nicht Grün; in: *Umwelt & Aktiv* 1/2007, S. 32.

NPD: Das Parteiprogramm: Arbeit. Familie. Vaterland. Berlin 2010.

NPD-Landtagsfraktion: Gentechnik und die industrielle Schweinezucht in MV, Mitteilungsblatt 9/2010.

NPD-Landtagsfraktion: Gen-Kartoffel mit demokratischem Segen, Mitteilungsblatt 9/2010.

NPD-Landtagsfraktion: Genfraß – Nein Danke, Mitteilungsblatt 1/2007.

ÖDP: Die Anfänge der ÖDP; Auf: <http://www.ödp.de/partei/geschichte/geschichte-der-oedp/die-anfaenge-der-oedp/>, (Zugriff: 20.08.2011).

Röpke, Andrea/Speit, Andreas: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin 2011.

Rückkehr – Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung: <http://www.mupinfo.de/?p=11918>.

Schmidt, Marcus: Steine sammeln für ein neues Leben; in: *Junge Freiheit*, 08.04.2005.

Speit, Andreas: Höchststrafe für das deutsche Parteiensystem; in: Röpke, Andrea/ders. (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2009.

Speit, Andreas: Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen; in: Röpke, Andrea/ders.: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2009.

Speit, Andreas: Die Grünen Braunen; in: *taz*, 23.10.2007.

Thomsen, Thorsten: Deutsche Bauern stärken!; in: *Deutsche Stimme* 05/2011.

Thomsen, Thorsten: Ökostrom statt EURATOM; in: *Deutsche Stimme* 05/2011.

Braune Ökologen in Mecklenburg-Vorpommern

«Die Rechten sind Profiteure der Leere»

Interview mit Richard Scherer,
Mitglied im Kirchgemeinderat Reinshagen

Die ländlichen Gegenden in Mecklenburg-Vorpommern sind nicht nur für ihre teils unberührte Natur und die weiten Flächen bekannt – die Abwanderung junger Menschen ist zur politischen Herausforderung geworden. Doch seit etwa 20 Jahren siedeln sich gleichzeitig Familien mit einer heimat- und naturverbundenen Lebensweise im Westen des Bundeslandes an. Die teilweise kinderreichen Familien haben neben ökologischen Zielen vor allem eine rechtsextreme Gesinnung im Gepäck. Warum das nordöstliche Bundesland für die völkischen Siedler attraktiv ist und welche Gefahren von ihnen für das Gemeinschaftsleben in den ländlichen Regionen ausgehen, darüber hat Susan Schulz, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, mit Richard Scherer, Mitglied im Kirchgemeinderat Reinshagen, gesprochen.

Herr Scherer, wir wissen, dass sich die ersten Siedler mit völkisch-nationalem Hintergrund bereits Anfang der 1990er-Jahre im Landkreis Güstrow niederließen. Warum ist diese Region für sie besonders attraktiv?

Das Gebiet um Güstrow, Krakow und Teterow ist in der Tat eine Schwerpunktregion. Ungefähr 60 Erwachsene der sogenannten Siedler plus die dazu gehörigen Kinder leben heute hier und ihre Zahl steigt. Sie kommen ganz gezielt hierher, weil sie genau wissen, dass es sich hinsichtlich ökonomischer, kultureller und sozialer Strukturen um einen leeren Raum handelt. Sie versprechen sich davon einen relativ geringen Widerstand. Und, sie können sehr günstig Grund und Boden erwerben, was ja eine materielle Voraussetzung zum Aufbau einer Struktur überhaupt ist. Da sie als Privatleute kommen, kann auch niemand etwas dagegen unternehmen. Das ist eben anders, als wenn die NPD versuchen würde, ein Grundstück oder eine Immobilie zu erwerben.

Woran erkennt man, dass es sich um sogenannte völkische Siedler handelt?

Zunächst sind sie nicht unmittelbar zu identifizieren, zumal die meisten nicht Mitglieder der NPD sind oder sich zumindest nicht dazu bekennen. Aber ich glaube auch gar nicht, dass die NPD tatsächlich eine zentrale Rolle spielt. Die

NPD ist – wenn es funktioniert – der parlamentarische Flügel, und der ist nützlich. Im Grunde handelt es sich – um es in deren Jargon auszudrücken – um ein «arteigenes Leben», welches sie führen wollen. Sie versuchen eine «germanische», eine «artgerechte» Form des Lebens aufzubauen. Es geht ihnen vorrangig um diese Lebensweise. Aber eben auch darum, in einer bestimmten Region gezielt Strukturen aufzubauen, um von der Kindererziehung bis zum gemeinsamen kulturellen Leben eine eigene Welt kreieren zu können.

Sie sprachen die Ideologie bereits an. Was unterscheidet sie konkret von Menschen, die sich auch hier niederlassen, um beispielsweise eine naturorientierte Lebensweise zu verfolgen?

Was am auffälligsten an ihnen ist – sie brauchen einen Feind. Sie leben in der Vorstellungswelt einer Bedrohung. Also man fühlt sich bedroht durch «jüdische Gentechnik», durch Ausländer, durch die Linken, durch Grüne, also durch Leute, die aus ihrer Sicht das Ziel haben, das «Deutschtum» als solches zu zerstören. Sie brauchen diesen Feind auch, denn der hält sie nach innen zusammen. Es gibt eine klare Grenze zwischen Innen und Außen – ähnlich einer Sekte. Diese Art Feindschaft ist «völkisch» definiert – in unzähligen Spielarten. Aufschlussreich war beispielsweise, dass sie bei einer Gentechnikdiskussion als Gegenargument anführten, dass die Hälfte der Monsanto-Verantwortlichen¹ jüdische Kapitaleigner seien. Sie argumentieren nicht an der Sache.

Welche Aktivitäten gehen von den Siedlern aus?

Die Vorgehensweise ist eher verdeckt, nicht offen. Sie sprechen die Leute nicht auf dem Marktplatz an. Sie engagieren sich bei Festen, die Frauen treten mit ihrem Chor auf oder es ist das Kaffeetrinken beim Nachbarn. Dabei sind sie auch sehr anpassungsfähig, soweit ich das mitbekomme. Sobald sie versuchen, sich eine auch öffentlich wahrnehmbare Struktur zu geben, ist ihre Erfahrung, dass sie sich dann Gegenargumenten und öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen. Ich vermute, dass sie daraus den Schluss gezogen haben, sich eher auf dieser Familienebene mit Erziehung, mit Gemeinschaftsleben und so weiter zurückzuziehen, um diesem Druck zu entgehen. Konkret haben sie zuerst versucht, in der freien evangelischen Schule in Langhagen Fuß zu fassen. Da sind sie zwar weg, aber das Problem hat sich nur verlagert. Jetzt besuchen deren Kinder die Schule in Lalen-dorf. Sie versuchen, eine Art Normalität zu produzieren. Und es ist nicht nur gelungen, denn diese Normalität des Familienlebens gibt es. Es ist der Versuch, auf diesem Weg irgendwie Einfluss zu gewinnen. Im Ort Krakow engagierten sie sich zum Teil in der Elternvertretung, bis aufflog, dass sie Mitglied der NPD sind.

¹ Monsanto ist ein US-amerikanischer Konzern, der im Bereich Saatgut- und Herbizidproduktion tätig ist. Das Unternehmen setzt besonders auf biotechnologische Instrumente zur Erzeugung von gentechnisch veränderten Feldfrüchten.

Welchen Einfluss haben sie? Welche Gefahren birgt das für unsere Gesellschaft?

Ich sehe eine Gefahr darin, dass sie es beispielsweise schaffen könnten, eine eigene Schule aufzubauen, die dann nach «völkischen» Prinzipien funktioniert. Oder sie in Einrichtungen wie Schulen oder der Feuerwehr so viel Einfluss gewinnen, dass sie diese mit ihrem Weltbild prägen können – dass damit die Menschen und vor allem die Jugendlichen, die in der Gegend leben, gar keine Chance mehr haben, sich dem Einfluss zu entziehen. Ich gehe davon aus, dass sich die Siedlungsbewegung noch verstärken wird und sie somit ihre Präsenz weiter ausbauen können. Letztlich sind sie immer noch dabei, ihre Strukturen zu konsolidieren. Sie verfügen auch über genügend finanzielle Mittel. Und aufgrund der Schwäche der sozialen Struktur versprechen sie sich nicht zu Unrecht einen Erfolg bei alteingesessenen Einwohnern, die ja zum Großteil mit dem Gefühl leben, es kümmere sich sowieso niemand um sie und ihre Region. Die Rechten nutzen diese existierende soziale und gesellschaftliche Leere. Das ist es, was sie gefährlich macht. Wenn man ein funktionierendes Gemeinwesen hätte, das ökonomisch, gesellschaftlich und kulturell funktionieren würde, wären die Rechten lästig, und man würde sich über sie ärgern, aber sie wären keine Gefahr.

Gibt es ein Bewusstsein für die Problematik? Welche Akteure engagieren sich gegen das von den völkischen Siedlern propagierte Gedankengut?

Zum einen gibt es die Menschen, die sich konkret vor Ort einsetzen. Das sind einmal die betroffenen Schulen. Und einige Bürgermeister sowie Kommunalvertreter, die vor allem aufgrund der negativen Medienberichterstattung aktiv geworden sind. Wobei es auch da viele Leute gibt, die sagen: «Brauchen wir doch gar nicht.» Aber es gibt so eine Art Aufwachen und verstärkte Aktivität. Am eindeutigsten haben sich die Kirchgemeinden positioniert. In Reinshagen haben wir zum Beispiel einen Passus ins Wahlrecht aufgenommen: «Wer Mitglied der NPD oder einer gleichartigen Vereinigung ist, kann nicht Mitglied des Kirchgemeinderates sein, oder hört es auf zu sein, wenn er dort eintritt.» Im Grunde sind es nur wenige Akteure, auf die man setzen kann, um so eine Gegenstrategie zu entwickeln. Es gibt hier in der Region nicht viele Vereine, das gesellschaftliche Leben ist eher dünn. Und was das Bewusstsein anbelangt – wenn die NPD mit ihren sieben Prozent in den Landtag einzieht, dann ist der Aufschrei zunächst groß. Aber dann ist man wieder ganz alleine vor Ort. Hinzu kommen die finanziellen Einschränkungen durch die neuen Richtlinien für die Vergabe von Mitteln zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Die helfen im Grunde niemandem weiter, weil einige Akteure gezielt diskriminiert werden und die, die es nutzen könnten, sind noch nicht in der Lage, es tatsächlich zu tun.

Aus dem Kirchgemeinderat, aus der Feuerwehr oder anderen Vereinen kann man die völkischen Siedler ausschließen. Aber wie geht man mit den Kindern um?

Das ist genau die Frage. Dass man die Ideologie ablehnt ist klar, aber kann man die Kinder ablehnen? Die Kinder können schließlich erst mal nichts dafür, die

haben selbst keine ideologische Entscheidung getroffen. Auf der konkreten Ebene gibt es immer dieses Problem des menschlichen Umgangs. Es ist sehr viel einfacher, gegen eine Partei zu argumentieren als gegen einen Menschen, der vor einem steht und der womöglich im gleichen Dorf lebt oder dessen Kinder in der gleichen Klasse sind. Wir müssen uns Gedanken machen, wie man diese Leute beziehungsweise ihre Kinder konkret anspricht. Im Fall der Kinder ist das hauptsächlich die Aufgabe der Schule. Die Lehrer müssten in dieser Frage gestärkt werden z.B. mit einer leider nicht existierenden Handreichung des Bildungsministeriums, ohne dass man die Schulen dabei alleine lässt. Es bedarf eines Problembewusstseins und einer Vorstellung, wie man ganz praktisch handeln kann. Manchmal weichen die Lehrer aus. Beispielsweise wenn im Unterricht alle Parteien mit Ausnahme der NPD behandelt werden. Weil der Lehrer Angst hat, weil er weiß, dass es unter den Schülern drei oder vier mit rechtsextremem Gedankengut gibt.

Sie sprachen die nur schwach ausgebildeten sozialen, kulturellen und auch ökonomischen Strukturen an. Wie kann vor diesem Hintergrund eine Gegenstrategie entwickelt werden?

Das ist nicht leicht, weil es hier richtige Armut gibt. Sie müssen sich vorstellen, wie es in den Seelen der Menschen aussieht, in ihren Köpfen. Die Rechten sind Profiteure dieser Leere, das heißt, eine Gegenstrategie müsste dieses Doppelte sein – einmal, dass die Akteure vor Ort sich konkret verabreden, um Strategien zu entwickeln, den Fragen nachzugehen, wie gehe ich mit den Menschen um, wie lehnt man diese Ideologie ab, ohne die Menschen moralisch oder gesellschaftlich zu vernichten ... Gleichzeitig muss es aber auch den anderen Ansatz geben. Welcher sinnvolle Plan existiert zur Entwicklung dieser Räume? Welche langfristige Perspektive haben die Region und die hier lebenden Menschen? Dass es keine kurzfristige Lösung gibt, weiß jeder. Aber wo ist eine Vorstellung, wie es hier in 20 Jahren aussehen könnte? Wir werden weiter ausdünnen. Und dann?

Gibt es konkrete Beispiele demokratischen Engagements?

Es gibt viele Bereiche, in denen man aktiv werden kann, um einfach ein Minimum an kulturellem Leben aufrecht zu erhalten. Und es gibt Angebote, wie Kinderwoche oder Konzerte. Da ist jeder, der sich einbringen will, willkommen. Am besten ist, wenn sich ein Bündnis entwickelt, über Parteigrenzen hinweg, in dem man sich abspricht. Dennoch ist das im Einzelfall oft schwer. In unserer Kirchengemeinde bieten wir zum Beispiel im Sommer eine Kinderbetreuung an, die 2.500 Euro kostet. Doch jedes Jahr rennt man sich die Hacken wund, um diese lächerliche Summe zusammen zu bekommen.

Was würde sich ändern, fiele die NPD als Unterstützer der Strukturen aus?

Nur weil die NPD nicht mehr als parlamentarischer Flügel fungieren würde, hat sich aus dargelegten Gründen das Problem der Siedlungsbewegung und rechter Strukturen im Land nicht erledigt. Solange es denen gelingt, im Alltags-

leben irgendwie ein bisschen zu verschwimmen, weil die Menschen genug mit ihren eigenen Sorgen zu tun haben oder weil die Kinder keine Ausbildung haben oder weil die Kinder im Westen arbeiten und man sie nicht sieht und darunter leidet und so weiter. Wenn es ihnen gelingt, unter dieser Schicht ein bisschen zu verschwimmen, werden sie auch nicht zum Thema. Deshalb muss man sie ab und zu zum Thema machen und dann auch den Vorwurf in Kauf nehmen, man würde überziehen. Es sind nicht einfach nur neue harmlose Bewohner, die ihre Kinder auch nur auf die Schule schicken. Es ist notwendig, ihre menschenverachtende Ideologie aufzudecken und darüber zu informieren.

Die ökologische Frage als Aktionsfeld der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Strategien der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Die NPD steckt in einer schweren Krise. Bundesweit ringt sie um ihr Profil, um ihre Finanzen und um Wahlerfolge. In Mecklenburg-Vorpommern ist ihr im Jahr 2011 dennoch der Wiedereinzug in den Landtag mit einem Stimmenanteil von 6 Prozent gelungen.¹ Dies ermöglicht ihr weiterhin, mit den Ressourcen, die ihr als Landtagsfraktion zur Verfügung stehen, Themen zu besetzen, Menschen an sich zu binden und lokale Diskurse zu beeinflussen. Die Voraussetzungen hierfür sind in Mecklenburg-Vorpommern besonders gut. Hier finden sich in vielen kleinen und ländlichen Gemeinden nur wenige politische Akteure, und der Einfluss ist dementsprechend nicht zu unterschätzen. Verstärkt wird dieser Einfluss zudem durch die enge Verbindung zwischen NPD und den sogenannten «freien Kräften». Dadurch sind Strukturen entstanden, die die NPD vor Ort verankern und ihr bei der Wahl auch die nötigen Stimmen beschern. Gelingt es der NPD dann noch mit diesen Strukturen die fehlenden (sozio-)kulturellen Angebote in den ländlichen Gegenden zu kompensieren, dann kann die NPD auch ohne eine Fraktion in Schwerin Themen (be-)setzen.

Ein Thema mit dem die NPD bereits vor ihrer Präsenz im Landtag Politik gemacht hat, war und ist immer noch die ökologische Frage. Diesem Thema wird sowohl in den Standardwerken zur NPD² als auch in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zu recht?

- 1 Gegenüber der Landtagswahl 2006 ist das ein Verlust von 1,3%; etwa 1/3 der Stimmen der vorherigen Landtagswahl gingen 2011 tatsächlich verloren.
- 2 Im Einzelnen vgl.: Niethammer, Lutz: *Angepasster Faschismus: politische Praxis der NPD*, Frankfurt/Main 1969; Hoffmann, Uwe: *Die NPD: Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt/Main 1999; Staud, Toralf: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005; Brandstetter, Marc: *Die NPD im 21. Jahrhundert: eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten*, Marburg 2006; Röpke, Andrea/Speit, Andreas: *Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte*, Berlin 2008.

Nein. Die NPD hat ihre Position zur Ökologie seit den 1970er-Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Besonders in Mecklenburg-Vorpommern hat sie die Umweltpolitik – die ihrem Verständnis nach im Besonderen Heimatschutz ist – als populäres, polarisierendes und erfolgversprechendes Thema immer wieder auf die Agenda gesetzt.

Programme und Positionen zur ökologischen Frage

Um zu verstehen, wie die NPD umweltpolitisch tickt, ist ein Blick in die Geschichte und die programmatischen Papiere der Partei hilfreich. Das «Düsseldorfer Programm» nebst den «Thesen und Forderungen» (beide 1973) widmete sich das erste Mal diesem Themenkomplex. In den folgenden Programmpapieren wird die Haltung der NPD zu dieser Frage immer wieder aktualisiert und mit Fragen der Energieversorgung oder der Globalisierung in Verbindung gebracht. «Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft» (1985), das Europawahlprogramm 2004, das «Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland» (2007) oder das aktuelle Parteiprogramm «Arbeit. Familie. Vaterland» von 2010 – um nur einige zu nennen – bilden einen reichen Fundus national-sozialer Gedanken zur Ökologie. Da auch die Jungen Nationaldemokraten (JN) dieses Thema mitgeprägt haben und über diesen Verband Ideen der Neuen Rechten in die NPD-Programme gelangten,³ sind auch deren Thesenpapiere eine Betrachtung wert.

Das «Düsseldorfer Programm» von 1973 ist das erste wirklich umfassende Parteiprogramm der NPD. Dieses Programm lehnt mit seiner Hinwendung zum Rechtsextremismus die vormals konservative Ausrichtung ab.⁴ In ihm findet sich auch erstmalig ihre Position zur Umweltpolitik wieder. «Natur» taucht an dieser Stelle erstmalig auf und wird mit ihrer Bedeutung für die «Volksgesundheit» in Verbindung gebracht. Unter Punkt XII «Volksgesundheit und Umweltschutz» findet sich nicht nur die Ideologie der Volksgemeinschaft, sondern auch die daraus entstehenden rassistischen und menschenverachtenden Positionen sind hier präsent. Um die Volksgesundheit zu erhalten, fordert die NPD eine stärkere ökologische Bildung, ja, sogar einheitliche Regelungen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft. Antrieb für diese Bestrebungen ist nie ein Eigenwert der Natur oder ähnliches, sondern Ziel ist immer die Volksgesundheit und die Erhaltung des menschlichen Lebensraumes. Weitaus konkreter wird die NPD bei der Forderung nach einem eigenen Bundesministerium, welches Natur- und Umweltschutz als zentrale Aufgabe hat. Von einem wirklichen umweltpolitischen Konzept kann hier also noch keine Rede sein, sondern lediglich von einer bruchstückhaften Eingliederung umweltpolitischer Fragen in die bestehende völkische Programmatik.

³ Vgl. Jahn, Thomas/Wehling, Peter: Ökologie von rechts: Nationalismus und Umweltschutz, Frankfurt/Main 1991, S. 92.

⁴ Vgl. Brandstetter 2006, S. 100.

Im darauffolgenden Parteiprogramm «Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft» von 1985 erhält die Natur- und Umweltschutzprogramm eine neue Basis, die bis heute Programmpapiere und die parlamentarische sowie außerparlamentarische Arbeit der NPD prägt. Sie besteht in der Kritik an der bestehenden Gesellschaftsform und wirkt wie eine Generalabrechnung: «Hemmungsloses Wirtschaftswachstum, ehrgeizig überzogene Industrieprojekte, Industrialisierung der Landwirtschaft, Verstädterung von Dörfern und die Vernichtung gewachsener Stadtstrukturen wurden und werden durch Parteien, Verbände und Interessengruppen verantwortungslos vorangetrieben».⁵ Es ist eine fundamentale Kritik an der pluralistischen Gesellschaft und der damit einhergehenden vermeintlich «einseitigen Ausrichtung an materiellen Werten».⁶ Entsprechend verlangen die Umweltprobleme eine neue Ausrichtung der Gesellschaft: «Zur Wiedererlangung des Bewusstseins, daß der Mensch Teil der Natur ist, ist eine tiefgreifende Veränderung überholter materialistischer Vorstellungen erforderlich».⁷ An die Stelle der konsumorientierten Gesellschaft soll eine traditionalistische Gesellschaftsordnung rücken, in der Familie und Volk die nötige soziale Geborgenheit geben. An die Stelle der industrialisierten Landwirtschaft soll (wieder) der bäuerliche Familienbetrieb treten, all dies mit dem Ziel der «Erhaltung der Gesundheit und des Lebens des deutschen Volkes in einer naturnahen Kulturlandschaft».⁸

Bei der neuen Ausrichtung und völligen Überarbeitung kann davon ausgegangen werden, dass die «12 Thesen zur Ökologie/Ökologisches Manifest» der JN, die bereits 1976 auf dem 5. JN-Bundeskongress beschlossen wurden, Einzug in das NPD-Programm von 1985 gefunden haben.⁹ In diesem Papier ist neben der Gesellschaftskritik auch bereits die folgende Forderung zu finden: «Die Durchsetzung eines neuen Ökologieverständnisses erfordert grundlegende gesellschaftliche Veränderung und tiefgreifende Umstellung».¹⁰ Vollkommen neu ist in dem Programm von 1985 allerdings, dass Naturschutz nicht ausschließlich zum Wohle des deutschen Volkes oder der «Volksgesundheit» proklamiert, sondern auch mit der «Achtung vor der Natur»¹¹ begründet wird. Damit wird Natur auch ein Eigenwert zugestanden.

Seither bemüht sich die NPD das Thema Ökologie dauerhaft zu berücksichtigen, ohne ihre alten Begründungsmuster aufzugeben. Die «Nationaldemokratischen Leitlinien zu Lebens- und Umweltschutz», ein NPD-Papier von 1994, hat scheinbar keinen Eingang in das Parteiprogramm gefunden. In diesem Grundsatzpapier wird wieder der Liberalismus angeprangert und ein starker Staat

5 NPD-Parteivorstand: Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft, Berlin 1985, S. 11.

6 Ebd., S. 11.

7 Ebd., S. 12.

8 Ebd., S. 12f.

9 Vgl. dazu auch Jahn/Wehling 1991, S. 92f.

10 Junge Nationaldemokraten: 12 Thesen zur Ökologie, Mannheim 1976, o.S.

11 NPD-Parteivorstand, 1985, S. 13.

gefordert: «Gesamtverantwortung für den Erhalt des Volkes und seines Lebensraumes tragen die politisch Verantwortlichen im Staat».¹²

Für die Umweltpolitik gab es bis zum aktuellen Parteiprogramm somit keine wirkliche Neuerung. «Ähnlich wie in früheren Parteiprogrammen bildet die Ideologie der Volksgemeinschaft die ideologische Grundstruktur des Programms».¹³ Ergänzt wurde die Passage lediglich durch drei neue Forderungen: Diese betreffen die Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Waren, die Weiterentwicklung von «alternativen Energien» mit Finanzmitteln aus der Atomforschung und den «Schutz des Tieres und der Erhalt der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt».¹⁴ Tatsächlich wurden diese drei Punkte nur angefügt, ohne sie systematisch in die Argumentation einzubeziehen oder sie gar zu begründen.

Auch ein Blick in das «Aktionsprogramm» der NPD, welches als Ergänzung zum Parteiprogramm gelesen werden kann, eröffnet einen scheinbar breiteren Zugang zu den Forderungen – scheinbar, weil im Endeffekt nur eine grundlegende (völkische und antilibérale) Forderung existiert: «Alle Deutschen müssen sich wieder bewusst werden, dass sie gemeinsam für ihren Lebensraum die Verantwortung tragen und auch gegenüber kommenden Generationen eine Verpflichtung einhalten müssen, damit diese auch in Zukunft in der Lage sind, die Kultur der deutschen Volksgemeinschaft zu bewahren. An allen Stellen an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhalts der Gemeinschaft zurückzutreten».¹⁵

Im aktuellen Parteiprogramm, verabschiedet 2010 in Bamberg, stehen ökologische Aussagen wie die Ablehnung von Genpatenten, von genetisch veränderten Lebensmitteln und der industriellen Landwirtschaft weiterhin für eine völkisch-nationale Politik. Die Nutzung regenerativer Energien dient vor allem der Unabhängigkeit vom Ausland. Die Forderung: «Jedliches natürliche Leben darf weder als Ganzes noch in Teilen privatisiert oder der Allgemeinheit vorenthalten werden»¹⁶ zeigt die Ablehnung gegenüber großen – zumeist amerikanischen – Unternehmen. Der amerikanische Kapitalismus ist der NPD scheinbar ein größerer Feind als linke Kräfte im eigenen Land.

Positionen der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen zog 2011 erstmals in den Schweriner Landtag ein. Damit fehlte bis zu diesem Zeitpunkt eine starke Umwelt-Lobby im Landtag, so dass die NPD Öko-Themen leichter aufgreifen konnte. Die Ablehnung der

¹² Holtmann, Udo: Nationaldemokratische Leitlinien zu Lebens- und Umweltschutz, Stuttgart 1994.

¹³ Brandstetter 2006, S. 107.

¹⁴ NPD Parteivorstand: Parteiprogramm, Berlin 2004, S. 15.

¹⁵ NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin 2007, S. 72.

¹⁶ Hähnel, Jörg: Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Berlin 2010.

Gentechnik und der Patente auf Lebewesen war ein Schwerpunkt der NPD in Mecklenburg-Vorpommern seit dem Einzug in den Landtag 2006. Mit der Gentechnik thematisiert die NPD ein Problem, das in diesem sehr agrarisch geprägten Bundesland eine große Bedeutung hat. So ist es wenig verwunderlich, dass die NPD auch in ihrem aktuellen Aktionsprogramm zur Landtagswahl ein Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Lebensmittel verlangt. Sie unterstreicht, sie sei die einzige politische Kraft, die dies tue. Weiterhin will die NPD die ökologische Landwirtschaft stärken, nicht zuletzt, weil die in Mecklenburg-Vorpommern weitverbreitete Massentierhaltung nicht ihrem kleinbäuerlichen Idealbild entspricht.

Neben der Landwirtschaft war der geplante Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin im Landkreis Vorpommern ein Thema, das die NPD in Mecklenburg-Vorpommern immer wieder beschäftigte. Sie stellte sich wiederholt gegen die Investitionen des dänischen Unternehmens DONG-Energy, auch mit Verweis auf die ökologischen Auswirkungen. Da das Unternehmen Ende 2009 endgültig den Rückzug aus dem geplanten Projekt bekannt gab, kann die NPD daraus keinen politischen Profit mehr ziehen. Ganz anders ist dies im Bereich der grünen Gentechnik. Dieses Thema könnte sich als Dauerbrenner erweisen.

Insofern ist auch das Agenda-Setting der NPD-Fraktion von 2006 bis 2011 nur konsequent. In der Kommunikation nach außen setzte sie von Anfang an auf die Parole «Genfraß – Nein Danke».¹⁷ Einer der zwei wichtigsten Akteure der Fraktion auf diesem Gebiet ist ihr Vorsitzender Udo Pastörs. Er greift Umweltthemen immer wieder auf, um vor allem die Landesregierung zu kritisieren. Einen großen politischen Erfolg im Bereich der Ökologie konnte Pastörs aber vor allem dadurch verzeichnen, Gründungsmitglied der Bürgerinitiative «Braunkohle – NEIN!» e.V. zu sein. Es gelang ihm, trotz einiger Proteste und steigendem öffentlichem Druck, bis 2007 Vereinsmitglied zu bleiben. Die Bürgerinitiative kämpfte gegen den Braunkohletagebau in der sogenannten Griesen Gegend im Landkreis Ludwigslust. Durch diese Mitgliedschaft war er einige Zeit in der zivilgesellschaftlichen Sphäre aktiv und konnte öffentlichkeitswirksam die drohende Naturzerstörung durch den Tagebau besetzen. Ihm ging es dabei nicht einfach nur um die Naturzerstörung – er wandte sich vor allem gegen den «Großkonzern aus Übersee: die Washington Group International»,¹⁸ die lediglich nach Profit strebte und die Naturzerstörung ignorierte. «Gegen dieses Ausplündern unserer Heimat wehren sich seit Jahren einige Bürgerinitiativen und Einzelpersonen. Natürlich sind die hier ansässigen Kameraden der nationalen Opposition von Beginn an dabei gewesen und bringen sich voll und ganz in die Auseinandersetzung um unsere Heimat ein».¹⁹ Auch hier wird die NPD als Bewahrerin

17 «Genfraß – Nein Danke!»; in: *Der Ordnungsruf* 1/2007, http://www.npd-fraktion-mv.de/components/com_pdf/pdf/pdfartikel110.pdf, (Zugriff: 23.08.2011).

18 NPD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Widerspruch einreichen gegen den Braunkohleabbau, <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1526&mid=7>, 2007, (Zugriff: 26.07.2011).

19 Ebd.

der deutschen Heimat dargestellt und der liberalen Gesellschaft die Schuld am internationalen Kapitalismus und damit an der ungehemmten Naturzerstörung gegeben.

Neben dem Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs widmete sich in der vergangenen Legislaturperiode auch Raimund Borrmann als Sprecher der Landtagsfraktion für Umwelt-, Kultur- und Heimatschutz ökologischen Fragen. Auch wenn er inzwischen innerhalb der NPD-Fraktion während der Legislaturperiode entmachtet worden ist und nicht wieder in den Landtag einzog, so zeigt sein Engagement dennoch die Bedeutung des Themas innerhalb der Arbeit der Neonazis. Im Einklang mit dem Partei- und Aktionsprogramm der NPD war seine Haltung am Heimatbegriff orientiert: «Wir möchten doch eher an einer sesshaften Kultur festhalten und halten auch nichts von nomadisierenden Völkern oder, sagen wir mal, von Völkerwanderung oder von Völkeraustausch, sondern wir sagen eben, es ist besser, wenn ein Volk oder wenn eine Bevölkerung sich als Volk versteht und dieses Volk eine innere, tiefe Beziehung zu dem Lebensraum hat, in dem sie also auch geschichtlich gewachsen ist.»²⁰ Von dieser völkischen Grundprämisse aus bewertet die NPD in Mecklenburg-Vorpommern die Entwicklungen in der Landwirtschaft und überprüft diese auf ihre Vereinbarkeit mit der Sicherung der Lebensgrundlage der Deutschen. Daher ist es nur folgerichtig, dass sie die «feudalähnliche Globalisierung in Bereichen der Landwirtschaft»,²¹ gemeint ist hier die Abhängigkeit der Bauern von Banken und vor allem von Gentechnikkonzernen, grundsätzlich ablehnt, weil diese zum einen der Volksgesundheit schaden und zum anderen die Selbstbestimmung des Volkes beschnitten. Diese Entwicklung will die NPD auf jeden Fall verhindern, zum einen, um die Nationalstaatlichkeit zu wahren, denn «es ist Aufgabe sich weitestgehend die Autarkie zu wahren»,²² zum anderen zum Schutz der Volksgesundheit: «Wir sagen, eine biologisch orientierte Landwirtschaft, eine biologische Erzeugung, eine natürliche Erzeugung ist die beste Garantie für eine Gesunderhaltung von Bevölkerung».²³

Gleich in der ersten Meldung der NPD-Fraktion zu diesem Thema mit dem Titel «Ökologischer Landbau in Mecklenburg und Pommern» aus dem Jahr 2006 wird die Frage nach dem Fortbestand und der Qualität des ökologischen Landbaus ideologisch aufgeladen: «Doch auch auf diesem Gebiet hier zeigt sich die Fremdbestimmung unserer deutschen Nation durch die Brüssellokratie, die die Zukunft nicht mehr rosig erscheinen lässt. Es ist eine Fremdherrschaft, die sich besonders böse auf Mecklenburger und Pommern auswirkt».²⁴ In nur zwei

20 Borrmann, Raimund: Interview mit dem Autor vom 19.10.2007 in den Räumen der NPD-Landtagsfraktion in Schwerin.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Fachtagung ökologischer Landbau in Rostock-Diedrichshagen, http://www.npdmv.de/index.php?sek=0&pfadid=38&cm_sintid=1&detail=1091, 2006a, (Zugriff: 15.10.2007).

Sätzen drücken sich die Verachtung der EU und die Missachtung der Grenzen der Bundesrepublik aus.²⁵ Landwirtschaft ist hier zudem nicht einfach ein Wirtschaftszweig, sondern diene dazu, «die Gesunderhaltung unseres Volkes zu gewährleisten».²⁶ Diese völkische Argumentation macht wieder deutlich, aus welchem Grund sich die NPD für dieses Thema interessiert und welches Selbstbewusstsein sie in dieser Frage vertritt. «Die NPD ist die einzige politische Kraft in Mecklenburg und Pommern, die ohne wenn und aber für die Ökologische Landwirtschaft eintritt und gegen Gen-Organismen!»²⁷ Sie will – und daran lässt sie auch in späteren Artikeln und im Landtagswahlkampf 2011 keinen Zweifel – exklusiver Anwalt ökologischer Fragen sein. Auch in der Fraktionszeitung *Der Ordnungsruf* erscheinen regelmäßig Artikel zum ökologischen Landbau, über das Verbot von grüner Gentechnik und über gesunde Lebensmittel. Im Jahr 2011 wurde der Skandal um dioxinverseuchte Futtermittel zum Anlass genommen, gegen die im Landtag vertretenen Parteien zu wettern und die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft anzuprangern. Der Ausweg wird folgerichtig im ökologischen, kleinteiligen Landbau gesehen. Tatsächlich erfreuen sich Öko-Produkte immer größerer Beliebtheit und werden in erster Linie auch nicht mit einer rechtsextremen Partei, sondern eher mit den Grünen assoziiert. Dies will die NPD zumindest für Mecklenburg-Vorpommern mittelfristig ändern. Die NPD will dabei natürlich nicht den Platz der Grünen einnehmen – vielmehr profitiert sie von der strukturellen Schwäche der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, die bis 2011 auf den Einzug in den Landtag warten mussten. Die NPD kann so öffentlichkeitswirksam ihre völkische, traditionalistische Begründung des ökologischen Landbaus vertreten. Schaut man auf die Bedeutung der beiden Parteien auf Bundesebene und vor allem auf die demokratische Orientierung, ist dies eine bizarre Gewichtung.

Eine Rolle, die die NPD gerne spielt, ist die der Kümmer-Partei. Auch in ökologischen Fragen versucht sie sich in dieser Rolle. Der wohl medienwirksamste Versuch gelang mit der Initiative «Gentechnikfreie Region Nebel/Krakow am See», die mit Hilfe des BUND 2004 gegründet wurde. Der Initiative stand ein NPD-Mitglied vor, und Borrmann besuchte mindestens eine Veranstaltung der Initiative offiziell in der Funktion als Mitglied im Agrarausschuss. Nach dem Bekanntwerden der politischen Ausrichtung des Koordinators der Initiative, Helmut Ernst, schlugen Agrarausschussmitglieder der demokratischen Fraktionen die Einladung aus – was von Seiten der NPD nicht unkommentiert blieb. «Überhaupt scheinen die Mitglieder dieses Ausschusses kein Interesse am ökologischen Landbau zu haben, denn es war von den Abgeordneten niemand

²⁵ In Missachtung des verfassungsgemäßen Namens Mecklenburg-Vorpommern spricht die NPD auch im Landtag von Mecklenburg und Pommern. Damit ignoriert sie implizit die Oder-Neiße-Grenze Deutschlands.

²⁶ NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern 2006a.

²⁷ Ebd.

anwesend bis auf den der NPD!»²⁸ Mittlerweile hat sich diese Initiative allerdings vom NPD-Mitglied Ernst getrennt.²⁹ Dennoch stellt die NPD regelmäßig heraus, sich für die Belange der ökologischen, aber vor allem auch der gentechnikfreien Landwirtschaft einzusetzen. Da bis September 2011 keine Konkurrenz durch die Grünen im Landtag bestand, konnte sie sich exklusiv gegen gentechnisch veränderte Organismen und für die ökologische Landwirtschaft positionieren. Sie nutzen die parlamentarischen Instrumente der Anfragen und Änderungsanträge auch in diesem Themenfeld vor allem, um das Parlament als Podium nach außen zu nutzen und sich Informationen für die außerparlamentarische Arbeit zu sichern. Durch die Fraktion war die NPD immer von Anfang an über Pläne zum Genmais- oder Genkartoffelanbau informiert, und sie konnten die Ressourcen der Fraktion nutzen, um die Parteiposition zu grüner Gentechnik zu verbreiten. Dies bot der NPD die Möglichkeit, ihre völkische Argumentation mit diesem Thema zu verbinden und dem Begriff Heimat und damit heimatpolitischen Argumenten Öffentlichkeit zu verschaffen.

Zu dieser gentechnikfreien und damit auch von Großkonzernen wie Monsanto unabhängigen Landwirtschaft passt auch das Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft – ein Konzept, das die Bundes-NPD schon lange vertritt und das gerade in Mecklenburg-Vorpommern eine große Rolle spielt. So heißt es im Wahlprogramm 2011: «Das Konzept einer raumorientierten Volkswirtschaft basiert auf der Grundlage ökonomischer wie ökologischer Vernunft. Wirtschaft vor Ort bedeutet: Arbeitsplätze vor Ort, kurze Transportwege und Vertrauen in die heimischen Produkte. Deshalb tritt die NPD für die Stärkung der klein- und mittelständischen Unternehmen ein».³⁰ So passt denn auch die wirtschaftspolitische Vorstellung in das kleinbäuerliche Idyll, für das sich die NPD so gerne einsetzt.

Bleibt die Ökologische Frage ein Thema der NPD?

Pastörs, aber auch die anderen Fraktionsmitglieder nutzten ökologische Themen vor allem in der ersten Hälfte der abgelaufenen Legislaturperiode, um gegen die Landesregierung und die anderen Parteien im Landtag zu polemisieren. Dieses Interesse scheint leicht nachgelassen zu haben, ist aber keinesfalls verschwunden.

Historisch betrachtet, ist es nicht verwunderlich, dass sich die NPD zumindest nicht ganz von dem Thema Ökologie verabschiedet, denn die Sorge um die Natur, um die Umwelt in Deutschland, war bis in die 1960er-Jahre fast

²⁸ NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Ökologischer Landbau in Mecklenburg und Pommern, http://www.npdmv.de/index.php?sek=0&pfadid=38&cm_sintid=1&detail=10989, 2006b, (Zugriff: 15.10.2007).

²⁹ Die Betreiber des Internetportals «Blick nach Rechts» gingen damals jedoch davon aus, dass fast jeder zweite der Landwirte mit der NPD sympathisiere.

³⁰ NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Unsere Heimat – unser Auftrag! 25 Standpunkte, http://www.npd-mv.de/wahlportal/?page_id=11, 2011a, (Zugriff: 26.7.2011).

ausschließlich im rechten politischen Spektrum angesiedelt. Heute kann es sich keine demokratische Partei mehr leisten, sich diesem Feld zu verschließen. Neue globale Probleme wie Überfischung, Klimawandel oder Artensterben lassen sich allerdings durch nationale Politik nicht mehr bewältigen. Die Folgen der modernen Zivilisation und der Globalisierung sind nicht mit einem Rückzug aus der Globalisierung zu bekämpfen.

Eine völkische und «raumbezogene» Antwort auf die ökologische Frage ist weder zielführend, noch zeugt sie von einem Verständnis für die Dimension der heutigen Herausforderungen. Argumentationen von vor hundert Jahren haben noch eine gewisse Berechtigung, aber sie können nicht ernsthaft Leitgedanke einer vernünftigen Umweltpolitik sein. Demokratische Kräfte haben demnach inhaltlich im Prinzip nicht viel zu befürchten – und doch müssen sie aufpassen, dass gerade in der Kommunal- und Landespolitik, wo Heimatargumente am ehesten berechnete Verwendung finden, nicht der Eindruck entsteht, die NPD sei eine ökologisch verantwortungsvolle Alternative. Genau diesen Eindruck aber versuchte die NPD im Landtagswahlkampf 2011 zu vermitteln.

In ihrer Wahlkampfzeit knüpfte die NPD wieder an die bekannte Kritik an: Die Landwirtschaft diene nicht mehr den Interessen der Menschen – oder wie die NPD es formuliert: dem «Wohl des deutschen Volkes»³¹ – sondern der Agrarindustrie. Diese hätte nur die Profite im Blick und würden daher lieber Lebensmittel in Biogasanlagen verbrennen und auf Massentierhaltung setzen. Die NPD spricht sich für eine kleinräumige, ökologische und von der EU unabhängige Landwirtschaft aus.

Ein weiteres Thema ist der behauptete «Atomtod aus Polen», mit dem sich die NPD auf Wahlplakaten als ökologisch generiert. Hier werden die geplanten polnischen Atomkraftwerke³² als mögliche Gefahr für das Bundesland – die Heimat – herausgestellt. Der östliche Nachbar wird so nicht nur als Vernichter deutscher Arbeitsplätze, sondern gleich als Bedrohung für die Bewohnbarkeit des ganzen Bundeslandes diffamiert.

Mit der neuen Fraktion von Bündnis 90/Grünen im Schweriner Landtag hat die NPD nun erstmals einen demokratischen Konkurrenten im Bereich der Ökologie in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig, das zeigen die Erfahrungen aus dem sächsischen Landtag, werden sich die Grünen intensiv mit der NPD auseinandersetzen müssen. Dies eröffnet die Chance, dass die Argumente der NPD in diesem Themenfeld kritischer hinterfragt werden. Im Bereich der Landwirtschaft können nun differenziertere Antworten auf die zweifelsohne bestehenden Missstände gegeben werden, als ein dem nationalistischen EU-Hass unterliegende antidemokratische Propaganda es tut.

Die NPD wird sicher versuchen, die Grünen als Mitverantwortliche an der Multikultigesellschaft, der EU und somit auch der internationalen Bedrohungen

31 NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Weiterdenken. Die Zeitung der NPD zur Landtagswahl in Mecklenburg und Pommern, 2011, S. 2.

32 Das Land plant derzeit den Bau eines ersten eigenen Atomkraftwerkes. Es soll in der Nähe der nordpolnischen Hafenstadt Danzig entstehen.

für das deutsche Volk darzustellen. Sie wird ihre «Heimatargumentation» der auf Nachhaltigkeit abzielenden Argumentation der Grünen gegenüberstellen. Daraus könnte eine Debatte entstehen, durch die die negativen Folgen einer Ökologie à la NPD in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt. Dies könnte ein weiterer Baustein in einer unaufgeregten, kritischen und zielführenden Auseinandersetzung mit der NPD sein.

Es bleibt die Hoffnung, dass es gelingt, der NPD die ökologische Frage als Aktionsfeld nationalistischer und rassistischer Propaganda zu entziehen.

Literatur

- Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert: eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006.
- Hähnel, Jörg: Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Berlin 2010.
- Hoffmann, Uwe: Die NPD: Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt/Main 1999.
- Holtmann, Udo: Nationaldemokratische Leitlinien zu Lebens- und Umweltschutz, Stuttgart 1994.
- Jahn, Thomas; Wehling, Peter: Ökologie von rechts: Nationalismus und Umweltschutz bei der neuen Rechten und den «Republikanern», Frankfurt/Main 1991.
- Junge Nationaldemokraten: 12 Thesen zur Ökologie, Mannheim 1976.
- Niethammer, Lutz: Angepaßter Faschismus: politische Praxis der NPD, Frankfurt/Main 1969.
- NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Unsere Heimat – unser Auftrag! 25 Standpunkte, http://www.npd-mv.de/wahlportal/?page_id=11, 2011a, (Zugriff: 26.7.2011).
- NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: *Weiterdenken*. Die Zeitung der NPD zur Landtagswahl in Mecklenburg und Pommern, 2011b.
- NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Widerspruch einreichen gegen den Braunkohleabbau, <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1526&mid=7>, 2007, (Zugriff: 26.7.2011).
- NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Genfraß – Nein Danke! In: *Der Ordnungsruf* 1/2007, http://www.npd-fraktion-mv.de/components/com_pdf/pdf/artikel110.pdf, 2007, (Zugriff: 23.08.2011).
- NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Fachtagung ökologischer Landbau in Rostock-Diedrichshagen, <http://www.npdmv.de/index.php?sek=0&pfadid=38&cmsintid=1&detail=1091>, 2006a, (Zugriff: 15.10.2007).
- NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern: Ökologischer Landbau in Mecklenburg und Pommern, <http://www.npdmv.de/index.php?sek=0&pfadid=38&cmsintid=1&detail=10989>, 2006b, (Zugriff: 15.10.2007).
- NPD-Parteivorstand: Nationaldemokratische Gedanken für eine lebenswerte Zukunft, NPD-Parteiprogramm, o. O. 1985.
- NPD-Parteivorstand: Parteiprogramm, Berlin 2004.
- NPD-Parteivorstand: Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin 2007.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008.
- Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005.

Strategien und Handlungsmöglichkeiten vor Ort

«Am allerwichtigsten ist es, ein kooperatives und vertrauensvolles Klima in der Region zu verteidigen.»

Interview mit der AG «Völkische Siedler»

Mecklenburg-Vorpommern – das Mekka rechtsextremer Ökologen? Seit einigen Jahren sind Strukturen einer rechtsextremen Siedlungsbewegung unübersehbar geworden. Vor allem im westlichen Teil und in der Mitte des Bundeslandes haben sich Familien niedergelassen, um eine naturorientierte, ökologische Lebensweise auszuleben. Ihr ökologisches Engagement ist in eine rechtsextreme, biologistische und menschenverachtende Ideologie eingebettet.

Zu der Situation vor Ort und mögliche Handlungsalternativen konnten wir Fragen an die Arbeitsgemeinschaft «Völkische Siedler» stellen, die sich mit diesen Tendenzen beschäftigt und demokratische Akteure vor Ort berät.

Die sogenannte Siedlungsbewegung hat auch in Mecklenburg-Vorpommern deutliche Zeichen gesetzt. Was sind ihre Ziele?

Einige sagen, hier in Mecklenburg-Vorpommern sei inzwischen so etwas wie die Toskana für Nazis entstanden. Ziel der Siedlungsbewegung ist es, durch die Ansiedelung von «gleichgesinnten Familien» nationalistische Brückenköpfe in Ostdeutschland zu etablieren, und dabei fungieren die Siedlungspunkte einerseits als Wohlfühlloasen und dienen andererseits als Versammlungsorte und Operationsbasen. Die Strategie, die dahinter steht, wurde seit langem ausgearbeitet, gründlich vorbereitet, und anfangs haben einige der führenden Köpfe über ihr Vorhaben auch noch ganz freimütige Interviews gegeben. Sie haben zum Beispiel gesagt, sie wollten den besiedelten Gebieten «ihren Stempel aufdrücken» und deswegen ihre Gemeinschaft immer weiter vergrößern, «denn um wirklich etwas bewegen zu können, sei eine bestimmte Masse notwendig». Sie suchen nicht unbedingt den schnellen Erfolg sondern planen langfristig – zur Not über Generationen.

Seit wann ist die Siedlungsbewegung hier aktiv?

Bereits Anfang der 1990er-Jahre setzte eine Siedlungsgruppe ihr Konzept zur Besiedelung alter Artamanenhöfe im Landkreis Güstrow um.¹ Etwa zur selben Zeit siedelten sich Familien und Gruppen mit völkisch-nationalem Hintergrund auch im Landkreis Ludwigslust, in Nordwestmecklenburg und in Ostvorpommern an. Inzwischen müssen wir davon ausgehen, dass auch in anderen Regionen wie z. B. Bad Doberan, Nordvorpommern und Rügen solche Siedlungsprojekte der extremen Rechten umgesetzt werden. Zum Ausbau ihrer Infrastruktur werden planvoll alle finanziellen Fördermöglichkeiten erschlossen und der Ankauf und Ausbau von Immobilien geht Schritt für Schritt weiter.

Warum ist von einem Gefahrenpotential durch die Siedlungsbewegung auszugehen?

Gefährlich sind die Gruppen vorrangig deshalb, weil sie zur Erreichung ihrer Ziele strategisch und konspirativ vorgehen, und es deshalb mitunter eine ganze Weile dauern kann, bis ihr rassistisches und abwertendes Menschenbild deutlich wird. Bis dahin haben sie dann meist schon viel dafür getan, sympathisch und vertrauenswürdig zu erscheinen und andere für sich einzunehmen, um es schwerer zu machen, sich wieder von ihnen zu distanzieren. In den Schulen und Kindertagesstätten ihrer Kinder engagieren sie sich z. B. in der Elternvertretung, beim Kochen und Backen für das Schulfest, oder sie leisten bereitwillig Fahr- und Betreuungsdienste. Dabei bringen sie durch Randbemerkungen oder «Scherze» zwar subtil immer wieder Aspekte ihrer ausgrenzenden und abwertenden Weltanschauung ein und loten damit die Haltung ihres Gegenübers aus, im Interesse ihrer langfristigen Pläne nehmen sie sich bei Widerspruch aber auch durchaus wieder zurück und warten auf eine bessere Anknüpfungsmöglichkeit. Es kann sogar passieren, dass der eigene Hintergrund in bestimmten Bezügen schlicht geleugnet wird, um z. B. eine nützliche Gruppenzugehörigkeit oder wichtige Geschäftsbeziehung nicht zu gefährden. Offenbar gilt hier das Motto, dass der Zweck die Mittel heiligt. Es gibt inzwischen viele Berichte darüber, wie dieser Personenkreis auf diese Art versucht, regionale Institutionen, Kirchenstrukturen, Vereine, Schulen und Kindertagesstätten zu unterwandern.

Sie sprachen von Schulen oder Kindertagesstätten, in denen sich die Mitglieder der Siedlungsbewegung engagieren. Gibt es noch weitere Bereiche, in denen die Aktivitäten sichtbar werden?

Auch die regionale Wirtschaft ist betroffen, denn die Siedlerinnen und Siedler sind natürlich selbst auch Konsumenten und Produzenten von Waren und Dienstleistungen. Sie arbeiten als Handwerker oder Landwirte, produzieren oder vertreiben Bio-Produkte, sind Rechtsanwälte, Architekten, Hebammen, Energie-

¹ Die Artamanen waren eine völkisch-nationale Siedlungsbewegung aus den 1920er-Jahren zu der auch SS-Chef Heinrich Himmler und Auschwitzkommandant Rudolf Höß gehörten. Siehe Beitrag von Stefan Brauckmann in diesem Band.

techniker, kaufen Lebensmittel, Bücher, Kleidung, Werkzeug, Baustoffe, Saatgut usw. Manch ein Hotel oder Bioladen hat beispielsweise plötzlich Lieferanten, auf deren Hintergrund Gäste und Kunden bestürzt reagieren würden, und bei manchem touristischen Event in der Region finden sich plötzlich auch Siedlerinnen und Siedler unter den Akteuren. In letzter Zeit fanden sich bei Kunstausstellungen, auf Mittelalter-, Oster- oder Weihnachtsmärkten auch rechtsextreme Symbole unter den Exponaten und Verkaufsgegenständen.

Dem Rechtsextremismus ist Gewalt immanent. Spielt Gewalt auch in der aktuellen Siedlungsbewegung eine Rolle? Liegt hier ein besonderes Gefahrenpotential?

Treffen die völkischen Siedlungsgruppen auf anhaltenden Widerstand, reagieren sie mitunter selbst aggressiv, das allerdings möglichst nicht in der Öffentlichkeit, sondern eher mit einem wutschnaubenden «Hausbesuch», der auch schon ganz schön einschüchternd wirken kann und die Zweifel an dem harmlosen Image weiter verstärkt. Interessant ist aber auch, dass mitunter plötzlich andere gewaltbereite Gruppierungen auftauchen, die diejenigen bedrohen, die sich den Interessen der Siedlungsgruppen entgegenstellen. An diesen heftigen Reaktionen und der offenkundigen Vernetzung ist auch ganz gut abzulesen, welch hohen Status diese sich nach außen so betont harmlos gebende Gruppe in der Szene hat. Besonders eindrucksvoll war beispielsweise der Hass, der dem Bürgermeister von Lalendorf entgegenschlug, als er den Hintergrund einer der Siedlerfamilien öffentlich benannte. Auf einschlägigen Internetseiten wurden daraufhin bundesweit übelste Beschimpfungen bis zu Morddrohungen geäußert, im ganzen Ort diffamierende Flugblätter verteilt und schließlich versuchte eine Gruppe sogar, sein Haus zu attackieren. Der Bürgermeister ist nicht der einzige, der zeitweise Polizeischutz erhalten musste; Angst spielt inzwischen in der Region eine nennenswerte Rolle. Mit dem landesweiten Beratungsangebot von LOBBI e. V. gibt es aber ein professionelles, kostenloses und vertrauliches Unterstützungsangebot für alle, die sich oder Angehörige bedroht oder gefährdet sehen.

Welche biografischen Hintergründe lassen sich bei den Akteuren der Siedlungsbewegung erkennen, was treibt sie an?

Sie sind häufig selbst bereits in Familien und Strukturen mit neonazistischem oder nationalistischem Hintergrund aufgewachsen und wurden dementsprechend geprägt. Nachweislich waren einige als Kinder z. B. in der 1994 verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend oder der 2010 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend. Wer so sozialisiert wurde, entwickelt leicht ein geschlossenes Weltbild, das beinahe schon religiösen Charakter hat. Anstelle eines Gottesbildes steht hier dann allerdings ein idealisierter Übermensch im Fokus bzw. eine rassistisch und völkisch definierte Gruppe – die Sippe, das Volk oder die Art. Das Klima in dieser eingeschworenen und elitären Gemeinschaft wird von dem Gefühl des Auserwähltseins und von großem Sendungsbewusstsein geprägt und ist wohl am ehesten mit einer Sekte zu vergleichen. Genauso entzieht es sich leider oft rationalen Argumenten.

Sie haben beschrieben, dass im alltäglichen Umgang die wahren Ziele oft verborgen bleiben. Wie können wir erfahren, ob sich hinter einer naturorientierten Lebensweise und ökologischen Aktivitäten nicht auch ein völkisch-biologistisches Menschenbild verbirgt?

Mitunter reagieren Menschen auf Hintergrundinformationen zu diesen Familien zunächst ungläubig und abwehrend, da die Personen auf den ersten Blick gar nicht dem gängigen Stereotyp eines anti-sozialen neonazistischen Gewalttäters zu entsprechen scheinen und sie mit ihren rassistischen, antisemitischen und anderen abwertenden Sichtweisen eben oft auch strategisch umgehen.

Es ist deshalb besonders sinnvoll, die feindliche Haltung dieser Personen gegenüber den Menschen erkennbar zu machen, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen. Das kann in Schulen und Kindertagesstätten z. B. durch eine geeignete Themenwahl in Unterricht und Elternversammlungen gelingen, in Vereinen durch die Aufnahme entsprechender Formulierungen in die Satzung oder in Wirtschaftsbezügen durch die Festlegung gemeinsamer ethischer Standards. Sobald es Gelegenheit zu intensiverem Meinungsaustausch über Erziehungsstile oder sonstige Wertvorstellungen gibt, zeigen sich in der Regel recht schnell die Hintergründe dieser Gruppe. Beratung zu diesen Maßnahmen erhalten Sie unter anderem bei den Regionalzentren für demokratische Kultur.²

Sie haben sich trotz Einschüchterungsversuchen nicht von Ihrem demokratischen Engagement abbringen lassen. Die Arbeitsgemeinschaft «Völkische Siedler» gehört zu den Stimmen, die sich gegen die rassistischen und menschenverachtenden Aktivitäten zur Wehr setzt. Seit wann gibt es sie? Wer arbeitet mit? Welche Ziele verfolgen Sie mit der AG? Warum hat sie sich gegründet?

In unserer Arbeitsgemeinschaft haben sich Institutionen zusammengeschlossen, die für eine lebendige Demokratie und gegen demokratiefeindliche Bestrebungen in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten, und dabei immer wieder auf diese Siedlungsprojekte gestoßen sind. Dazu gehören die drei Regionalzentren für demokratische Kultur Bad Doberan – Güstrow – Rostock, Westmecklenburg und Nordvorpommern – Rügen – Stralsund, die Opferberatung LOBBI e. V. und auch der Verein Soziale Bildung e. V. Seit 2010 treffen wir uns regelmäßig, um uns über neue Entwicklungen auszutauschen und gemeinsame Projekte zu planen. Zurzeit konzentrieren wir uns z. B. darauf, die Vertriebsstrukturen und Kunden der Bio-Branche über den rassistisch-nationalistischen Hintergrund einiger Produzenten und Dienstleister zu informieren.

Die Menschen vor Ort, die die Aktivitäten der Siedlungsbewegung wahrnehmen und sich gegen deren Vereinnahmung des Umweltschutzgedankens zur Wehr setzen wollen, werden sich fragen, was man tun kann. Können Sie diesen Menschen Hilfestellungen anbieten?

² Im Anhang der Broschüre befindet sich ein Artikel mit Beratungsadressen.

Drei Punkte sind besonders wichtig: Information, Austausch und Vernetzung. Zunächst sollten natürlich möglichst viele Menschen in der Region über den Hintergrund, die Ziele und das strategische Vorgehen der völkischen Siedlungsgruppen informiert sein, um sich gegen Vereinnahmung und Instrumentalisierung wehren zu können. Das gilt selbstverständlich besonders für Verantwortungsträgerinnen und -träger in Ämtern, Schulen und anderen Einrichtungen. Dann ist aber auch der Umgang mit diesen Informationen wichtig, die vielleicht verunsichern oder sogar Angst machen. «Wem kann ich noch trauen? Sind alle, die an diesen Ort ziehen, Rechtsextremisten? Ist der nur so hilfsbereit, um mich zu ködern? Kann ich meine Kinder mit deren Kindern spielen lassen? Kann ich da noch einkaufen? Zündet der mir das Haus an, wenn ich sage, was ich beobachtet habe?» etc. sind Fragen, die sich schnell stellen können, mit denen aber niemand allein klarkommen muss. Wir sollten uns angesichts der Herausforderung nicht zurückziehen, sondern unsere Wahrnehmungen und Informationen austauschen und uns gegebenenfalls Beratung und Unterstützung holen. Damit ist aber nicht gemeint, unhaltbare Gerüchte zu verbreiten, zu hetzen oder zu verleumden. Bei aller Emotion muss es selbstverständlich sein, sachlich und faktenbezogen zu bleiben.

Spielt hier nicht die Angst vor Bedrohung wieder eine Rolle?

Durch Vernetzung kann es auch gelingen, dem Gefühl der Bedrohung zu begegnen und gemeinsam wirkungsvolle Gegenstrategien zu entwickeln. Es ist leichter, das Personal einer Kindertagesstätte oder Schule einzuschüchtern, als einem durch das Jugendamt koordinierten Handlungsplan aller Kindertagesstätten und Schulen in der Region zu begegnen. Ein Bioladenbetreiber ist im Umgang mit neonazistischen Lieferanten vielleicht ratloser als ein Zusammenschluss von Bio-Strukturen mit einer durchdachten und abgestimmten Haltung usw.

Am allerwichtigsten ist aber wohl, unser gesellschaftliches Miteinander trotz aller Vorsicht nicht von Misstrauen und Argwohn bestimmen zu lassen, sondern ein kooperatives und vertrauensvolles Klima in der Region zu verteidigen, wo immer es geht. Die Menschen in Norwegen zeigen uns gerade sehr eindrucksvoll, wie eine demokratische Gemeinschaft ihren Werten und Regeln auch angesichts unfassbaren Terrors treu bleiben kann. Die Anschläge von Oslo sind mit unserer Situation nicht vergleichbar, aber von der Reaktion der Norwegerinnen und Norweger können wir vielleicht lernen.

Konkret betroffen ist hier vor allem die vernetzte Bio-Branche und auch wir als Verbraucher. Können wir uns wehren?

Ökologie, Umweltschutz und Bioprodukte sind unter den Schlagwörtern «Heimatschutz» oder «Volksgesundheit» leider schon seit langem auch durch völkisch-nationalistische Ideologien vereinnahmt worden. Seit mehreren Jahren sind auch Einzelpersonen und Gruppen aus den Siedlungsstrukturen bemüht, Zugang zu den regionalen Produktions- und Vertriebsnetzen der relevanten

Branchen zu finden. Im Klartext: Vielleicht finanziere ich mit dem Kauf eines Salats ungewollt neonazistische Produzenten. Um das zu verhindern, müssen sich sowohl die Kundinnen und Kunden, aber natürlich auch die Produktions- und Vertriebsnetze der Bio-Branche der Herausforderung stellen. Durch bewusstes Kaufverhalten und informierende Briefe an Bioläden und Branchennetzwerke können die Konsumentinnen und Konsumenten ganz praktisch dazu beitragen, der Unterwanderung entgegenzuwirken.³

³ Weitere Informationen zu Handlungsmöglichkeiten befinden sich im Anhang der Broschüre.

Anhang

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN GEGEN EINE RECHTS- EXTREME VEREINNAHMUNG VON UMWELTSCHUTZ UND ÖKOLOGIE

Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie und Soziale Bildung e.V.

Die voranstehenden Artikel haben aufgezeigt, an welchen unterschiedlichen Orten wir rechtsextremen Akteuren begegnen. Die rechtsextreme Besetzung zivilgesellschaftlicher Räume, in Kindergarten und Schule, in der Gemeinde, auf dem Sportplatz oder eben auch beim täglichen Einkauf stellt uns in unseren unterschiedlichen Rollen immer wieder vor neue Herausforderungen.

Darf mein Kind mit den Kindern einschlägig bekannter Rechtsextremisten spielen? Was mache ich, wenn sich Eltern zur Elternvertretung aufstellen, deren Nähe zum Rechtsextremismus mir offensichtlich erscheint?

Eindeutige Handlungsanweisungen können den vielfältigen Problemlagen nicht gerecht werden. Zentral bleibt es, genau hinzuschauen und die öffentliche Auseinandersetzung zu suchen.

Im Folgenden haben wir – zugeschnitten auf unsere Fragestellung der rechtsextremen Ökologie – einige Möglichkeiten zusammengestellt. Wir möchten Ihnen hier verschiedene Handlungsmöglichkeiten vorstellen, die sowohl von Einzelnen als auch von Gruppen, Organisationen, Vereinen und (Bio)-Wirtschaftsbetrieben genutzt werden können, um sich gegen menschenfeindliche völkische Strukturen zu engagieren. Es handelt sich um Vorschläge, die auf die jeweilige konkrete Situation abgestimmt werden müssen.

Es sollte das Ziel sein, dass das Engagement innerhalb der Vereine oder Wirtschaftsbetriebe möglichst von allen Mitgliedern getragen wird. Nur so kann eine weitreichende und nachhaltige Wirkung erzielt werden. Für die Entwicklung einer gemeinsamen Handlungsstrategie können Beratung, Fort- und Weiterbildungen wichtige Bausteine sein, denn völkisch-autoritäre Strukturen geben ihren wahren Kern meist nicht auf den ersten Blick zu erkennen (Adressen im Anhang).

Handlungsmöglichkeiten für Einzelpersonen

Was können einzelne Menschen tun, wenn sie vermuten, dass ökologisch erzeugte Landwirtschaftsprodukte von völkischen und menschenverachtenden Gruppen in Bioläden zum Verkauf angeboten werden? Wie können sie verhindern, dass durch ihren Einkauf rassistische oder antisemitische Erzeugerinnen und Erzeuger finanziert werden?

Die erste Möglichkeit besteht immer darin, direkt bei den Händlerinnen und Händlern nachzufragen, woher die Produkte stammen. Im persönlichen Gespräch kann auch die Problematik völkisch-autoritärer Strukturen thematisiert werden, denn vielen Bio-Vertrieben ist der ideologische Hintergrund ihrer Zulieferstrukturen nicht geläufig. Selbstverständlich lohnt auch immer der Blick auf die Biokisten in den Regalen der Unternehmen, da diese Aufschluss über die Herkunft der Produkte geben. Über den Hintergrund vieler Produzentinnen und Produzenten finden sich Informationen z. B. im Internet. Ein Abgleich mit den eigenen Einkäufen macht zwar einmalig etwas Mühe, gibt aber auf Dauer ein erheblich besseres Gefühl. Eine weitere Möglichkeit der Information ist die Sichtung der Online-Register von Bio-Vertrieben, wie z. B. Biopark oder dem Fleischerzeuger Neuland, die sowohl Namen als auch Produkte aller ihrer Zulieferstrukturen im Internet transparent machen. Kennt man die einschlägigen Produzenten mit nachweislichen Bezügen zum Rechtsextremismus, kann man so verhindern, dass sich Landwirte aus menschenfeindlichen Strukturen hinter Vertriebsnamen verstecken.

Die vierte Option besteht darin, andere Menschen zu informieren oder selbst aktiv zu werden. Dies kann sowohl geschehen, wenn konkrete Namen von völkischen Landwirten bekannt sind als auch vorsorglich, wenn angeregt werden soll, dass sich Bio-Unternehmen mit dem Thema auseinandersetzen. Zu diesem Zweck können neben Unterschriftenlisten, Briefe oder E-Mails formuliert und an Bio-Unternehmen oder relevante Einrichtungen geschickt werden, wie im folgenden Entwurf dargestellt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin darauf aufmerksam geworden, dass es Bioprodukte auf dem Markt gibt, die ProduzentInnen von menschenverachtenden Strukturen zuzuordnen sind.

Darüber bin ich sehr erschüttert!

Ich möchte mich daher bei Ihnen informieren, ob Sie sich dieser Problematik bewusst sind und es Strategien gibt, die es verhindern, dass solche Produkte in Ihrem Warensortiment auftauchen.

Ich bin nicht bereit, solche Strukturen durch mein Konsumverhalten zu unterstützen. Ebenso halte ich es für gefährlich, wenn rechtsextremel menschenfeindliche Einflüsse in der Biobranche Fuß fassen können.

Ich bitte um eine Stellungnahme zu Ihrem Umgang bzw. dem ihres Verbandes mit diesem Problem. Bitte klären Sie auch mit Ihrem Verband, wie solche Einflüsse und finanzielle Unterstützungen dieser menschenfeindlichen Netzwerke zu verhindern sind.

Für tiefergehende Informationen empfehle ich Ihnen folgende Links:

<http://www.keine-gentechnik.de/fileadmin/files/Infodienst/>

[Dokumente/09_10_27_nazis_im_maisfeld.pdf](http://www.keine-gentechnik.de/fileadmin/files/Dokumente/09_10_27_nazis_im_maisfeld.pdf)

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2007/12/18/braune-okosiedler_178

<http://www.netz-gegen-nazis.de/category/lexikon/umweltschutz>

<http://www.lobbi-mv.de/hintergrallg/11.php>

Mit freundlichen Grüßen,

Selbstverständlich gibt es auch andere kreative Möglichkeiten für Einzelne, sich gegen die biopolitischen Strategien völkischer Landwirte zu engagieren. Zentral sollte dabei jedoch neben der friedlichen Auseinandersetzung ein bewusster und kritischer Umgang mit dem eigenen Konsumverhalten sein.

Handlungsmöglichkeiten für Initiativen, Vereine, Organisationen oder Kommunen

Für Initiativen, Vereine und Organisationen ist es möglich, durch eine Änderung der Satzung die Mitgliedschaft von Personen mit menschenverachtenden Einstellungen zu verhindern. Bereits in der Diskussion über mögliche Änderungen werden ausgrenzende und abwertende Hintergründe einzelner Mitglieder in der Regel schnell deutlich, so dass eine bereits vorhandene Unterwanderung erkennbar ist. Bei zukünftigen Aufnahmeanträgen sollten dann diese Aspekte der Satzung obligatorisch besprochen werden, um so nach Möglichkeit den Hintergrund der Interessenten erkennen zu können. Mögliche Formulierungen einer solchen Satzungsänderung finden sich unter anderem bei der *UN-Anti-Rassismus-Konvention (ICERD, Artikel 2)*¹ oder dem Programm *Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)*.² Beratung hierzu bietet das Regionalzentrum für demokratische Kultur in Stralsund (Adresse im Anhang) sowie einige Interessenverbände.

Handlungsmöglichkeiten für Betriebe oder Unternehmen

Ein Betrieb, ein Unternehmen oder ein Verband kann sich in selbst formulierten Positionspapieren deutlich von völkisch-autoritären Strukturen und Einstellungen abgrenzen. Folgende Möglichkeiten bestehen:

- 1 Nähere Informationen finden Sie unter: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/menschenrechtsinstrumente/vereinte-nationen/menschenrechtsabkommen/anti-rassismus-konvention-icerd.html> und http://www.unesco.de/erkl_bioethik_05_text.html
- 2 Ebd. www.li-hamburg.de; Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie u.a. unter: <http://www.bne-portal.de/> oder <http://www.bmbf.de/de/3840.php>

- Bei Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in Verträgen mit Partnerinnen und Partnern kann eine Klausel, die sich beispielsweise auf geschäftsschädigendes Verhalten bezieht, dem Betrieb, dem Unternehmen oder Verband eine sofortige Kündigung bzw. einen Rücktritt vom Vertrag ermöglichen. Der Hinweis auf bestehende unternehmerische Sozialverantwortung, den so genannten CSR³ (Corporate Social Responsibility)-Richtlinien oder der Bezug auf Unternehmensgrundsätze bzw. bestehende Gesetze kann ebenfalls hilfreich sein, um sich unverzüglich nach Bekanntwerden von den entsprechenden Gruppen zu lösen.
- Ein Punkt in betrieblichen Unternehmensgrundsätzen oder Ethik-Richtlinien kann die Ablehnung von rassistischem, antisemitischem, diskriminierendem oder/und demokratiefeindlichem Verhalten sein. Das umfasst sowohl Aussagen als auch Handlungen. Ausformuliert kann das so klingen: «In Anerkennung der universellen Menschenrechte wird es keine Zusammenarbeit, egal in welcher Form, mit Wirtschaftspartnerinnen und -partnern geben, die gegen diese Erklärung verstoßen.»
- Auch Teile des Deutschen Nachhaltigkeitskodex⁴ könnten in Unternehmensgrundsätze eingebaut werden. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex soll nachhaltiges Wirtschaften stärken und hierfür Orientierung geben. Der Kodex soll Anforderungen an die Transparenz hinsichtlich der Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen stellen und ein prozesshaftes Verständnis von Nachhaltigkeit fördern. Obwohl dieser Kodex vor allem für börsennotierte Unternehmen gilt, können die einzelnen Empfehlungen und Aussagen genauso von Klein- und Mittelstandsunternehmen verwendet werden. Beratung hierzu bietet das Regionalzentrum für demokratische Kultur in Stralsund (Adresse im Anhang).
- Im Bereich der Fort- und Weiterbildung von Führungskräften, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können Kurse angeboten werden, in denen sich die einzelnen Betriebsangehörigen mit Merkmalen völkisch-autoritärem Denkens auseinandersetzen und gegenwärtige wirtschaftliche Strukturen kennenlernen (Fortbildungsangebote s.u.).

³ <http://www.csr-in-deutschland.de/portal/generator/1836/startseite.html>

⁴ <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/deutscher-nachhaltigkeitskodex/dokumente/deutscher-nachhaltigkeitskodex/>

BERATUNGS- UND INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN ZU ÖKOLOGIE, MENSCHENRECHTEN UND NACHHALTIGKEIT

Hier finden Sie eine Auswahl verschiedener Institutionen und Gruppen, die Hintergrundmaterial, Unterstützung und Beratung zu den Themenfeldern Menschenrechte, Ökologie und Nachhaltigkeit anbieten.

Die Beschreibungen sind den offiziellen Internetseiten der angegebenen Institutionen oder Gruppen entnommen.

Veröffentlichungen und Textsammlungen, die eine tiefere Beschäftigung mit den Themen ermöglichen, sind ebenfalls auf den Internetseiten unter dem Punkt «Publikationen» angegeben und können meist kostenfrei heruntergeladen werden.

Bundesweite Organisationen zu den Themen «Demokratie und Menschenrechte»

Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR)

Das Deutsche Institut für Menschenrechte e.V. wurde 2001 auf Grund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gegründet. Es ist eine unabhängige Einrichtung, die zur innerstaatlichen und internationalen Förderung und dem Schutz der Menschenrechte beitragen soll. Information und Dokumentation, anwendungsorientierte Forschung, Beratung von Politik und Zivilgesellschaft, menschenrechtsbezogene Bildungsarbeit sowie internationale und nationale Zusammenarbeit mit ähnlichen Institutionen stehen im Zentrum der Aufgaben des Instituts.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

- Information und Dokumentation, Forschung zur Qualifizierung der Menschenrechtsarbeit
- Beratung von Politik und Gesellschaft
- menschenrechtsbezogene Bildungsarbeit, wie z. B. das Erarbeiten von Lehrprogrammen für Berufsgruppen, Behörden und Schulen oder die Weiterbildung von Fachkräften der zivilen Konfliktbearbeitung, Polizei und Militär
- internationale Zusammenarbeit mit anderen nationalen Menschenrechtseinrichtungen und Menschenrechtseinrichtungen der Europäischen Union, des Europarats, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen
- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit über Menschenrechtsfragen in Deutschland.

Deutsches Institut für Menschenrechte
Zimmerstraße 26/27
10969 Berlin
030/25 93 59 – 0
www.institut-fuer-menschenrechte.de

Forum Menschenrechte

Das Forum Menschenrechte ist ein Netzwerk von mehr als 48 deutschen Nicht-regierungsorganisationen (NGOs), die sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz einsetzen – weltweit und in der Bundesrepublik Deutschland. Innerhalb des Forums sind verschiedene Arbeitsgruppen dafür verantwortlich, gemeinsame Stellungnahmen und Materialien zu erarbeiten, Aktionen, öffentliche Veranstaltungen und Expertengespräche vorzubereiten. Das Forum Menschenrechte arbeitet eng mit NGOs auf europäischer und internationaler Ebene zusammen.

Forum Menschenrechte, Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
www.forum-menschenrechte.de

Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ)

Das NMRZ setzt sich auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene dafür ein, die Menschenrechtsidee fortzuentwickeln und umzusetzen.

Zu diesem Zweck werden in enger Zusammenarbeit mit anderen Organisationen:

- Menschenrechtsveranstaltungen durchgeführt
- Menschenrechtsfragen wissenschaftlich erforscht
- Tagungsbeiträge und Publikationen zu Menschenrechtsthemen erstellt
- Maßnahmen der Menschenrechtsbildung durchgeführt
- Kampagnen für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen unterstützt.

Nürnberger Menschenrechtszentrum
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg
0911/230 55 50
www.menschenrechte.org

Bundesweite Organisationen zum Thema «Ökologie»

BUND

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) setzt sich ein für den Schutz unserer Natur und Umwelt – damit die Erde für alle, die auf ihr leben, bewohnbar bleibt.

Der BUND engagiert sich – zum Beispiel – für eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, für den Klimaschutz und den Ausbau regenerativer Energien, für den Schutz bedrohter Arten, des Waldes und des Wassers.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland ist einer der großen Umweltverbände in Deutschland.

Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Seine Vision ist ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt. Bei der Umsetzung dieser Vision orientiert er sich an der Studie «Zukunftsfähiges Deutschland».

BUND

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

030/275 86-40

www.bund.net

Forum Umwelt & Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktionen ab. Auf UN-Ebene begleitet es die nach Rio weiterlaufenden internationalen Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung.

Eine seiner Hauptaufgaben ist es, der deutschen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung zu verdeutlichen und für eine Änderung der verschwenderischen Wirtschafts- und Lebensweise in den industrialisierten Ländern einzutreten, die die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören und Millionen Menschen, insbesondere in den Ländern des Südens, ihrer Lebenschancen berauben.

Die Projektstelle des Forums wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert; Trägerorganisation ist der Deutsche Naturschutzring e.V. (DNR).

Forum Umwelt & Entwicklung

Marienstr. 19

10117 Berlin

030/678 17 75 93

www.forumue.de/

Greenpeace

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie.

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg
040/30618-0
www.greenpeace.de

NaturFreunde

Die NaturFreunde sind ein internationaler Verband für Nachhaltigkeit. Sie haben sich 1895 in Wien gegründet und sind eine der ältesten und größten Umweltorganisationen weltweit. Allein in Deutschland engagieren sich rund 75.000 Mitglieder in mehr als 650 Ortsgruppen für Klima- und Umweltschutz, Freizeit und Naherholung, Natursport, Kultur- und Heimatkunde, Projekte und Politik.

Die Gründungsidee der NaturFreunde bestand darin, Arbeitern Erholung und Weiterbildung in der Natur zu bieten, damit sie besser an der Gesellschaft teilhaben und diese auch mitgestalten konnten.

NaturFreunde Deutschlands e.V.
Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur
Warschauer Straße 58a
10243 Berlin
030/29 77 32-60
www.naturfreunde.de

NABU – der Naturschutzbund Deutschland e.V.

Der NABU möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen, damit auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt.

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 3
10117 Berlin
030/28 49 84-0
www.nabu.de

Germanwatch

Germanwatch engagiert sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt der Arbeit. Gemeinsam mit Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft will die Organisation eine starke Lobby für nachhaltige Entwicklung sein.

Germanwatch e.V.

Schiffbauerdamm 15

10117 Berlin

030/28 88 356-0

www.germanwatch.org

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Der DNR ist der Dachverband der im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbände in Deutschland. Im Jahre 1950 mit 15 Mitgliedsverbänden gegründet, gehören ihm heute 96 Mitgliedsverbände an. Der DNR greift regional, national und international bedeutsame Themen auf und koordiniert hier die Aktivitäten seiner Mitgliedsverbände. Der Schutz von Natur und Umwelt kann sich heute nicht mehr auf den Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten und die Einrichtung von Schutzgebieten beschränken, weshalb sich auch Freizeit, Tourismus und Verkehr, Stadtökologie, Energie- und Wirtschaftspolitik zu wichtigen Arbeitsgebieten des DNR entwickelt haben.

Deutscher Naturschutzring

Marienstr. 19-20

10117 Berlin

030/678 17 75-70

www.dnr.de

teamGLOBAL

teamGLOBAL ist ein bundesweit aktives Netzwerk von jungen Teamerinnen und Teamern. Qualifiziert und unterstützt von bpb und IPA Lernmedien organisieren die Mitglieder des Netzwerks rund um das Thema Globalisierung Jugendbegegnungen, Projektstage, Erkundungen, Planspiele, Szenario-Workshops u.v.m. – mit dem Ziel, in einer turbulenten Zeit selbstbestimmtes und verantwortliches Handeln zu stärken.

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Adenauerallee 86

53113 Bonn

0228/995 15-509

www.bpb.de/teamglobal

Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern zu den Themen Demokratie, Menschenrechte und völkisch-autoritäre Zusammenhänge

Regionalzentren für demokratische Kultur

Die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern erweitern und stärken demokratische Strukturen, um damit die wirksamste Prävention gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Ideologien zu leisten. Sie haben die Aufgabe, Menschen zu motivieren und dabei zu unterstützen, sich in ihrer gesamten Lebenswelt für Demokratie und gegen antidemokratische Bestrebungen und Strukturen zu engagieren. Gleichzeitig gilt es, durch den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen auch mehr Gelegenheit für demokratisches Engagement zu schaffen. Die Regionalzentren halten deshalb die entsprechenden Angebote für interessierte Gemeinden, Institutionen, Verbände, Vereine, Parteien, Schulen, Kitas, Kirchen und Einzelpersonen bereit, um einen weiteren Zuwachs an Motivation, Befähigung und Gelegenheit zur Demokratie zu ermöglichen.

Die Beratung ist kostenfrei und vertraulich.

Die Regionalzentren haben je einen Vertiefungsschwerpunkt, einen Aspekt der Demokratieförderung bzw. der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Bestrebungen, zu dem in besonderem Maße Methoden und Materialien gesichtet, aufbereitet und weiterentwickelt werden. Im Regionalzentrum Nordvorpommern Rügen Stralsund ist dies der Bereich Wirtschaft. Zentrale Aufgabe in diesem Arbeitsfeld ist die Aufklärung innerhalb von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Politik über die Auswirkungen von rechtsextremen Erscheinungen auf Beschäftigte, das Betriebsklima und die Außenwirkung eines Unternehmens sowie auf das Image des Standortes. Unternehmensleitungen können sich darüber hinaus auch intern und vertraulich zu betrieblichen Handlungsmöglichkeiten zum Thema Rechtsextremismus und Betrieb beraten lassen.

Regionalzentrum für demokratische Kultur Nordvorpommern Rügen Stralsund

Carl-Heydemann-Ring 55
18437 Stralsund
03831/28 25 84
www.regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan Güstrow Rostock

Konrad-Zuse-Straße 1a
18184 Roggentin
0381/40 31 762
www.regionalzentren-eamv.de

Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte

Träger: CJD Waren
Schwerpunkt: Jugendbeteiligung
Friedrich-Engels-Ring 48
17033 Neubrandenburg
0395/5638877
www.cjd-rz.de/

Regionalzentrum Südvpommern

Träger: RAA Mecklenburg-Vorpommern
Schwerpunkt: Strukturentwicklung im ländlichen Raum
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie M-V
Steinstraße 10
17389 Anklam
03971/244920
www.demokratie-mv.de

Regionalzentrum Westmecklenburg

Träger: RAA Mecklenburg-Vorpommern
Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie M-V
Schwerpunkt: Schule ohne Rassismus
Alexandrinienplatz 7
19288 Ludwigslust
03874/570220
www.demokratie-mv.de

Soziale Bildung e.V.

Der Verein fördert die Bildung, interkulturelle Begegnungen und demokratische, antirassistische und emanzipatorische Initiativen. Er dient der Stärkung und Festigung von demokratischen, sozialen und emanzipatorischen Prinzipien, um ein friedliches, humanes Miteinander aller Menschen zu fördern. Der Satzungszweck soll mittels Bildungsveranstaltungen, Kinder- und Jugendarbeit und intensiver Mitarbeit und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen erreicht werden.

Soziale Bildung e.V.
im Peter-Weiss-Haus
Doberaner Str. 21
18057 Rostock
0381/1273363
www.soziale-bildung.org

LOBBi e.V.

Der Verein LOBBi unterstützt parteiisch die Betroffenen rechter Gewalt, sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Opferperspektive und thematisiert den gesellschaftlichen Kontext der Angriffe. LOBBi will damit einen wirksamen Beitrag leisten, für ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung und Gleichberechtigung, in dem rechten, rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen entgegengetreten wird.

LOBBi berät nach von rechts motivierten Angriffen die Betroffenen, Angehörige oder Zeuginnen und Zeugen. Der Verein stärkt die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit und recherchiert und dokumentiert rechte Gewalttaten und Diskriminierungen in Mecklenburg-Vorpommern.

Neben der individuellen Hilfe nach einem Angriff, informiert der Verein potentielle Betroffenenengruppen über ihre Rechte und Möglichkeiten.

LOBBi West

Hermannstraße 35
18055 Rostock
0381/2009377
www.lobbi-mv.de

Landesweite Organisationen zum Thema «Ökologie»

BUND – Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Mit seinen Projekten und der mit ihnen geleisteten intensiven Facharbeit ist der BUND in Mecklenburg-Vorpommern einer der aktivsten Streiter für die Natur und unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Themen und Projekte

- Erhalt, Pflege und Entwicklung der Alleen Mecklenburg-Vorpommerns
- Lobbyarbeit für die Ausweitung des ökologischen Landbaus
- Aufklärung über die Folgen der Gentechnik in der Landwirtschaft / Einrichtung gentechnikfreier Regionen
- Prüfung der Naturschutzaspekte in behördlich geführten Genehmigungsverfahren
- Initiierung von Bürgerbeteiligung in Planungsabläufen und Genehmigungsverfahren
- Ausweitung des Naturschutzprojektes «Grünes Band» am Ostseestrand
- Naturschutz- und Artenschutzprojekte in unterschiedlichen Regionen des Landes
- Erarbeitung von alternativen Konzepten künftiger Energieversorgung in MV
- Prüfung der Mittelverwendung aus EU-Fördermaßnahmen und Förderung ihres zweckentsprechenden Einsatzes.

BUND Landesgeschäftsstelle

Wismarsche Str. 152
19053 Schwerin
0385/52 13 39- 0
www.bund-mecklenburg-vorpommern.de

NaturFreunde – Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Die NaturFreunde Mecklenburg-Vorpommern e.V. arbeiten für sanften Tourismus, Sport und Kultur. Der Verein bekennt sich zu einer demokratischen und sozialen Gesellschaft und setzt sich für die nachhaltige und ökologisch verträgliche Entwicklung der Industriegesellschaft ein.

Geschäftsstelle

Rudolf-Breitscheid-Strasse 30
17489 Greifswald
03834/816108
www.naturfreunde-mv.de

NABU – Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Der NABU ist ein basisdemokratischer Naturschutzverband. Der NABU möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen, damit auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Seit mehr als 100 Jahren setzt sich der Naturschutzbund NABU (ehemals Deutscher Bund für Vogelschutz) dafür ein, Natur und Umwelt zu schützen. 1992 wurde der NABU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

NABU Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Arsenalstr. 2

19053 Schwerin

0385/7 58 94 81

www.mecklenburg-vorpommern.nabu.de

DIE AUTOREN

Prof. Dr. **Hubertus Buchstein**, Jg. 1959, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. Forschungsschwerpunkte: Moderne Demokratietheorie, Ideengeschichte politischer Entscheidungsverfahren, Wissenschaftsgeschichte der Politikwissenschaft, Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Neuere Veröffentlichungen u.a.: zus. mit Gudrun Heinrich (Hg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Schwalbach 2010; Demokratiepolitik. Theoriebiographische Studien zu deutschen Nachkriegspolitologen, Baden-Baden 2011.

Dr. **Stefan Brauckmann**, Jg. 1980, Masterstudium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit anschließendem Promotionsstudium der Geographie. Forschungsschwerpunkte: Kulturlandschaftsforschung, Raumplanung, Geschichtsmarketing, Geschichte der Jugendbewegung. Beiträge des Autors zum Thema Artamanen siehe Literaturverzeichnis.

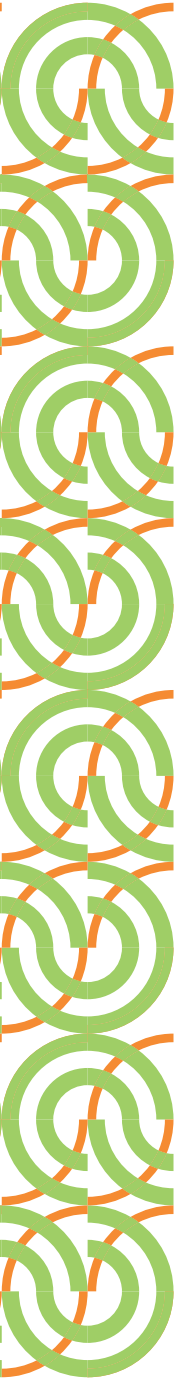
Johannes Melchert, Jg. 1982, seit 2011 Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung; Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Kommunale Politik, Demokratie in der Praxis und Rechtsextremismus. Bis 2010 Studium der Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Greifswald; von 2006 bis 2009 für die dortige Forschungsstelle Rechtsextremismus tätig. Kontakt: johannes.melchert@demokratie-goettingen.de

Oliver Nüchter, Jg. 1969, hat Soziologie, Politologie und Romanistik studiert und ist Leiter des Bereichs Umfragen und Methoden am Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) der Goethe-Universität Frankfurt/M. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sozialberichterstattung, Sozialindikatoren und Einstellungsforschung.

Andreas Speit, Jg. 1966, ist Diplom-Sozialökonom, Publizist und freier Journalist, u. a. für die *taz*, *Zeit-Online* und *blick nach rechts*. Er ist Autor und Herausgeber diverser Bücher zum Bereich Rechtsextremismus, darunter «Mädelsache!: Frauen in der Neonazi-Szene» (2011), «Neonazis in Nadelstreifen: Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft» (2010) und «Ohne Juda, ohne Rom. Esoterik und Heidentum im subkulturelle Rechtsextremismus» (2010).

Toralf Staud, Jg. 1972, studierte Journalistik und Philosophie in Leipzig und Edinburgh. Von 1998 bis 2005 war er Politik-Redakteur und Hauptstadtkor-

respondent der *ZEIT*, seitdem lebt und arbeitet er als freier Autor in Berlin. Er schreibt vor allem über Rechtsextremismus und Umweltthemen, unter anderem für *ZEIT*, *taz*, *Greenpeace-Magazin* und das Online-Magazin *klimaretter.info*. Zuletzt erschienen: «Grün, grün, grün ist alles, was wir kaufen: Lügen, bis das Image stimmt». Kiepenheuer & Witsch 2009; «Das Buch gegen Nazis: Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann» (gemeinsam mit Holger Kulick). Kiepenheuer & Witsch 2009.



Rechtsextreme, die sich gegen Gentechnik wehren, sich an Anti-Atom-Protesten beteiligen und biologische Landwirtschaft betreiben, sind «braune Ökologen». Man findet sie nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, aber dort ist besonders das Problem «völkischer Siedler» groß. Längst nutzen Rechtsextreme das grüne Thema Ökologie für ihr krudes Weltbild und stellen unsere Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Der vorliegende Band untersucht die Siedlungsbewegungen in der Tradition der

Artamanen, fragt, ob «Braune Ökologen» weiter Fuß fassen können, beschreibt deren Einfluss, die Rolle der NPD und geht der Frage nach, wie sich die Zivilgesellschaft gegen die antidemokratischen Aktivitäten zur Wehr setzen kann.

Diese Publikation entstand in Kooperation mit den Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Die grüne politische Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Tel. 030 285340 Fax 030 28534109 info@boell.de www.boell.de

ISBN 978-3-86928-062-2